

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 17. Juni 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Prämienanhang: Vierteljahr 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Beitrags-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich: Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehobene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Blockgestöhn.

Es war eine melancholische Rede, die Fürst Bülow heute hielt und auch die getreuesten Bewunderer des listigen Reichskanzlers konnten ihre Enttäuschung kaum verbergen. Zwar fehlte keiner der alten Schlagwörter und es wäre ein leichtes, nachzuweisen, daß jeder einzelne Satz sich in ähnlichen Worten schon in früheren Reden wiederfindet: Da war die Erinnerung an den „Erfolg“ seiner auswärtigen Politik in der serbischen Affäre, die Veteuerung der Königstreue, die Verteidigung des Blockgedankens — nur daß all diese alten Nötschen, die seit Jahren ihren beifallsfreundigen Chorus fanden, diesmal verfallen, verfallen mußten, weil die Zeit für diese Worte vorbei ist. Fürst Bülow fand viel Worte, aber nicht das Entscheidende: Seine Verteidigung der Erbschaftsteuer war nur mehr ein Rückzugsgefecht. Er drohte den störrigen Junkern mit dem Urteil der Geschichte und sehr verkaufert mit dem eigenen Rücktritt; aber gerade damit jagte er den Konservativen zugleich, daß sie nichts zu fürchten haben. Denn mit Dankbarkeit haben die Junker nie ihre Politik gemacht, und daß Fürst Bülow nicht der Mann ist, den Kampf gegen die agrarische Macht aufzunehmen, das sind die Junker nach der heutigen Rede noch sicherer als je zuvor. Dieses liberale Hirngespinnst hat sie keinen Moment lang bange gemacht.

Das fühlte auch Fürst Bülow und so zog er es vor, sich selbst die politische Grabrede zu halten nach dem Motto: Ueber die Toten nichts als Gutes. Es war zugleich die Grabrede für die Erbschaftsteuer. Trügt nicht alles, so stehen die Agrarier vor ihrem Triumph, wenn nicht noch im letzten Moment der Widerstand der Volksmassen ihnen den Raub entreißt.

Ueber den Verlauf der Sitzung wird uns geschrieben: Der erste Tag der Generaldebatte über die neuen Steuerentwürfe der Regierung erhielt durch die Reden Bülows, Sydows und Wassermanns — weiter kam's nicht — den Charakter eines krampfhaften Blockierungsversuches. Die Konservativen wurden beschworen, den Bund mit den Liberalen neu zu knüpfen, auch dem Zentrum will man den Beitritt als dienendes Glied offen halten.

Von sachlichen Auseinandersetzungen über die Steuerfragen war in Bülows Rede kaum ein Hauch zu spüren; dieses undankbare Gebiet zu beackern, überließ der Diplomat im Reichskanzleramt mit gewohnter Nonchalance dem Reichsschatzsekretär. Dafür gestiel er sich in der Rolle des väterlichen Mentors der bürgerlichen Parteien. Würdevoll, ohne das Wortgefingel durch politische Gedanken zu beschweren, ermahnte er die Parteien, nicht zu „doktrinär“ zu sein. Die Konservativen sollen die agrarischen Interessen nicht zu sehr forcieren, die Liberalen sollen sie mehr berücksichtigen, alle sollen hübsch national und patriotisch sein und über das bisherige direkte Steuern sich auf der mittleren Linie zwischen agrarischen und industriellen Interessen verständigen, dann können sie die 400 Millionen indirekter Steuern mit gutem Gewissen auf die breiten Schultern der geduldrigen arbeitenden Bevölkerung abwälzen. Bei dieser Steuerbelastung des Volkes, der man den irreführenden Namen Finanzreform gegeben hat, will Bülow die Liberalen nicht ausschalten. Das glaubt er nicht verantworten zu können. Die begeisterten Blockliberalen brachen bei solchen wiederholten Versicherungen in stürmischen Beifall aus, wobei Herr Eichhoff den Chorführer machte. Der Blockkanzler war aber weit entfernt davon, etwa sein eigenes politisches Schicksal an das Fortbestehen des konservativ-liberalen Regierungsblochs zu knüpfen. Seine Erklärungen lassen die Deutung zu, daß er versuchen würde, auch mit einem konservativ-kerikalischen Block fortzuregieren, sofern der Kaiser das wünschen sollte. Von einer etwaigen Reichstagsauflösung, wenn die Entscheidung im Sinne einer konservativ-kerikalischen Mehrheit ausfallen sollte, sagte er keinen Ton.

Diese Forderung erhob dagegen Herr Wassermann. Er wollte das sogar riskieren auf die Gefahr hin, daß die Sozialdemokratie dabei gute Geschäfte machen würde, was ja mit Sicherheit zu erwarten ist. Soweit betätigte er für einen nationalliberalen Politiker einen ganz anerkanntwertigen Mut. Einen höchst traurigen Eindruck machten aber die Argumente, mit denen er die Konservativen zur Wiederbelebung des Blochs zu bewegen suchte. Sie kommen im Kern darauf hinaus, daß in politischen und sozialpolitischen Fragen die Liberalen doch eigentlich viel reaktionärer seien als das Zentrum.

Also warnte er die Konservativen, daß das Zentrum, wenn es wieder in die Stelle einer ausschlaggebenden Partei gelange, sozialpolitische Maßregeln durchsetzen würde, die den Herren von Kr und Galm höchst unangenehm sein müßten. Die Worte, die da fielen, waren die des sanften Wassermann, aber der Geist, der aus ihnen spricht, ist der Geist des rauhen Kirdorf. Daraus kann man ersehen, was man von den sozialreformerischen Neigungen der nationalliberalen Partei zu halten hat. Herr Wassermann wollte durch seine Andeutungen den Konservativen zu Gemüte führen, daß die liberale Bundesgenossenschaft ihnen eine weit sichere Gewähr leistet gegen die Ausdehnung der Sozialreform als die des Zentrums, das immer noch mehr Rücksicht zu nehmen hat auf die zahlreichen Arbeiter

in seinem Gefolge, als die nationalliberalen Vertreter von Bildung und Verstand.

Aber auch auf rein politischem Gebiete suchte Herr Wassermann seine Partei als eine zuverlässige Stütze der Reaktion in empfehlende Erinnerung zu bringen. Er zitierte das Schredgespenst der Parlamentsherrschaft, wenn es dahin kommen sollte, daß der Bundesrat einer konservativ-kerikalischen Mehrheit des Reichstags sich fügen müsse. Man muß diesen Ausfall im Auge behalten, um die gelegentlichen nationalliberalen Redensarten von „Konstitutionalismus“ richtig einzuschätzen. Offenbar spiele auch bei dieser Wassermannschen Erklärung gegen den Parlamentarismus der Hintergedanke mit, daß der Kaiser, um der verhassten Parlamentsherrschaft zu entgehen, nichts Besseres tun könne, als sich auf die Untertanenemut der deutschen Liberalen in allen Lebenslagen zu stützen.

Tatsächlich sind diese Wassermannschen Erklärungen ein schlagender Beweis dafür, daß die sogenannten liberalen Forderungen für seine Partei nur leerer Schein sind, während die wahren Triebfedern ihrer politischen Tätigkeit in den wirtschaftlichen Interessen des Handels- und Industriekapitals zu suchen sind. Die Liberalen kämpfen mit Feuereifer gegen die Belastung des Handels- und Industriekapitals durch neue Steuerprojekte, genau so wie die Konservativen in den Steuerfragen das Agrarkapital verteidigen. Sie Handels- und Industriekapital! Sie Agrarkapital! das ist der Schlüsseltruf, unter dem diese modernen Querschen und Schibolen aufeinander losschlagen. Einig sind sie untereinander und mit der Regierung in der Absicht, die Hauptmasse der neuen Steuern, nicht weniger als vier Fünftel, von dem Konsum aufbringen zu lassen.

Da war es nun interessant, von Herrn Wassermann bestätigen zu hören, daß die nationalliberale Partei Mann für Mann für das neue Erbschaftsteuerprojekt der Regierung eintreten wird. Auch sonst befinden sich die Nationalliberalen, vermutlich auch die Freisinnigen, im Einklang mit der Regierung in Verwerfung der von der kerikal-konservativen Mehrheit ausgearbeiteten Notierungssteuer, durch die das Börsenkapital schikaniert werden soll. Ebenso verwerfen sie mit der Regierung im Bunde, wie aus Sydows Äußerungen hervorgeht, die Mühlenumsatzsteuer und den Kohlenausfuhrzoll.

Herr Wassermann tat sich nicht wenig darauf zugute, daß der Hanjand sich anlehnt, den liberalen Parteien die nämlichen Dienste zu leisten, wie der Bund der Landwirte den konservativen Gruppen. Die Hoffnung auf die kapitalfrüchtige Unterstützung der Hauptleute des Handels und der Industrie, von Kirdorf bis Ballin, gab ihm offenbar den Mut, mit dem Gedanken der Reichstagsauflösung zu spielen. Andererseits ließ er aber auch keinen Zweifel darüber, daß er sich des gemeinsamen Interesses aller bürgerlichen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie bewußt sei. Suchte er doch konservativ und Zentrum mit der sozialdemokratischen Gefahr graulich zu machen.

Die Fortsetzung der Debatte wird ja auch die sozialdemokratische Auffassung von der sogenannten Finanzreform zur Geltung kommen lassen. Dabei wird vor allem das ausgesprochen werden, was die Kapitalisten im Zirkus Schumann ebenso sorgfältig verdrängen haben wie die Bülow, Sydow und Wassermann im Reichstag, daß die ganze Finanzmisere des Reichs verschuldet ist durch die volksfeindliche Wirtschaftspolitik der herrschenden Klassen und durch das Weitrücken zur Vertreibung einer panzerhäutigen Welt-politik.

Das Reichsgericht gegen die Presse.

Der zweite Senat des Reichsgerichts hat am Dienstag in einem Urteil gegen unseren verantwortlichen Redakteur Weber der Presse kurzerhand das Recht abgesprochen, ihren Verur zu erfüllen. Weber war von der 10. Strafkammer des Landgerichts I am 25. März belanntlich mit der ungebührlichen Strafe von vier Wochen Gefängnis belegt worden, weil der „Vorwärts“ das Benehmen des Kammerpräsidenten Krienecke als ein unfreundliches und großes kritisiert hatte. In den Urteilsgründen war ausgeführt:

„Dabei, daß der Angeklagte in Wahrnehmung berechtigter Interessen (§ 193 des Strafgesetzbuchs) gehandelt hat, kann keine Rede sein. Der Angeklagte weih als langjähriger Redakteur ganz genau, daß ein allgemeines Recht der Presse, vermeintliche Mißstände öffentlich zu rügen, nicht besteht.“

In der Revision wurde — abgesehen von anderen Angriffen gegen das Urteil — insbesondere die Rüge der Verletzung des § 193 des Strafgesetzbuchs erhoben. Wenn die oben zitierte Behauptung des Urteils zutrifft, sei die Presse direkt unter ein Ausnahmengesetz gestellt. Denn danach wird ja das jedem Preußen zustehende Recht, seine Meinung frei zu äußern, der Presse grundsätzlich bestritten und eine Presse, die ihre allererste Aufgabe, vermeintliche Mißstände zu rügen, erfüllt, für nicht existenzberechtigt erklärt. Das Reichsgericht verwarf jedoch die Revision. Das angegriffene Urteil stehe in Einklang mit der ständigen Judikatur des Reichsgerichts. Nach dieser aber habe der Redakteur ebensoviele — nicht mehr und nicht weniger — Rechte als jeder andere Staatsbürger.

Diese reaktionäre Anschauung des Reichsgerichts richtet sich gegen den Verur der Presse und gegen die freie Meinungsäußerung in einer so eminenten Weise, daß die erste Gelegenheit benützt werden

sollte, um gesetzgeberische Schritte gegen das vom Reichsgericht gegen die Presse geschaffene Ausnahmengesetz zu schaffen. Wie viel höher als das Reichsgericht stand doch vor mehr als 100 Jahren selbst der absolute Monarch! Wir bringen folgende Kabinettsorder in Erinnerung:

Mein lieber Staatsminister von Ungern:

Bei der in den Anlagen von dem k. k. nassauischen Regierungsrat Malinkrotz zu Dortmund geführten Besprechung über die Kriegs- und Domänenkammer zum Hann. kommt alles darauf an, ob die in dem eingereichten Stille des „Westfälischen Anzeigers“ enthaltene Rüge der gänzlichen Vernachlässigung der Reparatur der so gefährlich schadhafte Ruhrbrücke bei Schwerte begründet war oder nicht. Eiferster Falles mühte die Kammer dem Einsender und Redakteur vielmehr danken, als demselben Unannehmlichkeiten verschaffen, und letzteren Falles, wenn die Kammer, wie es auf alle Fälle verständiger gewesen wäre, sich nicht bewegen fand, die Anzeige Berichtigungen zu lassen, hätte sich diese darauf beschränken müssen, die Unrichtigkeit der Anzeige darzutun und auf rechtliches Verfahren gegen den Einsender und Redakteur anzutragen. Es kann nicht jedem zugemutet werden, in solchen Fällen, die eine Rüge verdienen, sich den Unannehmlichkeiten, womit offizielle Denunziationen verbunden sind, auszusetzen. Sollte nun auch eine anständige Publizität darüber unterdrückt werden, so würde jafain Mittel übrig bleiben, hinter die Pflichtwidrigkeiten der untergeordneten Behörden zu kommen, die dadurch eine sehr bedenkliche Eigenmacht erhalten würden. In dieser Rücksicht ist eine anständige Publizität der Regierung und der Untertanen die sicherste Bürgschaft gegen die Nachlässigkeiten oder den bösen Willen der untergeordneten Beamten und verdient, auf alle Weise gefördert und geschützt zu werden. Ich befehle Euch daher, die genannte Kammer hiernach für die Zukunft angemessenst anzuweisen. Uebrigens will ich nicht hoffen, daß über diesen Diktat die Sache selbst, nämlich die Reparatur der schadhafte Brücke, wird vergessen seyn. Berlin, den 20. Februar 1808. (Geg.) Friedrich Wilhelm.

Die Politik der Synthese.

Paris, 15. Juni. (Eig. Ber.) Der Parlamentarismus der französischen Demokratie artet immer mehr zu einem würdelosen Possenspiel aus. Hat das Ministerium Clemenceau noch eine Mehrheit in der Kammer? Auf diese Frage kann man nur mit Ja und Nein zugleich antworten. Am genauesten läßt sich die Situation damit bezeichnen, daß man sagt, die Mehrheit ist gegen die Regierung, aber sie rettet sie immer. Dies hat sich gestern besonders drastisch gezeigt. Die radikalen Deputierten denken nur noch an die Neuwahlen. Und darum schweben sie in einer doppelten Furcht vor der Regierung, die ihre Präferenzen für und gegen sie operieren lassen kann und vor den Wählern. Und besonders eine Wählerkategorie bereitet ihnen schwere Sorgen: die Masse der mittleren und kleineren Beamten, die bisher zu ihrer Kerntruppe gezählt haben. Darum ist auch die einzige Reform, die sie mit wirklichem Eifer vor den Wahlen verabschieden möchten, das Beamtenstatut, das ihre Zustimmung zur Clemenceauschen Gewaltpolitik gegen die Postbeamten verweigern soll. Gestern brachte sie ihre Kombination von Regierungstreue und sozialradikaler Opposition in ein fatales Dilemma. Bekanntlich werden die französischen Eisenbahner seit Jahren um ihre Altersversorgung geköpft! Seit 12 Jahren verschleppt der Senat die Entscheidung über das Gesetz, das in der vom Radikalsozialisten Verteaux beantragten Fassung von der Deputiertenkammer beschlossen worden ist. Kürzlich hat die Spezialkommission des Senats endlich einen Entwurf ausgearbeitet, der dem Vertheurer Gesetz einigermaßen entgegenkam, aber die Finanzkommission fand ihn zu kostspielig und ebenso die Regierung, die sich seinerzeit verpflichtet hatte, das Vertheurers Gesetz vor dem Senat zu vertreten. Die Regierung will einen Unterschied zwischen den Zugbeamten und den Lokomotivführern und den Heizern machen, sie fordert ein Minimum von zwei Jahren Dienstzeit statt eines und schafft eine Kategorie von sechssten Beamten, die erst vom 55. Jahre statt vom 50. an Rente beziehen sollen. Motiviert wird das alles mit Ersparnisrückichten — es handelt sich um 2 400 000 Fr. jährlich —, zur selben Zeit, wo das neue riesige, 3 Milliarden fordernde Flottenprogramm vorbereitet wird.

Vertheaur beantragte eine Resolution, die die Regierung aufforderte, sein Gesetz vor dem Senat zu vertreten. Dagegen versteckte sich die Regierung hinter Ausflüchte, vor allem hinter die Behauptung, ein solcher Antrag sei ein inkonstitutioneller Eingriff des einen Hauses der Volksvertretung in die Selbstständigkeit der Beratungen des anderen — ein Wortwand, der sich schon damit erledigte, daß der Entwurf vom Senat noch gar nicht in Beratung gezogen ist. Auch das Prinzip der Gleichheit mußte herhalten, um den Eisenbahnern Rechte zu verweigern, die andere Arbeitende noch in geringerem Maße besitzen. Die Regierung stellte die Vertrauensfrage und siegte. Mit 310 gegen 247 Stimmen wurde die Priorität der Vertheurerschen Resolution abgelehnt. Aber nachdem die Herren Deputierten vor Clemenceau ihren Fußfall gemacht hatten, gedachten sie der Wähler und meldeten einer nach dem anderen beim Präsidenten eine Berichtigung ihrer Abstimmung an. Die Majorität der Regierung war schon

Wagt dabei, sich in eine Minorität zu verwandeln, als auf Geheiß Clemenceaus der Präsident Brisson die Verachtungen sistierte. Verleugert er doch gegen dieses Verfahren Protest, aber Brisson schloß unter großem Lärm der Kammer die Sitzung. Im „Journal Officiel“ ist aber die Mehrheit der Regierung auf 241 gegen 215 Stimmen zusammenschmolzen. Die „umgefallenen“ Radikalen können also den Wählern ihre Arbeiter- und Beamtenfreundlichkeit schwarz auf weiß nach Hause tragen.

Ein Maßregelungs-Bureau widerspricht dem Geiste des Tarifvertrages!

Eine für das ganze deutsche Baugewerbe wichtige Entscheidung fällt das Einigungsamt des Gewerbegerichts München unter dem Vorsitz des Gewerbeleiters Dr. Gehler.

Der „Vorwärts“ hat über die Differenzen im Münchener Baugewerbe schon berichtet; zur Information unserer Leser sei jedoch der Sachverhalt noch einmal kurz rekapituliert. Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe gründete nach Abschluß des vorjährigen Tarifvertrages unter Ausschaltung der Organisationen im Baugewerbe einen Arbeitsnachweis. Die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes wurden bei Vermeidung einer Konventionalstrafe von 10 M. für jeden einzelnen Fall verpflichtet, ihre Arbeitskräfte nur durch diesen Arbeitsnachweis zu beziehen. Wie „unparteiisch“ dieser Arbeitsnachweis geführt wurde, mag daraus ersicht werden, daß den Vertretern der Organisation das Betreten der Lokale der Arbeitsnachweise untersagt und ihnen mit Anzeige wegen Hausfriedensbruchs gedroht, eine förmliche schwarze Liste geführt wurde und jene Arbeiter von der Vermittlung ausgeschlossen wurden, die auf den Bauten die Rechte der Organisation energisch wahrten oder ohne Einhaltung der vereinbarten Abfindung auf irgendeiner Baustelle die Arbeit niederlegten. Diese Arbeiter waren alle namentlich aufgeführt. Nach diesem Schema wurden in 26 Städten derartige Arbeitsnachweise gegründet, zuletzt noch am 1. April d. J. in Rheinland-Westfalen.

Als zu Beginn des heurigen Frühjahres in München eine gute Baukonjunktur einsetzte, nahmen die Bauarbeiter den Kampf gegen den unparteiischen Arbeitsnachweis wieder energisch auf. Ueber den Arbeitsnachweis wurde die Sperre verhängt, Münchener Arbeiter nach auswärts vermittelt, der Zugang von auswärts blieb aus, so daß in München ein fühlbarer Mangel an Arbeitskräften eintrat und die Arbeitgeber bei den Behörden um Verlängerung der Termine einliefen. Doch wurden diese Gesuche abgelehnt.

Der Arbeitgeberverband erblickte in der über den Arbeitsnachweis verhängten Sperre eine Verletzung des Tarifvertrages und unterbreitete die Angelegenheit dem Einigungsamt, das sich in 7tägiger Verhandlung, zu der auch die Zentralvorstände, Böhmelburg (Maurerverband), Töpfer (Bauhilfsarbeiterverband) und vom Deutschen Arbeitgeberbund Architekt Fröh-Effen erschienen waren, mit der Sache beschäftigte.

Das Einigungsamt erließ am Dienstagvormittag 9 Uhr den schon telegraphisch gemeldeten Schiedsspruch. Die entscheidenden Gründe des Schiedsspruches lauten wie folgt:

„In dem Tarifvertrage, der zwischen dem Verbande der Arbeitgeber des Baugewerbes für München und Umgebung und den gewerkschaftlichen Organisationen der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter am 7. April 1908 abgeschlossen wurde, ist ebenso wie in seinen Vorgängern eine ausdrückliche Bestimmung über die Regelung der Arbeitsvermittlung nicht enthalten. Vor seinem Abschluß suchten die beschäftigungslosen Arbeiter vielmehr die Arbeitsvermittlung teilweise unmittelbar an den einzelnen Bauten selbst auf, teilweise kamen die Arbeitslosen im Peterskeller hier zusammen und wurden von dort unter Mitwirkung von Organisationsbeamten vermittelt. Nach dem Abschluß des gegenwärtig geltenden Tarifvertrages schuf der Arbeitgeberverband eine eigene Vermittlungsstelle für die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter. Dabei wurde bestimmt, daß nicht nur kein Mitglied des Verbandes bei Vermeidung einer Konventionalstrafe einen anderen Arbeitsnachweis benötigen, sondern überhaupt ohne Vermittlung des nachweislichen Arbeiter einstellen dürfe. Durch dieses Vermittlungsmonopol des neuen Nachweises war daher nicht nur die bisherige Form der Arbeitsvermittlung, sondern auch die unmittelbare Einstellung an den Baustellen selbst ohne vorherige Vermittlung eines Arbeitsnachweises gesperrt. Die vertraglich bestehenden Arbeiterorganisationen riefen deshalb am 9. Juni 1908 das Einigungsamt des Gewerbegerichts an mit dem Antrage, den Tarifvertrag durch eine Bestimmung über die Schaffung eines paritätischen Arbeitsnachweises zu ergänzen. Von Seiten des Verbandes der Arbeitgeber wurde jedoch dieses Verlangen abgelehnt und als Grund für das Vorgehen des Verbandes angegeben, mit dem bisherigen Arbeitsnachweis im Peterskeller seien derartige Mißstände verbunden gewesen, daß der Vollzug des Vertrages sehr oft unmöglich gemacht worden sei, z. B. durch Vermittlung vertragswidriger Arbeiter oder Vorkaufleistung bei dem Verlangen vertragswidriger, kollektiver Lohnrückzahlung. Die Arbeiterorganisationen nahmen daraufhin das Recht für sich in Anspruch, den Arbeitsnachweis des Verbandes zu boykottieren, während der Arbeitgeberverband seine Mitglieder darauf hinwies, daß er im Falle eines solchen Boykotts auswärtige Arbeiter heranzuziehen werde und dadurch den Widerstand gegen seine Neueinrichtung zu brechen hoffe. Mit dem Beginn der Bauperiode 1909 setzte sodann der Kampf um den Arbeitsnachweis voll ein. Die Zweigstelle München des Zentralverbandes der Maurer suchte in München einen Maurermangel herbeizuführen bezog, den vorhandenen zu steigern, indem sie ihre diesigen Angehörigen nach Möglichkeit auswärts unterbrachte und zugleich den Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes sperrte. Andererseits suchte der Verband der Arbeitgeber teils unmittelbar, teils durch seine Mitglieder möglichst auswärtige Hilfskräfte heranzuziehen. Als Gegenmaßregel suchte die Organisation der Maurer dieser Verweigerung entgegenzutreten, indem in öffentlichen Mänteln auf diese Differenzen hingewiesen und vor Bezug gemacht wurde, ferner hierher geflossene auswärtige Maurer zur Abreise veranlaßt wurden.

In diesem Zustand erblickt der Arbeitgeberverband nach doppelter Richtung hin eine Verletzung des Tarifvertrages durch die Maurerorganisation; einmal, weil sie die Sperre über München verhängt habe, andererseits, weil sie die fremden, auf Kosten des Arbeitgeberverbandes herbeigeführten Maurer schon auf dem Bahnhof habe abfangen lassen, sie zur Abreise nötigte.

Das Gericht entschied nun: In tatsächlicher Beziehung hat das Einigungsamt auf Grund des unmittelbaren Eindruckes, den die Schilderungen des gegenwärtigen Kriegszustandes im Münchener Baugewerbe in der Verhandlung hervorrief, keinen Zweifel darüber, daß es sich dabei um ein planmäßiges, sorgfältig vorbereitetes Vorgehen gegen den Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes handelt, und zwar mit Willen und Wissen der beteiligten Arbeiterorganisationen.

Es kann sich deshalb nur darum handeln, ob der Einwand, der von Seiten des Zentralverbandes gemacht worden ist, zutrifft, daß die verhängte Sperre deshalb statthaft ist, weil sie sich gegen ein Sireitobjekt richtet, das von dem Arbeitgeberverband nachträglich einseitig geschaffen worden sei. Es kann nicht geleugnet werden, daß diese Auffassung vielleicht mit dem Wortlaut des Tarifvertrages in Einklang gebracht werden könnte, weil § 9 immer nur von diesem Vertrage spricht. Allein darin ist dem Vertreter des Arbeitgeberverbandes ohne weiteres zuzustimmen, daß diese Auslegung sicherlich nicht dem Geiste des Vertrages entspricht und, wenn darüber noch ein Zweifel bestehen könnte, dann wäre dieser sicherlich nach der einhelligen Auffassung des Einigungsamtes durch das Ergebnis der Verhandlung beseitigt. Der Zweck des Tarifvertrages — und darin wird sein Hauptzweck

erblickt — besteht darin — für seine Dauer die Ausübung der Koalitionsmacht durch Arbeitskämpfe zu verhindern. Wären nun seine Parteien besagt, diese Koalitionsmacht zwar nicht mehr für die tarifvertragsmäßig geregelten Punkte einzusetzen, wohl aber wegen anderer Punkte zum Kampfe zu schreiten, dann könnte in der Tat auch der Tarifvertrag selbst praktisch jeden Augenblick illusorisch gemacht werden. Für den geregelten Fortgang der Produktion — und um diesen zu sichern, werden die Tarifverträge abgeschlossen — kommt es darauf an, daß überhaupt nicht gekämpft wird. Deshalb werden auch die Schlichtungsinstanzen eingestellt und ihnen das Recht endgültiger Entscheidung übertragen. Allein wenn dies richtig ist, dann darf nach den Grundätzen von Treu und Glauben, die nach § 157 des Bürgerlichen Gesetzbuches auch für die Auslegung des Tarifvertrages gelten, auch der andere Teil nicht berechtigt sein, während der Vertragsdauer die Grundlagen und Voraussetzungen, auf denen dieser ruht, einseitig zu ändern.

Denn nur dann kann man von jedem Teil billigerweise die absolute Zurückhaltung der Kampfmittel fordern; dagegen wäre es zweifellos höchst unbillig, für sich selbst das Recht in Anspruch zu nehmen, neue Zwangsmaßnahmen während der Vertragsdauer gegen den anderen Teil zu schaffen, von diesem selbst aber unbedingte Waffenruhe zu fordern.

Wie sich aus § 10 des Tarifvertrages ergibt, soll bezüglich des Abschlusses und der Lösung des individuellen Arbeitsvertrages jeder Organisationszwang ausgeschlossen sein. Denn hier ist unter Ziffer 2 bestimmt: Die Einstellung und Entlassung der Arbeiter steht im freien Ermessen des Arbeitgebers. Es mag sein, daß bei der Einführung dieser Bestimmung im Hinblick auf bestimmte Erfahrungen in der Vergangenheit in erster Linie daran gedacht war, den Arbeitgeber gegen ein zwangsweises Vorgehen der Arbeiterorganisation bei der Auswahl seiner Arbeiter zu schützen. Allein so wie der Satz steht, läßt er keinen Zweifel zu, daß überhaupt jeder Zwang einer der beiderseitigen Koalitionen auf den Arbeitgeber bei der Auslese seiner Arbeiter unzulässig sein soll. Es wäre in der Tat auch nicht einzusehen, warum nur ein Teil auf Zwang hierbei verzichten sollte, wenn der andere Teil dieses Recht unbeschränkt für sich beansprucht. Die Einrichtung eines obligatorischen Arbeitsnachweises in der Gestalt, daß der Arbeitgeber unter allen Umständen bei jedem Abschluß eines Arbeitsvertrages ihn benützen muß, und nur solche Arbeiter einstellen darf, deren Einstellung vom Arbeitsnachweis gestattet wird, verstößt deshalb schon gegen diese Tarifvertragsbestimmung und erscheint deshalb als unzulässig.

Wie sich aus der Erklärung des Arbeitgeberverbandes vom Juli 1908 ergibt, war der ausgesprochene Zweck des neuen Arbeitsnachweises der, mit seiner Hilfe vertragsbrüchige Arbeiter oder solche, die tarifwidrig Lohnrückzahlung durchzusetzen suchen, zu mahnen. Auch die Inanspruchnahme einer einseitigen Strafgehalt sowie eines Selbsthilferechts kann keinem der beiden Teile während der Dauer des Tarifvertrages zugelassen werden, denn sie steht im Widerspruch mit § 8 des Tarifvertrages, der die Feststellung und Abhilfe von Tarifvertragsverletzungen einer unparteiischen Instanz mit dem Rechte endgültiger Entscheidung überträgt; ferner mit § 10 Ziffer 10, wo für die vertragsmäßige Lösung des Arbeitsverhältnisses ein Teil des Lohnes als Kaution bestellt ist. Neben diesen speziellen Bestimmungen, gegen die der obligatorische, einseitige Arbeitsnachweis verstößt, trifft aber zweifellos auch die allgemeine Aufstellung des Architekt Fröh zu, daß Arbeitsnachweis und Tarifvertrag in einem so engen Zusammenhang stehen, daß die Belämpfung des einen ohne die Verletzung des anderen nicht möglich ist. Allein daraus darf man nicht den Schluß ziehen, daß der eine Teil, hier der Arbeitgeberverband, berechtigt ist, einen Arbeitsnachweis in jeder ihm geduldeten Form einzuführen und der andere sich das widerspruchlos gefallen lassen muß, vielmehr muß daraus der Schluß gezogen werden, daß der Arbeitsnachweis nur in der Form eingeführt werden darf, daß er den Geist des Tarifvertrages nicht verletzt, d. h. daß er den Koalitionszwang nicht gegen den anderen Teil ausübt; denn gerade diese Ausübung soll durch den Tarifvertrag ausgeschlossen sein.

Aus dieser Auffassung ergibt sich, daß der Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes in seiner derzeitigen Verfassung nicht nur gegen einzelne Bestimmungen des Tarifvertrages, sondern auch gegen dessen Grundlagen verstößt. Bei den gegenwärtigen Differenzen wegen des Arbeitsnachweises handelt es sich also näher gesehen um Streitigkeiten aus dem Tarifvertrage selbst. Dabei kann die Frage der Zulässigkeit der von den Arbeiterorganisationen verhängten Sperre nicht unabhängig von der Frage der Zulässigkeit des Arbeitsnachweises entschieden werden, sondern beide Fragen stehen in einem unlöslichen inneren Zusammenhang und können deshalb nur einheitlich entschieden werden, und das sachlich in dem Sinne, wie es in dem Entscheidungssprache gesehen ist. Die Anwendung des dort ausgesprochenen Grundsatzes ergibt die Entscheidung der einzelnen Streitpunkte von selbst. Die von den Arbeiterorganisationen ausgesprochene Sperre und das Bestreben, auswärtige Arbeiter zum Wegzug von München zu veranlassen, ist mit den Grundätzen des Tarifvertrages unvereinbar. Ebenso auch das Verlangen des Arbeitgeberverbandes, daß seinen Mitgliedern Arbeitskräfte nur durch seinen Arbeitsnachweis vermittelt werden dürfen und im Zuwiderhandlungsfalle zu entlassen sind.“

Politische Ueberlicht.

Berlin, den 16. Juni 1909.

Vernünftige Steuern.

Auch die Vereinigten Staaten leiden an Defizit, das die imperialistische Politik keinem Lande erspart. Zu seiner Beseitigung aber werden zwei neue Steuern befürwortet, welche sich von den deutschen Steuerplänen sehr zu ihrem Vorteil dadurch unterscheiden, daß sie wirklich leistungsfähige Schultern treffen, ohne schlechte Nebenwirkungen auf die Entfaltung von Industrie und Verkehr auszulösen. Einmal soll eine Bundessteuer auf Einkommen geschaffen werden, und dieses Projekt ist um so interessanter, als ihm in den Vereinigten Staaten tatsächlich die Bundesverfassung entgegensteht und nicht bloß wie in Deutschland eine falsche und unhaltbare Interpretation der Reichsverfassung.

Die zweite Steuer soll von den kleineren Erträgen der Trusts erhoben werden. Als Steuerfuß sind zwei Prozent geplant und man schätzt das Erträgnis auf 50 Millionen Dollar, also etwas mehr als 200 Millionen Mark. Als einen besonderen Vorzug dieser Steuer betrachtet man, daß sie einen Schritt vorwärts zur Kontrolle der Kartelle und Trusts bedeuten würde, die man auch in Deutschland sehr gut brauchen würde.

Präsident Taft hat beschlossen, um das Zustandekommen dieser Steuern zu beschleunigen, sofort eine Sonderbotschaft an den Kongress zu richten, in der er seine Zustimmung erklärt zur Besteuerung der Nettoeinkünfte der Trusts und zu einer Verfassungsänderung, die eine Bundessteuer auf Privateinkommen gestattet wird.

Bei jeder indirekten Steuer beruft sich die Regierung ja so gern auf irgend einen ausländischen Staat, der die betreffende Steuer eingeführt hat. Bei direkten Steuern ist das anders, und die Herren Sydnor und Wilcox hören es nicht gern, daß in England die Erbschaftsteuer im Durchschnitt der letzten Jahre zirka 400 Millionen Mark betragen habe und nach den Beschlüssen des Unterhauses künftig zirka 530 Mil-

lionen Mark, also fast das Zehnfache der neuen Erbschaftsteuer mit ihrer lächerlichen Bagatelle von 55 Millionen Mark bringen wird. Aber vielleicht findet das amerikanische Rusier mehr Gnade vor den Augen der deutschen Regierung, und die Vorliebe des Kaisers für das Amerikanische ist ja bekannt. Da die neuen Erbschaftsteuern ja doch nichts taugen, so können wir bei den nächsten Erbschaftsteuern das Studium der amerikanischen Projekte den Herrcn nur auf das angelegentlichste empfehlen.

Antigrarische Strömung in der konservativen Partei.

Gegen den Reichstagsabgeordneten v. Oldenburg-Januschau wendet sich ein Beschluß des konservativen Vereins in Elbing, der dem Januschauer androht, daß der Verein aus der konservativen Partei austreten werde, wenn Herr v. Oldenburg seine Haltung zur Erbschaftsteuer nicht ändere. Er wird den Elbingern was lusten!

Die gefährliche Kundschafft der Sozialdemokraten.

Im Großherzogtum Hessen werden bekanntlich seit längerer Zeit nach preussischem Muster Sozialdemokraten als Bürgermeister und Polizeikommissare nicht bestätigt. Neuerdings hat die heftige Bureaunkritik auf dieser Bahn noch einen Schritt vorwärts getan. Nicht bloß Sozialdemokraten sind unwürdig, Polizeikommissare und Bürgermeisterposten zu bekleiden, sondern auch schon solche Leute, die Sozialdemokraten als Kunden haben!

Dieser Tage wurde in der Gemeinde Kstheim (Kreis Groß-Gerau in der Provinz Starkenburg) dem Gastwirt Josef Gabel III, der zum Bürgermeister gewählt war, von dem Kreisaußsich Groß-Gerau die Bestätigung verweigert. Zwar konnte man ihn nicht als Sozialdemokraten bezeichnen, aber als Grund der Nichtbestätigung wurde angeführt: „Gabel betreibt dreierlei Geschäfte, und in seinem Wirtschaftsal haben mehrere sozialdemokratische Vereine ihr Stammquartier.“ Gegen die Entscheidung des Kreisaußsichs will Gabel Rekurs bei dem Provinzialaußsich einlegen.

Der Fall erinnert an die Disziplinierung des Gemeindevorstandes Schulz zu Dehna, dem das Ehrenamt aberkannt wurde, weil er „einer sozialdemokratischen Agitatoren“ in seinem Hause eine Wohnung vermietet hatte. Das war in Preußen, daß in Hessen ähnliches passieren könnte, hätte man vor einigen Jahren noch für unmöglich gehalten. Schöner, als hier der heftige Kreisaußsich, könnten es die preussischen Bureaunkritiker auch nicht machen. Die preussische Reaktion wird allmählich zur gesamt-deutschen, wie ja auch der Fall Sambrecht in Bayern zeigt. Die Behauptung, daß die Verfassung der Bestätigung in Sambrecht auf eine generelle Abmachung mit Preußen zurückzuführen sei, ist bis jetzt nicht widerprochen worden!

Uneheliche Pharisäer.

Die „Vossische Zeitung“ kann sich nicht entschließen, den fetten Gappan fahren zu lassen, den sie in den Untersuchungen Kautskys und Gorters entdekt zu haben wähnt, inwiefern im Klassenkampfe die Pflicht zur Beobachtung der Sittlichkeitsgebote gilt. Sie kam nochmals auf die Sache zurück, ging dabei natürlich auf unsere bezw. Kautskys Darlegung sachlich absolut nicht ein und glaubte uns durch eine dumme Frage in die Enge treiben zu können. (Die „Freis. Jtg.“ war von diesem Beispiel pharisäischer Unehelichkeit so begeistert, daß sie das Schwesterblatt durch einen noch längeren und dümmere Artikel über das dankbare Thema zu überreifen suchte, wobei sie unsere Entgegnung erwähnt, um ihren Inhalt zu unterschlagen.) Wir fühlen uns nun durchaus nicht gedrungen, die Frage der „Vossin“ zu beantworten. Indes, wir sind bereit dazu — unter einer Bedingung. Die „Vossische Zeitung“ möge uns erst eine kleine Frage beantworten. Nämlich die: Haben die Liberalen jener Zeit, da der Liberalismus noch die Ehre beschränkter Verfolgung genoss, es als ihre Pflicht erachtet, jedem Polizisten und Spitzel, der nach der Organisation und der Tätigkeit des Liberalismus fragte, die reine Wahrheit zu sagen?

Wenn die „Vossische Zeitung“ uns die kleine Frage beantwortet hat, sind wir gern bereit, ihr die ihrige zu beantworten.

Die Konfusion im Lager der bürgerlichen Parteien Württembergs

Infolge der „Reichsfinanzreform“ ist nicht mehr zu übersehen. Der Führer der „Demokraten“, Herr v. Payer, erklärt: „Wir wollen und nicht ausschalten lassen.“ Der Engere Ausschuss der Württembergischen Volkspartei hingegen beschloß am letzten Sonntag, und zwar einstimmig, der Verdrängung der über Kautsky zu geben, daß durch das Verhalten der Konservativen der Block endgültig erledigt sei. Der leitende Geist der Nationalliberalen, Reichstagsabgeordneter Prof. Sieber, ist ganz im Gegensatz zu dem Demokraten v. Payer sehr oppositionell gestimmt. Nachter Hand, hinter Hand, alles verlauscht. Dafür redet das einzige Organ der Nationalliberalen, der „Schwab. Kurier“, den Liberalen Reichstagsabgeordneten gut zu, sie möchten doch um Himmelswillen sich zum alleinigenmachenden neuesten Steuerprogramm der Reichsregierung bekennen. „Dem Liberalismus kann mit gutem Gewissen empfohlen werden, daß er auf den Boden dieses Programms der mittleren Linie trete. Ja, wir gehen sogar so weit zu sagen: Das Regierungsprogramm ist derjenige Boden, auf dem sich bei ruhiger Überlegung und bei ehrlichem Willen der Block wieder zusammenfinden könnte.“ Was die drei Bauernbündler zu tun gedenken, weiß nicht einmal der liebe Gott, aus dem einfachen Grunde, weil es die Herren offenbar auch noch nicht wissen. Die Bewirung unter den Anhängern der bürgerlichen Parteien gibt selbstverständlich der Konfusion unter den führenden Geistern nicht nach. Die gloriose „Erhebung des Bürgertums“ macht sich zunächst in einer allgemeinen Stahlgerei bemerkbar.

Die Steuer der „Rolleidenden“.

Der Dresdener „Generalanzeiger“ führt wieder einige Fälle an, in denen Agrarier zu auffallend niedrigen Steuern veranlagt sind. Der Oberamtmann Schlabisch auf Rittergut Spalitz mit zwei Bormerken und großen Waldungen hatte auf dem Bahnhof in Dels sein Steuerbescheid verlorren. Daß von ihm bewirtschaftete Gut hatte einen Grundsteuerertrag von 9120 M. Zur Einkommensteuer ist der Herr eingeklagt in die Stufe von 1850—1800 M., so daß der Herr Oberamtmann 20 M. Einkommensteuer zu zahlen hat.

Die polnische Gefahr im Westen.

Der Moskauer, den die Regierung dem polnischen Proletariat im neuen Reichsvereinsgesetz aufgezwängt hat, scheint den rheinisch-westfälischen Industriemagnaten noch nicht zu genügen, auch nicht die im rheinisch-westfälischen Industriebezirk in Ueberflusse vorhandene Polizei. Die aus Polen berichtet wird, wurden von dort vier Polizisten mit Polizeikommissar Menzel an der Spitze nach dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk abkommandiert, um die dort fortschreitende Arbeiterbewegung unter dem polnischen Proletariat zu „überwachen“. Die Polizeibeamten beherrschen perfekt die polnische Sprache.

Vom Enclenburg-Prozess.

Wald nach dem Abbruch der ersten Verhandlung des Meineidprozesses gegen Enclenburg hieß es, daß der Hauptzeuge, Bildet Ernst, gekeskrank geworden sei. Jetzt wird diese Meldung dementiert. Ernst ist körperlich und geistig völlig intakt und in der Lage, am 5. Juli pünktlich zur Verhandlung zu erscheinen.

Hebräisch darf als feststehend angenommen werden, daß Eulenburg auf seiner plötzlichen Abreise nach Gosen lediglich die Gelegenheit suchte, sich dem Arm der deutschen Justiz für immer zu entziehen. Von Zeitungen, die mit den sogenannten besseren Kreisen Beziehungen haben, wird erklärt, daß auch die Staatsanwaltschaft dieser Ueberzeugung ist, daß sie deshalb die Strafen von 100 000 auf 500 000 M. erhöhen ließ, daß sie sich aber mit der hohen Summe nicht begnügt, sondern den Fürsten in Liebenberg durch Beamte der Berliner Kriminalpolizei überwachen läßt. Eulenburg hat es abgelehnt, diese Polizeibeamten in seinem Schlosse zu beherbergen, so daß sie sich damit begnügen müssen, in der Umgebung des Schlosses Wache zu halten.

Wie jetzt erst bekannt wird, hatte man den Fürsten, als er sich einige Tage in seiner Berliner Privatwohnung aufhielt, derart überwacht, daß vor der Haustüre ein Privatautomobil stand, in dem Tag und Nacht Kriminalbeamte saßen, und daß für dieses Automobil pro Tag 50 M. Miete bezahlt worden sind. Seit seiner Rückkehr nach Liebenberg, die nicht ganz freiwillig erfolgte, fühlt sich Fürst Eulenburg wieder so unwohl, daß er das Bett hüten muß. Es könnte der Fall sein, daß er an dem Tage, an dem die Verhandlung stattfinden soll, derart „schwer erkrankt“ sein wird, daß sein Transport nach Berlin „mit Lebensgefahr“ verbunden ist.

Ein liberaler Wahlprotest.

Gegen die Wahl des Genossen Schmutz, dem einzigen sozialdemokratischen Abgeordneten im hiesigen Landtage, hatte der in der „Lippischen Landeszeitung“ (Organ des hiesigen Liberalen Dr. Neumann-Joset) stehende Redakteur Franz in Salzfusen Protest eingelegt. In Lemgo sollten allein 818 Nicht-Lippier gewählt haben. Bei der Prüfung der Listen durch mehrere Beamte der Stadt hat sich nun jetzt herausgestellt, daß alle Wähler — bis auf einen — Lippier sind. Wenn die Feststellungen in den beiden zu dem Wahlkreise gehörigen Städten Blomberg und Salzfusen ebenso ausfallen, können wir mit dem Protest des „Liberalen Herrn“ zufrieden sein.

Wie Militärinvaliden gemacht werden!

Ein Soldatenpeiniger schlimmster Art, auf dessen Konto die Entlassung eines Soldaten als Invalide zu setzen ist, hatte sich am Dienstag in der Person des Unteroffiziers der Reserve Felix Fuhlig von der 2. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 10 aus Götting vor dem Kriegsgericht der 10. Division zu Posen auf die Anklage der Mißhandlung Untergebener, verbunden mit schwerer Körperverletzung bezw. dauerndem Sichtsium zu verantworten.

Fuhlig war mit der Ausbildung einer Abteilung im Oktober vorigen Jahres eingezogener Rekruten beauftragt. Der Kompaniechef sprach sich über die Abteilung recht mißbilligend aus und die Folge war, daß Leutnant Schmidt dem Angeklagten den Befehl erteilte, seinen Leuten einen besseren Drill beizubringen. Darüber aufgebracht, ließ Fuhlig am 31. Oktober sämtliche Leute in seiner Stube antreten und ließ sie vor dem Boden in ununterbrochener Folge sich auf die Erde niederwerfen, aufspringen und darauf nach dem Korridor laufen. Unmittelbar vor dem Boden mußten die Leute etwa eine Viertelstunde lang Kniebeuge machen. In erhöhtem und erschöpftem Zustande mußten sie dann baden. Nach Beendigung des Badens setzte der Angeklagte die unmenschliche Schinderei fort. Während einer ganzen Stunde mußten die Leute in ununterbrochener Folge Kniebeuge bis zur Dauer von 10 Minuten machen, sich etwa 40 mal auf den Fußboden legen und dann schnell aufspringen. Sie waren durch diese Prozedur sämtlich auf das äußerste erschöpft und zitterten fast durchweg an allen Gliedern. Schluß als der wachhabende Unteroffizier die Räumlichkeiten zur Empfangnahme des Abendessens herandrückte, gestattete der Angeklagte den Leuten nicht, ihr Essen zu holen. Als dies ihnen dann endlich erlaubt wurde, fanden sie die Küche bereits geschlossen. Der Angeklagte hätte seine Qualereien wohl auch noch weiter fortgesetzt, wenn nicht der Musiketier Prozewozh ohnmächtig zusammengebrochen wäre. Um den Ohnmächtigen von der mutmaßlichen Simulation abzubringen, goß der Angeklagte ihm einen großen Krug kalten Wassers über Kopf und Körper. Als dies nicht half, wurde Prozewozh zu Bett gebracht. Nachdem er zu sich gekommen war, klagte er über Kopfschmerzen und Schläge in der Brust. Am anderen Tage hinderte ihn der Angeklagte daran, sich krank zu melden. Als dies am Montag geschah, mußte die schmerzliche Ueberführung des Kranken nach dem Garnisonlazarett erfolgen, wo starkes Fieber und große Körperschwäche konstatiert wurde. Es trat dann noch Lungenentzündung und eine Herzkrankheit hinzu. Der Erkrankte mußte vom 2. November vorigen Jahres bis zum Februar im Lazarett behandelt werden, worauf er als gänzlich erwerbsunfähiger Invalid mit einer monatlichen Pension von 45 Mark entlassen werden mußte. Kurz vor der Entlassung trat noch ein heftiger hysterischer Anfall ein.

Wie Leutnant Schmidt in der Verhandlung behauptete, hätte er den Angeklagten, als er den Prozewozh einmal beim Kniebeugemachen mit gestrecktem Gewehr weinen sah, auf die schwache Körperkonstitution aufmerksam gemacht und ihm ans Herz gelegt, den Mann in der schonendsten Weise zu behandeln. Nach dem ärztlichen Gutachten ist das Leiden und die Invalidität auf die Mißhandlungen zurückzuführen. Die Ärzte nehmen indessen an, daß sich der Zustand des Kranken in absehbarer Zeit bessern wird, jezt sei bereits eine geringe Besserung wahrnehmbar. Diese Einschränkung führte für den Angeklagten eine wesentlich mildere Beurteilung seiner Straftaten herbei, indem nicht schwere Körperverletzung mit nachfolgendem dauerndem Sichtsium, sondern nur eine fortgesetzte Mißhandlung Untergebener angenommen wurde. Aus diesem Grunde wurde der bereits vom Militär entlassene Angeklagte entsprechend dem Antrage des Anklagevertreters zu sechs Monaten Gefängnis und zur Degradation verurteilt.

Durch grausame Mißhandlungen zur Fahnenflucht getrieben!

Ein Prozeß, der grausame Soldatenmißhandlungen zutage förderte, wurde dieser Tage vor dem Dresdener Kriegsgericht abgehalten. Wegen Fahnenflucht war der 48 Jahre alte Landwehrmann Schurig angeklagt. Im Herbst 1887 trat Sch. als Rekrut beim 101. Grenadier-Regiment ein, wo er unter sehr harten Mißhandlungen usw. durch den Unteroffizier Freitag zu leiden hatte. Er vermochte die rohe Behandlung nicht länger zu ertragen und wurde daher im August 1888, also vor 21 Jahren, fahnenflüchtig. Nachdem Schurig desertiert war, wurde etwas von den Mißhandlungen bekannt. Unteroffizier Freitag wurde, nachdem er 1/2 Jahre lang seine Schindereien ungestört hatte betreiben können, wegen Mißhandlungen, Verleidigungen usw. in einer Unmenge von Fällen zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt, aber nicht etwa degradiert! In der Verhandlung gegen Schurig wurde das Urteil verlesen, welches haarsträubende Fälle von Mißhandlungen enthüllte. So wurden die Soldaten während des Exerzierens und in der Instruktionstunde gestoßen, geschlagen, an Nase und Ohren gezerrt, daß das Blut nur so spritzte. Nicht selten wurden die Soldaten mit Gewehrkolben geschlagen. Ein Soldat wurde dermaßen mit der Faust ins Gesicht geschlagen, daß er über und über blutete. Einem Soldaten wurde eine Schnurbarthaalke ausgerissen, und ein anderer erhielt 25 Schläge auf einmal ins Gesicht, daß es die Augen rollen. Ein anderer wurde dermaßen ins Gesicht geschlagen, daß das Zahnfleisch stundenlang blutete und einige Zähne

herausfielen. Meist wurden die Soldaten „rote Hunde“, „rote Schweine“ und „verfluchte Sozialdemokraten“ genannt. Am meisten hatte Schurig unter Mißhandlungen zu leiden. Er mußte allerlei Arbeiten verrichten und wurde von dem Soldatenführer immer zum Dienst herangezogen. Einmal wurde er dermaßen mißhandelt, daß er innerlich und äußerlich blutete. Ein andermal wurde er derart mit dem Gewehrkolben geschlagen, daß er zusammenbrach und ohnmächtig liegen blieb. „So, da liegt Du roter Hund, nun verreck!“ sagte der Unmensch Freitag darauf. Eine ganze Reihe weiterer Mißhandlungen kamen in dem Urteil zur Sprache. „Ich könnte noch mehr erzählen, aber ich darf nicht daran denken“, erklärte Schurig weinend.

Schurig wanderte nach seiner Flucht ins Ausland. Er kam zuerst nach Belgien und schließlich auch nach Frankreich, wo er sich bei der Fremdenlegation anwerben ließ. Auch hier ging es ihm schlecht, er wurde abermals fahnenflüchtig und wurde deshalb zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Endlich packte ihn die Sehnsucht nach der Heimat und nach seinen Eltern. Er kehrte nach Deutschland zurück und stellte sich freiwillig. Vor Gericht war er der Fahnenflucht geständig; er betonte, er sei nur durch die grausamen Mißhandlungen dazu getrieben worden.

Das Gericht erkannte auf die gesetzlich geringste Strafe von sechs Monaten Gefängnis! Es beschloß aber, ein Gnadengesuch zu beschließen.

Frankreich.

Der Streit der Seeleute.

Marseille, 16. Juni. Die eingeschriebenen Seeleute lehnten in ihrer gestrigen Versammlung die Vorschläge der Reeder ab, sie beschloßen die Fortsetzung des Ausstandes.

Eine Amnestie.

Paris, 15. Juni. Der Senat beriet über den Gesetzentwurf betreffend die Amnestie. Auf die Forderung Gaudin Villaines, die Postbeamten zu begnadigen, entgegnete Arbeitsminister Parthou ablehnd. Er zählte die den Postbeamten gewährten Vorteile auf und sagte, sie hätten das Vaterland und seine Befehle verachtet. Er spreche ihnen das Recht des Streiks und der Arbeitslosigkeit ab. Der Senat vertwarf darauf das Amendement Villaine mit 239 gegen 33 Stimmen, nahm dagegen die Begnadigung der Winger und der in Folge des Streiks vom 14. Januar Verurteilten an.

Belgien.

Die Krise.

Brüssel, 15. Juni. (Eig. Ber.) Noch immer zeigt sich keine festere Spur eines Regierungsvorschlags. Ja, selbst die bereits mitgeteilten „Gesichtspunkte“ der Formel Merode, die der Regierung als Leitmotiv bei ihren Vorschlägen über die Militärreform hätte dienen sollen, sind wieder verlassen worden. Die letzte Beratung der Rechte hat die Regierung wohl auch nicht sonderlich erleuchtet, denn sie zeigte nur wieder die alten Gegensätze im schärfsten Ausmaße. Herr Carton de Wiart ist für die Abschaffung des Stellvertretungssystems, ebenso der ehemalige Minister Favereau, wogegen Woeste, der in seiner Presse seinen Kerger sehr ungeniert über die Jungkerikalen austobt, der unerbitliche Gegner einer an diesem Punkte des alten Systems rückenden Reform bleibt. Selbst die nichtsfahrende-lächerliche „Reformidee“ des Grafen Merode, das Stellvertretungssystem für den Kriegsfall aufzuheben, findet seinen Widerstand. Diese absolute Uneinigkeit macht nicht nur der Regierung Existenzsorgen, sondern steigert auch von Tag zu Tag die ägrierte Stimmung in der kerikalen Presse, die schmerzlich und ironisch auf das Jubiläumsjahr der Partei verweist, die vor 25 Jahren sich in stolzer Eingeleit erhob. Ganz besonders entzündet der Streit um Herrn Woeste, dem man seine steten Intrigen gegen die Regierung und seine Feindseligkeit gegen alle bisherigen „großen“ Reformwerke der kerikalen Regierungen vorwirft. Herr Woeste dagegen spricht verächtlich-bitter von der Handvoll Jungkerikalen, die, wie er vornehm schreibt, sich doch zufriedengeben sollten, nachdem man aus ihren Reihen zwei Minister geholt hat. „Wohin wir vor allem

Soll wächst der Streit und das Bild der Verwirrung in der kerikalen Partei zu immer größeren Dimensionen an und es ist kaum zu erwarten, daß der Big Herr Schollaertis kaum andrückt, mit heller Haut aus der disparaten Situation herauszukommen. Das 25jährige Jubiläum der kerikalen Herrschaft verspricht sonach jedenfalls eine Feier, die der politischen Plakaterie nicht entbehrt.

England.

Wieder eine Flottendebatte.

London, 16. Juni. Unterhaus. Lord Londdale fragte an, ob im Plane bezüglich der Räumung Kretas von den internationalen Truppen irgend eine Aenderung eingetreten sei. Der Parlamentsuntersekretär des auswärtigen Amtes Mr. Kinnon Wood erwiderte. Die Antwort lautet nein. In der weiteren Verhandlung wurde von mehreren Abgeordneten auf die Ausführung des deutschen Flottenprogramms bezügliche Fragen gestellt und zugleich gefragt, ob die Regierung offizielle oder nichtoffizielle Nachrichten hierüber habe. Unter anderem fragte Lord Londdale, ob bekannt sei, daß eines der erstklassigen Schiffe des deutschen Bauprogramms für 1900 auf einer kaiserlichen Werft gebaut, der Bau der anderen an Privatwerken vergeben werden soll. Der erste Lord der Admiralität Mr. Kenna erwiderte, es lägen keinerlei offizielle Nachrichten vor, er wisse auch nur, was in den Zeitungen gestanden habe. Hierauf wandte sich Weigwood mit der Frage an Mr. Kenna, ob Maßnahmen getroffen seien zur Ausrüstung der Kriegsschiffe mit Geschützen, die gegen Luftschiffe zu feuern imstande wären. Mr. Kenna antwortete, man habe bereits Pläne für Stellschiffgeschütze entworfen und beabsichtige, diese den Schiffen zuzustellen, sobald die Erfahrungen es wünschenswert machen sollten.

Rußland.

Neue Dreadnoughts.

Petersburg, 16. Juni. Auf der holländischen Werft und auf der neuen Admiralitätswerft fand heute die Kiellegung von vier gepanzerten Linienschiffen des Dreadnoughttyps statt. Jedes der Schiffe wird 23 000 Tonnen Gewicht haben, 180 Meter lang und 27 Meter breit sein bei 8 1/2 Meter Tiefgang. Der Kiellegung wohnte der Präsident der französischen Marine-liga bei.

Türkei.

Die Kretasfrage.

Konstantinopel, 16. Juni. Der griechische Gesandte hatte gestern eine Unterredung mit dem Großwesir über die Kretasfrage. Die Morgenblätter wollen wissen, die griechische Regierung habe mehrere Jahrgänge Reservisten einberufen. Die Albanesen von Malissa und Schikma setzen der Entlassung durch die Regierungstruppen ernsthaften Widerstand entgegen. Beide Orte wurden durch Artillerie beschossen.

Persien.

Eine türkische Intervention.

Konstantinopel, 15. Juni. Infolge der letzten Vorfälle in Tabris ersuchte der dortige türkische Konsul die hiesige Regierung um Schutz für die bedrohten türkischen Staatsangehörigen. Infolge dessen werden die türkischen Grenztruppen die Distrikte Choi und Dilman besetzen.

Parlamentarisches.

Aus der Subjektmission des Reichstages.

(80. Sitzung, 16. Juni.)

Die Kommission erledigte die zweite Lesung des Beamtenbesoldungsgesetzes. Der § 8, der bestimmt, daß den Militärärzten, die acht Jahre und darüber im Herrt gedient haben, diese Zeit bei der ersten etatsmäßigen Anstellung auf das Dienstalter anzurechnen ist, wird dahin abgeändert, daß anstatt acht Jahre neun Jahre gesetzt wird. — Eine längere Debatte entspann sich über § 12, der bestimmt, daß eine Dienstalterszulage versagt werden kann, wenn gegen das dienstliche oder außerdienstliche Verhalten des Beamten eine erhebliche Anstellung vorliegt. Ein Antrag Singer's A o j a h verlangte, es solle eingefügt werden, daß das außerdienstliche politische und religiöse Verhalten von der Erlangung der Dienstalterszulage nicht ausgeschlossen soll. Singer begründete diese Forderung u. a. mit dem Hinweis auf den Fall Schädling. Auf der Regierungsbank, beim Zentrum und bei den Nationalliberalen fand der Redner Widerstand, und der Antrag wurde schließlich mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freisinnigen abgelehnt.

In der ersten Lesung war nun beschlossen, daß die Bestimmungen über die Anstellung von Militärärzten rückwirkende Kraft haben sollten, mit der Maßgabe, daß Gehaltsnachzahlungen nur für die Zeit ab 1. April 1900 statthaben sollen. Diese Bestimmung wurde in der zweiten Lesung wieder ausgemergelt. Desgleichen wurde die Bestimmung, daß bei in den Ruhestand getretenen Beamten und Offizieren die Pensionen nach der neuen Gehaltsordnung mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1907 berechnet werden sollen, dahin abgeändert, daß die Rückdatierung um ein Jahr verläßt, also der 1. April 1908 als Termin bestimmt wird. Mit diesem Tage tritt das Gesetz überhaupt in Kraft, die Beamten erhalten also die Gehaltsrückzahlungen von da an nachbezahlt.

Nächste Kommissionssitzung: Dienstag nächster Woche. Freitag dieser Woche: Geheim Sitzung.

Soziales.

Aus dem Innungsgerichts.

Am Dienstag klagte der Maler Reiffe gegen den Malermeister Albert Kade auf Zahlung von 51 M. rückständigen Lohn. Er war 8 Wochen lang beim Beklagten tätig und erhielt in jeder Woche nur 10 M. ausbezahlt. Er erhob nun Anspruch auf den für Junggelesen im Tarif vorgesehene Lohn von 10 Pf. die Stunde. Daraus ergab sich die Klageforderung. Der Beklagte legte dem Schiedsgericht die Quittung, die ihm Kläger bei der letzten Lohnzahlung gegeben, vor. In dieser wird auf alle weiteren Forderungen verzichtet. Kläger erkannte die Unterschrift als die seinige an, behauptete aber, daß der Verzicht erst nach der Leistung der Unterschrift hinzugefügt worden sein müsse. Denn er würde dem Verzicht nie unterschrieben haben. Der Vorsitzende erklärte dem Kläger, daß diese Behauptung keinen Glauben finde. Es sei doch Regel, daß man bei Quittungen seine Unterschrift unmittelbar unter den Text setzt, damit nichts hinzugefügt werden kann. Auf Verlangen eines Beisitzers wurde dann die Sache vom Schiedsgericht beraten. Das Gericht verurteilte das Urteil dahin: Dem Kläger ist der geforderte Lohn vom Beklagten zu zahlen. In der Begründung wurde ausgeführt: Der Tarif im Malergewerbe erklärt die seinen Bestimmungen entgegenstehenden Vereinbarungen für nichtig. Deshalb entbehrt auch der schriftliche Verzicht auf die Lohnforderung der Gültigkeit.

Dies Urteil entspricht durchaus der Auffassung, daß von Tarifen abweichende ungünstige Vereinbarungen der Arbeitgeber, der dem Tarif sich unterworfen hat, mit Rechtskraft nicht treffen darf. Der in der Quittung enthaltene Verzicht war aus diesem Grunde auch deshalb nichtig, weil er eine nach § 2 des Lohnbeschlagnahmegesetzes unzulässige Verfügung des Arbeiters über seinen Lohn darstellt. Das Innungsgerichtsgericht kam zu dem gerechten Urteil, weil im Malergewerbe Arbeiter und eine Reihe Arbeitgeber mit Entschiedenheit die Schmutzkuren durch Tarifverträge zu bekämpfen suchen. Tags zuvor wurde die Verkäuferin in einem Bäckerbetriebe auf Grund der von ihr unterschriebenen Quittung bei einem ähnlichen Tatbestand leider abgewiesen. Dies Urteil ging auch deshalb fehl, weil die Bäckerin als Verkäuferin nach zutreffender Ansicht dem Kaufmannsgericht, nicht aber dem Innungsgerichtsgericht oder dem Gewerbegericht untersteht.

Aktuurladenschluß in Nürnberg.

Von einem großen Teile der Nürnberger Ladenbesitzer selbst wurde bei der mittelfränkischen Kreisregierung der Antrag gestellt, die Schließung aller offenen Verkaufsstellen an den Wochentagen, mit Ausnahme der Samstage und der Tage vor Weihnachten und Neujahr, um 8 Uhr abends zu verfügen. Die Regierung ordnete darauf eine Abstimmung unter den Ladenbesitzern an. Diese Abstimmung ergab 2556 Stimmen für und 805 Stimmen gegen den Aktuurladenschluß. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit ist also reichlich vorhanden.

Aus den Geheimakten der Berufsvereinigungen.

Der Vorstand der Rheinisch-Westfälischen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft schreibt uns:

„In Nr. 128 des „Vorwärts“ vom 5. Juni 1900 sind unter der Ueberschrift „Aus den Geheimakten der Berufsvereinigungen“ Zahlen gegeben aus einem Verzeichnis derjenigen Mitglieder der Sektion III Elberfeld, welche der Berufsvereinigungen bis Ende 1907 noch Beiträge schulden, mit der falschen Darstellung, daß die betreffenden Mitgliedsbeiträge allein aus dem Jahre 1907 herührten. Die Rückstände des Verzeichnisses sind aber alle diejenigen, auch der Vorjahre von 1907, welche nach nicht niedergelegungen noch fortgesetzt verjährt sind.“

Es schulden bei der Sektion III der Rheinisch-Westfälischen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft angeschlossenen Kreise ihrer Berufsvereinigungen aus dem Jahre 1907 an rückständigen Beiträgen nicht die Summe von 73 000 M., sondern es sind in dieser Summe die Rückstände aus den Vorjahren, soweit sie nicht niedergelegt sind; niedergelegt sollen nur werden die als unpfändbar erklärten Beiträge von früheren Unternehmern, die ein selbständiges Gewerbe nicht mehr betreiben. Der Rückstand an den für das Jahr 1907 ausgeschriebenen Beiträgen zu Lasten der Unternehmer der Sektion III ist, wie der Jahresbericht ausweist, also nicht 73 000 M., sondern 19 800,28 M.“

Diese Aufschrift ändert an dem aus der „Streng vertraulichen“ Restantenliste sich ergebenden Bild nichts zugunsten der Unternehmungsklassen. Sie bestätigt vielmehr unsere Angaben, daß allein bei der einen Sektion die Rückstände im Jahre 1907 nicht weniger als 73 000 M. betragen. Von diesen sind nach der Aufschrift, deren Richtigkeit in Zweifel zu ziehen wir keine Verantwortung haben, über 53 000 M. bereits seit längerer Zeit rückständig, 19 800 M. im Jahre 1907 neu rückständig geworden. Das bestätigt noch mehr den von uns an die Daten der Restantenliste geknüpften Schluß, daß diese immens hohe Schuldensumme das Leben der Berufsvereinigungen gegen die Insolventen und der Bauunternehmer, insbesondere der Schuldner, gegen die Arbeiter im Lohnkampf zum Teil erklärt.

Gewerkschaftliches.

„Christliche“ Wahrheitsliebe.

Am 27. Februar dieses Jahres brachte der „Deutsche Maler“ (Organ des Zentralverbandes christlicher Maler) in einem Artikel gegen den „Vereinsanzeiger“ folgende Behauptung:

„Beim Abschluß des Tarifvertrages im Vorjahre erklärte der Landesverbandvorsitzende der Arbeitgeber, Herr Eymmer, daß es schwerhalten würde, bei Beendigung der Aussperrung alle Gehilfen wieder unterzubringen. Da hat und bettelte der Gauleiter des roten Verbandes bei Herrn Eymmer: „Sorgen Sie doch bitte dafür, daß die Leute wieder eingestellt werden, wenn sie dann auch wieder entlassen werden.“

Daraufhin sandte der Gauleiter des Malerverbandes Zimmermann - Frankfurt eine Verächtigung an die Redaktion des „Deutschen Maler“ und erklärte, daß die angeführte Behauptung in allen Teilen unwahr sei. Als Beweis hierfür beziehe er sich auf eine Verächtigung des Herrn Eymmer, die der Redaktion des „D. M.“ bereits zugegangen, aber von dieser nicht veröffentlicht worden sei. — Am 27. Mai nahm die Redaktion des „D. M.“ die Verächtigung des Gauleiters Zimmermann in ihrem Blatte auf, bemerkte aber dazu:

„Unsere Gewährsmänner halten trotz der Verächtigung des Herrn Gauleiter Zimmermann ihre Behauptung aufrecht, und haben wie Herrn Eymmer folgendes Schreiben gefandt: „Auf Ihre werthe Zuschrift vom 1. März in Sachen „Vereinsanzeiger“ kontra „Deutscher Maler“ gestatten wir uns mitzuteilen, daß unsere Gewährsmänner die in Nr. 9 des „Deutschen Maler“ angegebenen Angaben hochhalten. Aus diesem Anlaß liegt daher kein Grund zur Verächtigung unsererseits vor.“

Daraufhin sandte der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Herr Eymmer, folgendes Antwortschreiben an die Redaktion des „Deutschen Maler“:

„Im Besitze Ihrer heutigen Zuschrift bin ich sehr erstaunt, daß Ihre Gewährsmänner die in Nr. 9 gemachten Angaben aufrechterhalten wollen. Mit anderen Worten: Sie halten demnach meine Angaben für falsch. — Nicht meinthalben behaupte dies, als vielmehr, daß von einer Organisation, die sich christlich nennt, der Wahrheit und der Tatsache nicht entsprochen wird.“

Dazu bemerkte die Redaktion des „D. M.“: daß auch jetzt noch 2x2 nicht 5, sondern 4 ist. Die Angaben unserer Gewährsmänner bleiben also nach wie vor bestehen und liegt gar kein Grund vor, die Wahrheit derselben in Zweifel zu ziehen. Die Unterstellung in dem Schreiben, „daß wir der Wahrheit und der Tatsache nicht entsprechen“, ist, gelinde gesagt, mehr als deplaciert!

Der Gauleiter Zimmermann strengte hierauf Klage gegen den Redakteur des „D. M.“ an. In der am 12. Juni stattgefundenen Verhandlung vor dem Schöffengericht in Frankfurt a. M. verfuhrte nun der Beklagte den Wahrheitsbeweis anzutreten, er ist aber damit glänzend reingefallen. Der einzige Zeuge, der christliche Bezirksleiter Abel, der die behaupteten Worte gehört haben will, schied als Mitverfasser des Artikels als Zeuge aus; der andere Zeuge, Tüncher Denfeld vom Homburg v. d. S., will es von anderen gehört haben, daß die behaupteten Worte gefallen seien.

Der Angeklagte bequeme sich dann auf Zureden seines Anwalts dazu, auf einen Vergleich einzugehen, demzufolge er erklärt, er habe dem Kläger keineswegs den Vorwurf machen wollen, daß er das von seiner Partei in ihn gesetzte Vertrauen mißbraucht hätte, er (der Beklagte) habe sich vielmehr durch die heutige Verhandlung davon überzeugt, daß zu einem derartigen Vorwurf keinerlei Veranlassung vorliege. — Der Beklagte übernahm sämtliche Kosten des Verfahrens, auch verpflichtete er sich, den Vergleich binnen zwei Wochen in der von ihm als verantwortlicher Redakteur gezeichneten Zeitschrift „Der Deutsche Maler“ zu veröffentlichen.

Die erste Zurechtweisung durch den Unternehmer war dem christlichen Klagenpeter noch nicht blamabel genug, er mußte sie sich erst noch gerichtlich bestätigen lassen.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter und Kesselschmiede!

Die Sperre über die Firma Vorjig in Tegel bei Berlin ist hiermit aufgehoben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Die Lohnbewegung der Bauempfeher.

Das Einigungsamt hatte die Verhandlungen, die ursprünglich bis zum 23. d. M. vertagt waren, schon am Dienstag wieder aufzunehmen. Es kam aber nach mehrstündigen Verhandlungen kein Resultat zustande. Am Mittwoch verhandelte das Einigungsamt wieder ununterbrochen von 1 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends. Die Forderungen der Parteien bezüglich des neuen Tarifs gingen so weit auseinander, daß alle Einigungsversuche scheiterten. Es wurde deshalb ein Schiedspruch gefaßt, der jedoch weit hinter den Forderungen der Arbeiter zurückbleibt. Der Hauptpunkt des Streites ist bekanntlich die Akkordarbeit. Der alte Vertrag schließt sie ganz aus. Dabei sollte es nach den Forderungen der Arbeiter auch bleiben, während die Arbeitgeber nach ihrer Wahl sowohl in Lohn wie in Akkord arbeiten lassen wollten. — Der Schiedspruch erklärt sowohl Zeit- wie Akkordlohn für zulässig, bestimmt aber, daß bei Akkordlohn der Stundenlohn zu garantieren ist. — Eine sofortige Erhöhung des Stundenlohnes, die von den Arbeitern gefordert wird, steht der Schiedspruch nicht vor. Der Lohnsatz des alten Tarifs — 72 1/2 Pf. pro Stunde — soll bis zum 1. Oktober 1910 bestehen bleiben und von da ab auf 74 Pf. erhöht werden. — Nach dem alten Vertrage soll der Lohn für Ausgelernte nicht unter 55 Pf. im ersten und nicht unter 60 Pf. im zweiten Gesellenjahre betragen. — Nach dem Schiedspruch erhalten die Ausgelernten im 18. Lebensjahre 50 Pf., im 19. Jahre 55 Pf., im 20. Jahre 60 Pf., im 21. Jahre 65 Pf. und erst vom 22. Lebensjahre ab den vollen Lohn. — Ueberstunden sollen bis 9 Uhr abends (nach dem alten Vertrage bis 10 Uhr) mit 25 Prozent, Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Prozent Aufschlag bezahlt werden. — Hinsichtlich der Arbeitszeit sind keine Forderungen gestellt. Der Schiedspruch beläßt es daher bei der neunstündigen Arbeitszeit. Im alten Vertrage heißt es, Sonnabends wird eine halbe Stunde, am Tage vor den hohen Festen zwei Stunden früher Feierabend gemacht, ohne daß ein Lohnabzug eintritt. Nach dem Schiedspruch kann in dieser Weise die Arbeitszeit an den genannten Tagen verlängert werden, doch soll nur die wirklich geleistete Arbeitszeit bezahlt werden. — Hinsichtlich der Entschädigung von Fahrgehalt und Fahrzeit weicht der Schiedspruch nicht wesentlich von dem alten Tarif ab, jedoch setzt er die Entschädigung bei auswärtigen Arbeiten von 3 M. (dem Satz des alten Tarifs) auf 2,50 M. herab. — Im Gegensatz zu dem bisher von den Arbeitgebern vertretenen Standpunkt sagt der Schiedspruch, daß der Schlichtungskommission auch Gewerkschaftsangehörige angehören dürfen. Die Dauer des Tarifs legt der Schiedspruch bis 1913 fest. Das ist der wesentlichste Inhalt des Schiedspruchs.

Den Parteien ist zur Erklärung über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs eine Frist von acht Tagen gegeben.

Achtung, Schlosser! Die heutige Vertrauensmännerkonferenz fällt aus! Die Einladung zur nächsten Konferenz erfolgt schriftlich. Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Hämische Kritik.

Der Berliner Börsenzeitung hat es unsere Kritik der neuen Ferienbestimmungen für die Siemens-Schubert-Werke angetan. Nachdem sie vom Standpunkt des „Arbeiterfreundes“ aus die Schlechtigkeit unserer „hämischen“ Kritik genügend beklagt hat, leistet sie sich zum Schluß die — natürlich nicht „hämische“ — Frage, ob die Leute des „Vorwärts“ an ihre Arbeiter dieselben Zugeständnisse machen wie bürgerliche Arbeitgeber. Nun, in der Druderei des „Vorwärts“ haben alle Angestellten, die dort dreiviertel Jahre tätig sind, Anspruch auf Ferien. Unseren Zeitungssehern werden jährlich zwei Wochen Ferien unter Fortbezug des Lohnes gewährt; dieselben erhalten während dieser Ferien eine Entschädigung von 100 M. Unsere Korrektoren bekommen drei Wochen Ferien. Die Zeitungssetzer der „Börsenzeitung“ bekommen natürlich auch Ferien — aber ohne Bezahlung; sie können ja dafür im Winter fast doppelt so lange arbeiten, als tariflich vorgeschrieben ist. Da wird dann der Lohnausfall wieder nachgeholt. — Ob die „Börsenzeitung“ nun ihren durch ihre Frage neugierig gemachten Lesern wohl auch unsere Antwort mitteilen wird?

Deutsches Reich.

Abgeblüht

sind die Stettiner Reeder mit ihrem Vorstoß gegen die Waifeier. Einer der Scharfmacher im Stettiner Hafen hatte nämlich einem Schiffstauer 300 M. Ueberliegegeld für einen Dampfer, der am 1. Mai nicht gelöscht worden war, angerechnet. Dieser klagte deshalb vor dem Gewerbegericht Stettin gegen 12 Hafenarbeiter auf Entschädigung von je 25 M. Das Gericht wies ihn aber ab, weil die Hafenarbeiter nachweisen konnten, daß sie bei Uebernahme der Arbeit erklärt hatten, den 1. Mai feiern zu wollen, wogegen der Tauer nichts einwendete. Als ihnen ein Schriftstück des Vereins Stettiner Reeder vorgelegt wurde, wonach jeder Feiernde für den entstandenen Schaden haftbar gemacht werden solle, hätten sie sich auf die erste Erklärung berufen.

Siel.

Der Stand der Dinge ist heute folgender: In den Ausstand getreten sind Anfang voriger Woche: 99; der Magistrat hat hinausgeworfen: 205; auf Veranlassung der Streikleitung sind in den Ausstand getreten: 124; also insgesamt am Ausstand beteiligt sind: 488 Personen. Streikbrecher hat die gelbe Organisation von Essen und Lägerdorf (Holstein) geliefert. Es sind etwa 240 solch nützlicher Elemente für den Magistrat vorhanden. In Anbetracht der augenblicklichen Situation und im Interesse der Allgemeinheit, sowie unter Berücksichtigung der in den am Montag abgehaltenen Professorensammlungen gegebenen Anregungen hat die Organisationsleitung das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen. Hierdurch haben die Streikenden erneut die Hand zum Frieden geboten und dem Magistrat Gelegenheit gegeben, wieder geregelte Verhältnisse herbeizuführen. Die Gasbeleuchtung und Wasserversorgung sind äußerst mangelhaft; das stark mit Wasserstoffgas verfehlte Beleuchtungsnetz ist zu hoch und gewerblichen Zwecken absolut nicht verwendbar. Die Kälteabfuhr erfolgt nur teilweise trotz der doppelten Anzahl Streikbrecher, die hierbei verwendet werden. Die Müllabfuhr geschieht überhaupt nicht. Die Straßen starren vor Schmutz.

Die Situation ist noch unverändert.

Gemeingefährliche Streikbrecher.

Eine räpelhafte Gesellschaft sind die Streikbrecher der Berliner Büfettischerei Soalfeld in Helmstedt. Wie berichtet bereits vor einiger Zeit, daß die Streikbrecher einem Streikenden durch einen Revolverbeschuß an der Brust verletzt haben. In der Nacht zu Montag hat in den Straßen der Stadt wieder eine Revolverbescherei der Streikbrecher stattgefunden, die den Eindruck machte, als ob es sich um eine reguläre Schlacht handelte. Der „reichswaterländische“ Arbeiterverein (gelbe Gewerkschaft) hatte, wohl zu Ehren der Soalfelder Streikbrecher, ein Sommerfest veranstaltet, zu dem diese nützlichen Stützen des Staates — mit Revolvern bewaffnet — erschienen waren. Nachts zwischen 12 und 1 Uhr gab diese Gesellschaft in den Straßen der Stadt wohl an die 20 Revolverbeschüsse ab, so daß die Bewohner der Stadt erschreckt aus dem Schlafe aufwachten. Bei einer sich entwickelnden Schlägerei verletzte die Streikbrecher einen Arbeiter namens Punkte durch einen Revolverbeschuß an der Schulter. In ihrem blinden waterländischen Alkoholrausch streckten sie selbst einen ihrer arbeitswilligen Kollegen durch einen Schuß in die Knie nieder. Einem Vätermeister wurde das Fenster eingeschossen.

Am Montagmittag suchten einige dieser nationalen Elemente abermals Personen und Streikposten zu überfallen.

Die Polizei weiß, daß die Streikbrecher mit Revolvern bewaffnet sind, sie muß doch auch den Unfug sehen und hören, den diese mit den Nordwerkzeugen treiben; es fällt ihr aber nicht ein, die Streikbrecher zu entwaffnen.

Auf den Radikalismus besonnen!

Auch das lokale Gewerkschaftsbiro in Hamburg hat in einer gemeinsamen Mitgliederversammlung der Freien Vereinigung aller „Peruse“ sich mit der Aussperrung beschäftigt. Es wurde ausgesprochen, daß sich die Lokalistin bei diesem Kampfe mit den Zentralverbänden solidarisch erklärt haben. Diese Feststellung sei notwendig, um Mißverständnisse vorzubeugen. Auch die Lokalistin seien der Ansicht, daß die Aussperrung in keiner Weise berechtigt war. Die Lohnbewegung der Betonarbeiter und die von diesen verhängten Sperren gaben den Unternehmern einen Vorwand, die Aussperrung vorzunehmen. Dieser Grund könne aber nicht als stichhaltig anerkannt werden, da die Betonarbeiter nur ihren alten Lohn, der ihnen im letzten Winter entgegen tariflicher Vereinbarungen gekürzt war, wieder erlangen wollten. Eine Lohnerhöhung sei erst gefordert worden, nachdem die Unternehmer mit der Drohung einer allgemeinen Aussperrung hervorgetreten seien.

In der weit ausgebreiteten Debatte wurde gefordert, daß, wenn nicht bald die Aussperrung aufgehoben werde, allgemein die Arbeit im Baugewerbe einzustellen sei.

Der Deutsche Klotzgrabenverband, der seit Montag in Kassel seine Generalversammlung abhält, beschloß am Mittwoch einstimmig den Uebertritt zum Senefelder-Bund. Der Klotzgrabenverband ist einer der kleinsten Zentralverbände; er zählt nur 500 Mitglieder und hat einen Vermögensstand von 37 000 M.

Beim Bauarbeiterstreik in Saarbrücken

Reben die öffentlichen Gewalten nicht nur auf Seiten der Unternehmer, was ja im Reichstaate Deutschland ganz selbstverständlich ist, sondern die Behörden scheinen zu Streikbrecheragenturen zu werden. In A l t i n g e n, unweit Saarbrücken, wurde am Sonntag durch den Gemeindevorstand öffentlich ausgeschrieben, daß arbeitswillige Maurer sich am anderen Morgen auf dem Bürgermeisteramt melden sollten, von wo sie dann unter sicherem Schutze nach Saarbrücken auf die von den Sozialdemokraten gesperrten Baue geführt würden. Auch aus anderen Orten erfährt man, daß be-

hördliche Organe versuchen, Streikbrecher zu werben, während die Polizei der Saarstadt die Streikposten (scharf bewacht) und ihre Funktionen möglichst zu beschränken sucht. Ein Streikposten, der auf dem Markte in Saarbrücken-St. Johann einige Arbeitswillige nur anreden wollte, wurde sofort verhaftet. Der Streik erstreckt sich auf die Großstadt an der Saar und St. Ingbert in der Pfalz, welche beide einen einheitlichen Tarif hatten, der am 1. April d. J. abgelaufen war, aber trotz aller Bemühungen der Arbeiter vom Arbeitgeberverband nicht wieder erneuert wurde. Die Arbeiter forderten eine Lohnaufbesserung von 52 auf 58 Pf. pro Stunde, während die Unternehmer mit einer Lohnreduktion drohten, worauf am Pfingstdienstag der Streik proklamiert wurde, den die Unternehmer mit einer Aussperrung beantworteten. Sie versandten eine lange Liste der „Ausgesperrten“, auf der nicht weniger als 1600 Namen prangen. Nach Durchsicht der Liste hat sich jedoch herausgestellt, daß zunächst die 90 organisierten Bauarbeiter, welche den Streik erklärten, ebenfalls auf der Liste verzeichnet waren, außerdem waren 7—8 Proz. der Namen doppelt eingetragen. Es bleibt nach Abzug dieser zum Aussperrten nicht mehr viel übrig, aber die Unternehmer wollen der Offenlichkeit vorzuziehen, daß durch den Streik der organisierten Bauarbeiter noch viele hunderte anderer Arbeiter ungewollt arbeits- und brotlos gemacht wurden. Ebenso nehmen die Unternehmer in ihren Erklärungen 640 Arbeitswillige heraus, die „belästigt“ werden, während die Organisationen der Arbeiter mit Polizisten und Lehrlingen zusammen überhaupt nur 120 Arbeitswillige gezählt haben.

Der Streik steht für die Arbeiter äußerst günstig, um so mehr noch, als bereits neun Unternehmer den Tarif anerkannt haben. Zwar ruht auf den Bauten auch dieser Unternehmer die Arbeit, weil der Unternehmerverband über alle Unternehmer, die bewilligt haben, die Materialsperrung verhängt hat. Außerdem ist der Unternehmerverband bestrebt, die Unternehmer der angrenzenden Ortsgemeinden zu veranlassen, auszusperrten. Das geschah in H o r h a c h mit dem Erfolge, daß am Kasernenbau 40 organisierte Maurer sofort entlassen wurden, während die unorganisierten weiter arbeiten durften. Die Behörden zeigten sich auch hier dem Unternehmertum sehr behilflich, denn ein Wirt, der den Bauarbeitern sein Lokal zur Verfügung stellte, erhielt sofort vom Garnisonkommando den Vorstoß.

So kämpfen Behörden und Scharfmacher gemeinschaftlich gegen die Arbeiterkraft, um den den Tilsaneen so verhassten Tarif zu Fall zu bringen, und die Organisation der Arbeiter zu schwächen.

Ausland.

Die Chauffeurs der Postautomobile, welche den gesamten Verkehr zwischen den österreichischen Küstenstädten und Cetinje vermitteln, sind in Streik getreten. Sie verlangen Lohnerhöhung und Regelung der Arbeitszeit.

Aus Industrie und Handel.

Die Einfuhr von Kartoffeln

Ist im laufenden Jahre mehr als doppelt so groß wie 1908. Es wurden in den ersten vier Monaten insgesamt 551 906 Doppelzentner Kartoffeln eingeführt gegen 264 892 Doppelzentner in der Vergleichszeit 1908. Auch im Vergleich zu 1907 ergibt sich eine beträchtliche Zunahme des Imports, wie denn überhaupt seit Jahren die Kartoffeleinfuhr nicht so hoch war wie im laufenden Jahre. Die Zunahme, die die Einfuhr von Kartoffeln im laufenden Jahre erfahren hat, wird noch dadurch in ihrer Wirkung gesteigert, daß gleichzeitig die Ausfuhr stark eingeschränkt worden ist. Es wurden in den ersten vier Monaten insgesamt nur 231 507 Doppelzentner Kartoffeln ausgeführt gegen 475 951 Doppelzentner im Vorjahre. Während also im vorigen Jahre ein Ausfuhrüberschuß von 211 059 Doppelzentnern vorhanden war, ergibt sich für dieses Jahr bisher ein Einfuhrüberschuß von 320 399 Doppelzentnern. — Das deutsche Volk kann also beruhigt sein: zwar wird das Land von Getreide entblößt — dank der Ausfuhrprämie — dafür werden wir mit Kartoffeln versorgt. Das Ausland bekommt deutschen Ruder und deutsches Getreide, wir werden dafür mit ausländischen Erdäpfeln traktiert. Jedem das Seine!

Ueber die Bedrohung der deutschen Handschuhindustrie durch die Zollreform in Amerika wird der „N. W. St.“ mitgeteilt: Es besteht nach dem bis jetzt in Kraft gewesenen Dingley-Tarif ein Zoll von 15 Fr. per Duzend ziegenlederner Handschuhe; sind dieselben mit einer Vorderläde versehen, so beträgt der Zoll 17 Fr., und wenn solche anstatt genäht gesteppt sind, sogar 19 Fr. Nach dem neuen Payneoschen Tarif soll nun der bestehende Zolltarif nochmals um 5 Fr. pro Duzend erhöht werden und dies auf Betreiben der amerikanischen Handschuhfabrikanten, von welchen das Bestreben ausgeht, den Import von Damenschuhfabriken immer mehr und mehr zu erschweren, so wie sie es vor Jahren schon fertig gebracht haben, auf Herrenhandschuhe einen Prohibitivzoll zu erheben, denn auf letztere beträgt der Zoll 25 Fr. pro Duzend und eben dadurch haben sie es bis jetzt möglich gemacht, Herrenhandschuhe in immensen Quantitäten in Amerika zu fabrizieren, indem nur sehr wenig in diesem Artikel nach drüben verhandelt wird.

Kattowitzer Bergbaugesellschaft. Wie der Geschäftsbericht der Gesellschaft ausweist, gelangt für das Jahr 1908/09 wieder eine Dividende von 14 Proz. zur Verteilung. Der Bruttoertrag und entsprechend der Reingewinn sind nur um etwa 100 000 M. geringer. Dieser gute Abschluß hat seinen Grund darin, daß die Kohlengruben, die die Hauptbasis des Unternehmens bilden, ihre Förderung wieder haben erhöhen können.

16 Proz. Dividende verteilt für das letzte Jahre die Nitritfabrik Aktiengesellschaft in Kopenick.

Einstellung des Mühlenbetriebes in Budapest.

Der Budapester hauptstädtische Mühlenverband hat am 25. Mai beschlossen, ab 31. Mai den Betrieb sämtlicher Mühlenetablissemments bis auf weiteres gänzlich einzustellen. Der Betriebsstillstand soll den ganzen Monat Juni, mindestens aber drei Wochen dauern. Als Grund der Betriebseinstellung wird angeführt, daß es vollständig unmöglich ist, die hohen Getreidepreise mit den Mehlerkaufspreisen in Einklang zu bringen. Die Mählbilanzen sind daher zurzeit passiv. Andererseits stehen die Mühlen bei der Beschaffung des Rohproduktes auf unüberwindliche Schwierigkeiten, so daß als letzter Ausweg nur eine vollständige Stilllegung sämtlicher Betriebe übrig blieb.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Feierlicher Empfang von Streikbrechern.

Würzburg, 16. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch kamen aus Berlin hier 40 Streikbrecher an, die der Streikbrecheragent Otto Genske hierher transportiert hatte. Sie sind aber im Laufe des Tages wieder abgereist, weil der ihnen gebotene Lohn zu niedrig war. Interessant ist die Haltung des Würzburger Magistrats. Er lieferte den Unternehmern vollene Decken für die Arbeitswilligen, damit diese im Neubau übernachten können. Weiter wurden 40 Schulente zum Empfang der Streikbrecher an die Bahn beordert. Der Zug hielt vor der Stadt, von wo die Arbeitswilligen durch Automobile in die Stadt gebracht wurden. Auch zwei Reichsräte des Magistrats waren zum Empfang erschienen.

Reichstag.

202. Sitzung vom Mittwoch, den 16. Juni, nachmittags 2 Uhr.

Das Haus ist sehr stark besetzt. Tribünen und Logen sind längst vor Beginn der Sitzung überfüllt.

Am Bundesratsstisch: Bülow, Reihmann, Schöner, Rheinbaben, Delbrück, Kraetke, Dernburg usw. und die Vertreter Bayerns und aller anderen Bundesstaaten.

Auf der Tagesordnung steht die

erste Lesung der neuen Steuern.

Reichskanzler Fürst Bülow:

Sehr geehrte Herr Reichskanzler! Die vom Bundesrat vorgeschlagenen neuen Steuern im einzelnen begründet, möchte ich mich über die im Vordergrund des Interesses stehende allgemeine Lage äußern.

Die allgemeine Lage.

Zunächst muß ich eingehen auf mein Verhältnis zu den großen bürgerlichen Parteien. Daß die Mitwirkung des Zentrums bei der Reichsfinanzreform von den verbündeten Regierungen oder vom Reichskanzler ausgeschlossen worden sei, ist eine vollständig irrige Auffassung. (Schallendes Gelächter.) Von Anfang an ist das Zentrum auf meine Veranlassung wie alle anderen bürgerlichen Parteien über die Absicht der verbündeten Regierungen unterrichtet worden. Anträge des Zentrums sind in der Kommission vom Sekretär nicht darum für unannehmbar erklärt worden, weil sie vom Zentrum kamen, sondern weil gegen sie, wie z. B. gegen den Antrag Gerold mit seinem Eingriff in die Finanzhoheit der Einzelstaaten, sachliche Bedenken obwalteten. Ich habe aber auch niemals daraus ein Hehl gemacht, daß ich es im ganzen Verlaufe der Verhandlungen als meine Pflicht betrachtete, die Liberalen zur positiven Mitarbeit an der Reichsfinanzreform heranzuziehen. Ich habe nie eine Partei an positiver Arbeit verhindert, und ich würde sachliche Unterstützung selbst von der äußersten Linken annehmen, wenn sie nur brechen wollte mit ihrer negativen Haltung und mit ihrem intoleranten Dogmatismus, den ihr ein französischer Gesinnungsgenosse nicht ganz mit Unrecht vorgeworfen hat. (Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Geschäftigkeit eines Teiles des Zentrums gegen mich hat meine Haltung nicht beeinflusst. Man hat meine vollbewährte und zweifellose Bundesstreue gegenüber Oesterreich-Ungarn und (mit erhobener Stimme) sogar

meine ebenso zweifellose Treue für das königliche Haus und Seine Majestät den Kaiser

berührt. (Gr. Unruhe im Zentrum. Zurufe bei den Nationallib.: Sehr richtig!) An Verleumdungen bin ich ja gewöhnt. (Große Unruhe im Zentrum.) Ich begreife jetzt, daß Fürst Bismarck einmal zu einem Manne sagte, der die Annahme eines Ministerpostens verweigerte: „Ich verstehe es, daß Sie nicht in die Dreckschüssel einrücken wollen!“ (Schallende Heiterkeit.) Diese unschöne Kampfweise richtet sich von selbst.

Ich lasse mich auch dadurch nicht beirren, daß Mitglieder anderer Parteien dieses Hauses die gesellschaftlichen Beziehungen zu mir abgebrochen haben! (Bewegung.) Andererseits, zumal in England, ist man nicht so kleinlich, die politischen Gegensätze auf das persönliche Gebiet zu übertragen. Ich hoffe, wir werden auch noch dahin kommen, daß man nicht den, der in politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Fragen anders denkt, als man selbst, deshalb gleich einen Narren oder Schurken nennt. (Lebhafte Zustimmung links. Bewegung.) Aber vorläufig sind wir noch nicht so weit auf dem Wege der Abstreifung von Hülfssternen. Ich habe niemals daran gedacht, die Zentrumspartei zu boykottieren. Ich werde mich aber auch nicht bewegen lassen, die Geschäfte so zu führen, daß die Liberalen von der Mitwirkung ausgeschlossen werden. Ich denke auch heute nicht daran, mir das liberale Programm anzueignen, aber die Mitwirkung der Liberalen bei großen geschäftlichen Aufgaben erscheint mir im Interesse einer ruhigen und gesunden Fortentwicklung in hohem Grade wünschenswert. (Lebhafte Beifall links, Lachen im Zentrum und rechts.) Den Liberalen Geist auszusprechen, würde ich für ein historisches Unrecht halten und für einen politischen Fehler. (Lebhafte Beifall bei den Liberalen.) Was im alten Preußen möglich, ist nicht immer möglich im Deutschen Reich. Man wird in Süddeutschland und Mitteldeutschland den Wert des konservativen Preußens viel höher einschätzen lernen müssen

Kleines feuilleton.

Shadleton über seine Südpolarexpedition. Der Leiter der letzten von so außerordentlichem Erfolg begünstigten britischen Südpolarexpedition ist nach England zurückgekehrt. Einem Vertreter des Reuterschen Bureaus hat Shadleton einiges Neue erzählt. Daß der Südpol nicht vollends erreicht wurde, ist nur dem Mangel an Proviant zuzuschreiben. Shadleton berichtet: Am 9. Januar d. J. haben wir 97 geographische Meilen vom Südpol entfernt die britische Flagge an dem südlichsten Punkte, den wir erreichten, aufgespielt. Dann wandten wir uns, tiefes Bedauern im Herzen, wieder rückwärts; wir wußten, daß es uns nicht beschieden war, das Endziel unserer Expedition zu erreichen, denn wir waren am Ende unserer Kräfte und unserer Lebensmittel angelangt. Ein weiterer Versuch, vorzudringen, wäre der sichere Tod gewesen. Wir standen vor der Entscheidung, zu sterben oder zurückzukehren, um Nahrung zu finden. Meine Kameraden waren trotzdem bereit, weiterzugehen, wenn ich es verlangte; dies wäre aber der helle Wahnsinn gewesen, wir wären sicherlich gestorben, ohne daß die Ergebnisse unserer Expedition der Welt bekannt geworden wären. Wir hätten also unser Leben gänzlich nutzlos verstreut. Der Gedanke, daß wir, hätten wir weitere 25 Pfund Nahrung und 30 Pfund Fleischkonserve mit auf die Fahrt genommen, sicherlich den Südpol erreicht haben würden, war für uns nicht eben tröstlich. In den letzten Tagen hatten unsere Nahrungsvorräte derart abgenommen, daß wir schließlich auf eine Ration von 16 Unzen pro Mann und Tag gekommen waren. Unsere Lebenskraft war durch diese mangelhafte Ernährung derart heruntergekommen, daß wir schon kurz nach dem Punkte, wo wir die Flagge aufspielten, zusammengebrochen wären, wenn wir wirklich den Versuch unternommen hätten, weiter nach Süden vorzudringen.

Ueber die wissenschaftlichen Ergebnisse sprach sich Shadleton dahin aus: Das hauptsächlichste Ergebnis liegt natürlich darin, daß wir einen südlicheren Breitengrad erreicht haben als die früheren Südpolarexpeditionen. Wir haben neue Gebirge und große Eisberge entdeckt, haben die Felsen jener Gebirge genau untersucht und Probestücke davon mitgebracht. Die Entdeckung von Sandstein mit Kiesel, die vom Wasser abgeschleift sind, sowie neuer Kohlenarten und Kalksteine halte ich für ein Ergebnis von äußerster Wichtigkeit.

Auf der Rückreise mußten die Mitglieder der Expedition aus Erschöpfung alles Entbehrliche zurücklassen; die geologischen Muster behielten sie jedoch bei sich, trotzdem sie dadurch ein Gewicht von 35 bis 40 Pfund mit sich zu schleppen hatten. Die Expedition hat auch wertvolle Beobachtungen zur Feststellung der oberen atmosphärischen Strömungen, sowie magnetische Beobachtungen und mikroskopische Untersuchungen anstellen können. Diese bezogen sich hauptsächlich auf die „Motifera“, die mikroskopischen Nidertierchen, welche zwar überall vorkommen, in den antarktischen Gebieten jedoch besonders interessant sind. Man fand sie im Eise eingeschlossen,

(Lautes Gelächter links, Sehr richtig! rechts), man wird aber in Preußen nicht vergessen dürfen, daß der Liberalismus auch für das Deutsche Reich unentbehrlich ist. Daß die parlamentarische Stärke der liberalen Parteien nicht der Stärke des liberalen Gedankens entspricht, dafür finde ich die Erklärung nicht allein im Emporkommen der Sozialdemokratie, auch nicht in der Entziehung liberaler Kräfte durch den Kulturkampf, sondern auch in einem gewissen doktrinären Zug der linksstehenden liberalen Gruppen. (Widerspruch links.) Gerade vom Standpunkt der Linken habe ich es für einen Fehler gehalten, daß sie sich so unendlich lange aufgehalten hat bei der sogenannten Liebesgabe, daß sie eine durchgreifende Besteuerung des Tabaks abgelehnt hat! Ich habe es auch nicht verstanden, daß sie gegenüber einer nach ihrer Ansicht unzulässigen Handhabung der Geschäftsordnung sich nicht mit einem Protest begnügte, sondern sich von den weiteren Verhandlungen fern hielt. Eine Partei ist immer besser dran, wenn sie auf dem Posten bleibt und weiter sieht, statt demonstrativ das Feld zu räumen. Die Liberalen hätten auch in einer ganzen Reihe steuerlicher Einzelfragen sehr wohl agrarfreundlich auftreten und dabei doch liberal bleiben können. (Lebhafte Widerspruch links.) Reinen Vitten um Nachgiebigkeit wurde stets das liberale Programm entgegengehalten. (Heiterkeit rechts.) Programme veralten und werden leicht zu Kulissen der Tallofigkeit. Rehnlich steht es mit den Erfahrungen, die man mit der Besteuerung des Massenkonsums gemacht hat. Auch Leute, die vor 20 Jahren scharfe Gegner der Mehrbelastung des Massenkonsums gewesen sind, können heute zu der Einsicht gelangt sein, daß die mit der allgemeinen Erhebung der Wirtschaftsverhältnisse in Widerspruch stehende Krankheit der Reichsfinanzen nicht geheilt werden kann ohne eine starke Dosis Steuern auf Genussmittel. (Zustimmung rechts.) Ich erkenne es hoch an, daß die Linke sich nicht grundsätzlich gegenüber diesen Steuern auf einen ablehnenden Standpunkt gestellt hat. Ich betrachte es aber nicht nur als natürlich, sondern als notwendig und gerecht, daß neben dem Verbrauch auch der Besitz zur Deckung herangezogen wird. Und damit komme ich

zu der Haltung der rechten Seite dieses Hauses.

(Aha! und große Heiterkeit.) Weil ich mich nicht der Zentrumspartei unterordnen wollte, ist es zum Bruch mit dieser Partei gekommen. Ich kann mich aber auch der rechten Seite nicht unterordnen. Ich habe stets die Bedeutung der konservativen Partei zu schätzen gewußt, ich habe die Spannung zwischen Konservativen und Krone befriedigt, habe die gänzlich verfahrenen Kanalarfrage eingereimt und bin stets für die Landwirtschaft eingetreten.

Die Rechte kann lange warten, bis sie wieder einen so wahrhaft konservativen Kanzler bekommt!

(Große Heiterkeit und lebhafter Zustimmung links.) Aber von der Linke, die mir das Staatsinteresse vorzeigt, lasse ich mich auch nicht durch die konservative Partei abbringen. Ich bin kein Führer der konservativen Partei und habe hier keine Ratschläge zu erteilen; ich glaube aber, daß die konservative Partei sich selbst am meisten schadet, wenn sie sich berechtigten Forderungen verschließt. (Sehr wahr! links.) Die verbündeten Regierungen haben bereits in der Begründung zum Finanzgesetzentwurf hervorgehoben, daß 500 Millionen neue Steuern nicht lediglich durch weitere Ausgestaltung der indirekten Steuern aufgebracht werden können, und sie haben daher neben Steuern auf Genussmittel, auf Elektrizität, auf Gas und Anzeigen auch Steuern vorgeschlagen, die vornehmlich von den Besitzenden getragen werden. Es würde gegen die vornehmsten Grundzüge der deutschen Sozialpolitik verstoßen, wenn die Finanzreform ausschließlich auf Abgaben aufgebaut würde, die trotz der Ertragsminderungen der Sozialpolitik und trotz fortgesetzter Steigerung aller Einkommen die ärmeren Volksklassen erheblich belasten. Da nun die Heranziehung der Besitzenden durch Einkommen- und Vermögenssteuer das Fundament der Finanzwirtschaft der Einzelstaaten und der Selbstverwaltungskörper gefährden würde, sind — wie es in der Vorlage heißt — die verbündeten Regierungen fest entschlossen, neben den Verbrauchsteuern die Erbschaftsteuer zur Deckung des Bedarfs heranzuziehen.

Die Erbschaftsteuer

ermöglicht, wie kaum eine andere, eine Belastung nach der Größe des Vermögens und entspricht daher vorzüglich den Anforderungen sozialer Gerechtigkeit. Konsequenz haben die verbündeten Regierungen und ich diese Auffassung festgehalten. Soll die Erbschaftsteuer vermieden werden, so müßte eine gleichartige, die verschiedenen Arten des Vermögens treffende andere Steuer gefunden werden. So lange eine solche Steuer nicht gefunden ist, müssen die verbündeten

sagte Shadleton, wo sie sich bei einer Temperatur von 40 bis 50 Grad unter Null sehr wohl zu finden schienen. Dann wurden sie in heiße Temperaturen bis zur Siedehöhe verpflanzt und trotzdem blieben sie am Leben. Auch daß sie unmittelbar darauf wieder in die Gefrieretemperatur zurückversetzt wurden, schien ihrem Wohlbefinden nichts zu schaden.

Während des ganzen Verlaufes der Expedition wurden regelmäßige meteorologische Beobachtungen und Aufzeichnungen gemacht, was von Wichtigkeit ist, weil das Wetter Australiens und Neuseelands in engem Zusammenhang mit jenem der antarktischen Gebiete steht. Während der Reise nach Norden wurde die absolute Lage des magnetischen Südpols festgestellt. Das südliche Viktorialand, von den Winterquartieren der Expedition bis zum Mount Melbourne, ist nunmehr kartographisch mit voller Genauigkeit bezeichnet.

Den Bericht über seine Expedition hofft Shadleton noch im Herbst herausgeben zu können. Er wird in zwei Bänden erscheinen und an 400 Photographien enthalten. Shadleton, der im November in Berlin vor der Gesellschaft für Erdkunde einen Vortrag halten wird, hat bereits angekündigt, daß er eine neue Südpolareise plane.

Sittlichkeitsverbrechen Jugendlicher haben in den weitaus meisten Fällen ihren Grund in der Pubertät. Lehrer Kruppa von der Landesstrafanstalt Baugen stellte fest, daß unter 750 jugendlichen Gefangenen nicht weniger als 85, das sind 12 1/2 Proz., Sittlichkeitsverbrechen waren, unter ihnen 68 vom Dorfe. Rächst dem Diebstahl ist das Sittlichkeitsverbrechen die am häufigsten wiederkehrende Straftat unter Jugendlichen. Alle Beobachtungen, die Kruppa an den wegen dieses Delikts verurteilten Jugendlichen machen konnte, haben ihn in der Annahme befestigt, daß der Grund für diese Taten einzig und allein in der Pubertät zu suchen ist. Sittlichkeitsverbrechen, wie sie sich beispielsweise Verrückte mit dem Töchterchen ihres Meisters zuschulden kommen lassen oder wohl auch solche an der Landstraße und im Walde, die mehr im Affekt, im plötzlich erwachenden Geschlechtstrieb geschehen, sind nur in der Pubertät begründet. Auch die wegen Verleumdung zu Gefängnis verurteilten Jugendlichen, die Tiefsinn ungeschicklich gemeinen Inhalts an weibliche Personen, meist jüngere Mädchen geschrieben haben, sind zu ihrer Tat durch den erwachenden Geschlechtstrieb bewogen worden. Enthaltene dergleichen Schriftstücke keine unbilligen Anforderungen an die Empfängerin des Briefes, sondern ergeben sich nur in gemeinen Redensarten, oder sind sie an Männer gerichtet, so gehören sie wohl schon ins Gebiet des Pathologischen. Der widernatürliche Umgang mit Tieren wird meist nur, wie schon Forel bemerkt, bei Schwachsinnigen oder Tölpeln beobachtet, die, von allen Mädchen angeleitet und veranlaßt, in der Stille eines Stalles bei einer Kuh Tröst suchen. Die aus landwirtschaftlichen Betrieben wegen Sittlichkeitsverbrechen Eingekerkerten erliegen einerseits gewissenlosen älteren Missethätigen, die, so auffallend dies auch gerade bei weniger Gebildeten erscheinen mag, die schmutzige Leilure den inneren Ge-

Regierungen an der Erbschaftsteuer festhalten. (Lebhafte Beifall links.)

Es mußte auffallen, daß die sonst so geschäftsgetriebene konservativen Partei sich von Anfang an mit solcher unnötigen Starrheit gegen die Erbschaftsteuer festgelegt hat; sie hätte sich ein Beispiel nehmen sollen an der bewährten Taktik einer ihr nahe stehenden Partei. Haben Sie je einen Sprecher des Zentrums in erster Lesung ablehnen hören? (Große Heiterkeit und vielfaches Sehr gut! links.) Das Zentrum hat nie von Anfang an einen Gegengewurf in Grund und Boden geredet. Ich gebe zu, das Verhalten der Konservativen ist vielleicht durchaus konsequent, aber Konsequenz rechtfertigt keine politischen Fehler. Der Sieg in der Gegenwart ist häufig der Pfad zu Niederlagen in der Zukunft. (Sehr gut! links.) Ueberall beständig die Geschichte diese Wahrheit. Ich verkenne nicht die Verdienste der konservativen Partei und der Elemente, die ihr Rückgrat bilden, für Jahrhunderte preußischer Geschichte. Unter Führung der Monarchie und der mit Unrecht so geschmähten Junker (Widerspruch links, brauendes Gelächter bei den Sozialdemokraten) ist der preussische Staat aufgerichtet worden. (Aufse: Er ist danach! Aufse bei den Freisinnigen: Jena!) Mehr als eine andere Partei haben die Konservativen Anteil gehabt an der Regierung. Aber die Regierung kann nicht die Geschäftsführerin der konservativen Partei werden (Beifall links), so wenig, wie die Regierung verlangt, daß die konservative Partei eine unbedingte Regierungspartei werden soll. Das Wort des alten Gerlach von der konservativen Partei „mit der Regierung voll Mut, ohne die Regierung voll Wehmut, gegen die Regierung in Demut“ gilt nicht mehr. (Heiterkeit.) Durch ihre eigene Schuld gräbt sich die konservative Partei ihr eigenes Grab, wenn sie sich berechtigten Forderungen verschließt und unhaltbare Positionen nicht rechtzeitig räumt. Nur dann, wenn die Konservativen festhalten an ihren großen Grundsätzen und sich mit den Aufgaben der Zeit erfüllen, werden sie immer ein bedeutsamer Faktor bleiben in unserem öffentlichen Leben, zum Segen des Landes. Vielleicht bringen die Konservativen durch ihr „Unannehmbar“ die Erbschaftsteuer in diesem Augenblick zu Fall, aber sie werden dadurch für die Zukunft neuen Erbschaftsteuern die Wege eröffnen. (Sehr richtig! links.) Und diese neuen Erbschaftsteuern werden den Wünschen der Konservativen weniger Rechnung tragen als die jetzt vorgeschlagene Erbschaftsteuer. Der Widerstand der Konservativen gegen die Erbschaftsteuer wird im Lande tiefen Eindruck machen und kann Widerstände und Gegensätze gegen die konservative Partei hervorrufen und sammeln, die zu einem Wege führen können, den zu begünstigen weder Sie (nach rechts) noch ich vor der Zukunft verantworten können. Man hat den Gedanken des Zusammenwirkens der Konservativen und Liberalen als eine vorübergehende parlamentarische Konstellation hingestellt. Erst gestern habe ich einen in diesem Sinne gehaltenen Artikel gelesen. Daß die konservativ-liberale Konstellation ein staatsmännischer Gedanke war, wird die Zukunft einsehen und die Geschichte anerkennen.

gleichviel, ob der Träger dieses Gedankens früher oder später von seinem Plage abtreten wird.

(Bewegung im ganzen Hause.)

Die detaillierte Begründung der vorliegenden Entwürfe überlasse ich den Herren Ressortchefs. Hier will ich nur noch das folgende sagen: In Uebereinstimmung mit den verbündeten Regierungen betrachte ich es als Ehrenpflicht ausgleichender Gerechtigkeit, daß die der Gesamtheit neu auferlegten Steuern zum großen Teil von den Besitzenden getragen werden. Es geht nicht an, 500 Millionen neuer Steuern nur auf die Mittelklassen oder die noch weniger Bemittelten zu legen in der Form von indirekten Steuern, die die Mittelklassen und weniger Vermittelten verhältnismäßig härter treffen als die Begüterten. (Lebhafte Heiterkeit links.) Es wäre auch ungerecht und unrichtig, einzelne Arten des Vermögens zu belasten. Weil die Erbschaftsteuer alle Arten des Vermögens gleichmäßig trifft, weil sie die Abwertung nach der Leistungsfähigkeit ermöglicht, weil sie dem Boden sozialer Gerechtigkeit entspricht, nicht aus Eigensinn und Rechtshaberei halte ich an der Erbschaftsteuer fest und werde mich gegen die Versuche, einzelne Arten des Einkommens oder Erwerbes einer Besteuerung zu unterwerfen. Ich lehne es ab, im Bundesrate Steuern zu vertreten, die Handel und Gewerbe schwer schädigen und die gesamte wirtschaftliche Stellung des Landes verschlechtern. (Lebhafte Zustimmung links.) Alle verbündeten Regierungen sind der Ansicht, daß die Finanzreform nur zustande kommen kann, wenn die Beisitzer dieses Hauses sachlich vertretbar sind und die unbedingt notwendige Summe in ihrem vollen Betrage ergeben,

nossen zugänglich machen, und andererseits dem schlechten Beispiel, das Anechte und Wägel in ihrem Neben und Tun dem Schulentlassenen geben. Man muß staunen, wie ungeniert Unsitlichkeiten auf dem Lande betrieben werden.“ Die von der Stadt eingelieferten jugendlichen Sittlichkeitsverbrecher erliegen mehr der Versuchung durch schlechte Leilure und unsittliche Bilder und nicht zuletzt dem Alkohol, der sie in die Hände von Dürnen treibt, deren Umgang sie zu Diebstahl und Unterschlagung verleitet, oder der sie zu Affektvergehen anreizt, also zu Sittlichkeitsdelikten, deren Ausführung von dem nächsten gewordenen Attentäter dann tief beschämt vor dem Richter eingestanden zu werden pflegt.

Die norwegische Ueberlandbahn. Ein Seitenstück zu der schwedischen Lapplandbahn, die vor einigen Jahren eröffnet wurde, ist die großartige Bahnanlage Kristiania-Bergen, die jetzt ihrer Vollendung entgegengeht. Sie ist mit einer Gesamtlänge von 516 Kilometern die größte Bahnstrecke Norwegens überhaupt, dessen Eisenbahnen bisher nur rund 2500 Kilometer — etwa den zwanzigsten Teil des deutschen — umfaßte. Der Bau wurde 1865 begonnen und ist jetzt bis auf die Teilstrecke Kristiania-Roa beendet, so daß man 1911 die ganze Strecke dem Betrieb übergeben zu können hofft. Welche technischen Schwierigkeiten diese Hochgebirgsbahn zu überwinden hatte, lehrt schon die Tatsache, daß sie nicht weniger als 184 Tunnel umfaßt, von denen der größte über 5 Kilometer lang ist. (Der Gottardtunnel hat eine Länge von 15 Kilometern.) Der höchste Steigungspunkt der Bahn liegt 1300 Meter hoch. Die Gesamtkosten derselben rund 60 Millionen Mark betragen. Die Reise von Kristiania nach Bergen wird nach Fertigstellung der ganzen Strecke nur mehr 13—14 Stunden in Anspruch nehmen, während jetzt noch die Seereise über fünfzig Stunden dauert.

Notizen.

Ein hundertachtzig Meter hoher Zementturm, der höchste dieser Art, der je gebaut worden ist und der auch die Türme des Kölner Doms noch um zwanzig Meter überragen würde, wird jetzt im Auftrage der Marinebehörde der Vereinigten Staaten im Nord-Creele Park in Washington zum Zweck der drahtlosen Telegraphie errichtet. Auch innerhalb der amerikanischen Bauten wird dieser Turm einen würdigen Platz einnehmen. Er wird das berühmte Washington-Monument überragen und nur einigen Wolkenträgern in New-York nachstehen. Die Tragweite der von diesem Turm zu entsendenden drahtlosen Telegraphie ist auf fast 5000 Kilometer berechnet worden.

Der Erdbendienst in Italien wurde erst nach dem großen Riviera-Erdbeben vom 23. Februar 1887 begründet, verfügt aber heute bereits über 678 Observatorien ersten bis dritten Grades, die möglichst in Abständen von etwa 20 Kilometern über das ganze Königreich und die zugehörigen Inseln verteilt sind. Die Hauptwerke befinden sich in Rom, wo alle Berichte der anderen Stationen zusammenlaufen. Auch die täglichen Wetterberichte in Italien enthalten kurze Angaben über Erdbeben.

Trotz der Schwierigkeit der Situation und der bedauerlichen Spannung zwischen den verschiedenen Parteien des Hauses halte ich mich an der Hoffnung fest, daß in diesem hohen Hause Gemeinsinn und nationales und soziales Empfinden den Sieg davontragen werden über Kleinlichkeit und Parteigegensatz. In dieser Hoffnung werde ich bestärkt durch die Stimmung im Lande, die frei von Engherzigkeit die große Aufgabe würdigt und früher oder später streng mit den Parteien ins Gericht gehen wird, die das große Werk schieben oder zu Fall bringen wollten. (Lebhafte Bewegung.)

Noch ein persönliches Wort: Die Zeitungen regen sich darüber auf, ob ich bleibe oder gehe. (Weiterkeit.) Ich bleibe, so lange der Kaiser meine Mitwirkung in der inneren und äußeren Politik für nützlich hält und so lange ich selbst glaube, nützlich wirken zu können. Ich kenne kein Gebiet der inneren Politik von gleicher Wichtigkeit, wie das baldige Zustandekommen der Finanzreform. Dieser großen Aufgabe ordne ich meine Person vollkommen unter. Wenn ich mich überzeugen sollte, daß meine Person der Sache entgegensteht oder daß ein anderer leichter zum Ziele gelangt, oder wenn sich die Verhältnisse in einer Richtung entwickeln sollten, die ich nicht mitmachen kann und will und werde, so wird es mir auch möglich sein, den Träger der Krone von der Nützlichkeit meines Rücktritts zu überzeugen, und dann wird mein Wunsch, daß mein Nachfolger Erfolge erzielt, ebenso ehrlich sein, wie es meine Arbeit in Diensten des Landes war. (Lebhafte Beifall bei den Liberalen, große anhaltende Bewegung im ganzen Hause.)

Reichsschatzsekretär Sydow:

Die verbündeten Regierungen meinen, daß die Beschlüsse der Finanzkommission noch nicht das letzte Wort bedeuten. In Bezug auf die Konsumsteuern werden die Beschlüsse wohl nicht mehr wesentlich geändert werden! Anders ist es mit den Besitzsteuern. Hier hat die Kommission in der Kollerungssteuer, in der Umsatzsteuer für Grundstücke und in der Wertzuwachssteuer einen Betrag von 142 1/2 Millionen Mark bewilligt, und man könnte fragen: warum greifen denn die Regierungen nicht zu? Aber es ist nicht alles Gold, was glänzt. Und ganz sicher ist bei der Kollerungssteuer nicht alles Gold; ihr Ertrag beruht vollständig auf Schätzung, sie wäre ein schweres Unrecht, weil sie gewisse Zweige des Wirtschaftslebens besonders stark belastet — soll sie doch auch bezahlt werden, wenn gar kein Gewinn erzielt wird. Sie würde die Kapitalbeschaffung im Inlande erschweren. Der Gesetzgebung der letzten zehn Jahre kann man den Vorwurf nicht machen, daß sie die Interessen der Landwirtschaft nicht berücksichtigt. Auch bei der Erbschaftsteuer ist das der Fall. Aber Handel und Gewerbe müssen auch zu ihrem Recht kommen und dürfen keinen dauernden Schaden erleiden. So wenig es wünschenswert wäre, wenn Deutschland ein reiner Industriestaat würde, so wenig dürfen wir die Quellen des Wohlstandes verschütten, die aus Handel und Industrie fließen. Die verbündeten Regierungen müssen es daher ablehnen, eine Steuer wie die Kollerungssteuer mit der Reichsfinanzreform zu verbinden. Dieselben Bedenken grundsätzlicher Art gelten gegen

die Wählensatzsteuer und Kohlenausfuhrsteuer.

Die erstere würde als Erbschaftsteuer für die Großmühlen wirken und den kleinen Mühlen nichts nützen. Durch den Kohlenausfuhrzoll aber würde nur erreicht werden, daß der Preis der inländischen Kohlen verteuert würde, wodurch vor allem die schwere Industrie betroffen würde.

Was

die Wertzuwachssteuer für Grundstücke

anlangt, so hat die Kommission unter Zugrundelegung der höheren Gemeindesteuer schnell einen Entwurf ausgearbeitet, der die Steuer auf das ganze Reich, auf Stadt und Land ausdehnt. Die Regierung ist nicht in der Lage, so schnell zu arbeiten! Man verlangt von ihr, daß sie ihre Vorlagen begründet; es sollen Sachverständige gehört werden. Obwohl die verbündeten Regierungen dem Gedanken einer solchen Steuer nicht völlig abgeneigt sind, sind sie doch nicht in der Lage, schon jetzt diese gesetzgeberische Regelung für das ganze Reich vorzunehmen. Einer solchen Regelung stehen große Schwierigkeiten gegenüber. Vor allem fragt es sich, wie die Reichsteuer zu vereinfachen ist mit dem Anteil, der den Gemeinden gewährt werden soll. In Betracht kommen auch die außerordentlich schwankenden Erträge der Steuern, so daß es nicht angeht, einen festen Betrag aus dieser Steuer in die Reichsfinanzreform einzufügen. Höchstens könnte man sie benutzen für Ausgaben, bei denen man eine gewisse freie Hand hat, zum Beispiel bei der Schuldentilgung.

Die Regierungen sind bereit, der Einführung einer Reichswertzuwachssteuer näherzutreten, halten es aber für notwendig, damit noch zwei, drei Jahre zu warten, bis die genügenden Unterlagen geschaffen sind.

Nach alledem bleibt eine Lücke von 140 Millionen Mark. Um diese zu decken, sind die neuen Vorlagen der Regierung eingebracht.

Was

die Nachlasssteuer

anlangt, so kommen die Regierungen über die Ueberzeugung nicht hinweg, daß es keine Steuer gibt, die in gleicher Weise alle Arten des Vermögens trifft und in gleicher Weise die Leistungsfähigkeit berücksichtigt. Die Regierung ist den gegen die erste Vorlage auch von den Parteien, die an sich mit dieser Besteuerung einverstanden waren, erhobenen Einwänden nach Möglichkeit entgegengekommen. So wird jetzt die Steuer nicht von dem Nachlass als solchen erhoben, um dem Einwand zu begegnen, als ob die Steuer dieselbe wäre, wenn der Nachlass an eine oder an mehrere Kinder geht. Es ist ferner, um das Eindringen in die Familienverhältnisse nach Möglichkeit zu beschränken, der gesamte Mobilienbesitz freigelassen, und es sind die Bestimmungen verschärft worden, welche eine sichere Feststellung der der Steuer unterliegenden Nachlassgegenstände ermöglichen. Der Haupteinwand ist der, daß die Steuer den Grundbesitz verhältnismäßig stärker belastet als das mobile Kapital. Je mehr ich mich mit dieser Frage besetzt habe, desto fester ist meine Ueberzeugung geworden, daß das Gegenteil richtig ist! Von dem gesamten Vermögen von 86 1/2 Milliarden in Preußen kommen auf Kapitalvermögen 83 Milliarden, auf Grundvermögen einschließlich Betriebskapital — 85 Milliarden, davon aber 22 Milliarden auf die Städte und nur 13 auf das flache Land! Der Wert des Anlage- und Betriebskapitals im Handel, Gewerbe und Bergbau beträgt 12 Milliarden. Das mobile Vermögen beträgt also 60 Milliarden von 85 und das Grundvermögen nur 35, davon, wie gesagt, das ländliche nur 13 Milliarden. (Hört! hört! links.) Die Hauptlast wird also nicht vom platten Lande getragen. Dazu kommen noch die besonderen Bestimmungen, die der Entwurf zugunsten des Grundbesitzes vorsieht. Wenn früher von den 1 200 000 landwirtschaftlichen Betrieben nur 220 000 von der Nachlasssteuer betroffen wurden, so vermindert sich nach der neuen Fassung der Vorlage die Zahl dieser Betriebe auf 120 bis 130 000, beträgt also nur ein Zehntel der Gesamtbetriebe! (Hört! hört! links.)

Was hat der Regierung ein schreckliches Jurisdiuven vor- geworfen, weil die Forderung von 100 Millionen auf 55 ermäßigt und weil die Wertssteuer fallen gelassen ist. Aber für diese war in der vorgeschlagenen Form keine Mehrheit zu haben. Die Einwände gegen die Erbschaftsteuer sind schon genügend besprochen; die verbündeten Regierungen meinen nicht, daß sie den Familienfiskus zerstört, und halten sie auch nicht für eine sozialistische Maßregel. Welche Kreise der Bevölkerung sind für diese Steuer. Freilich ist die landwirtschaftliche Bevölkerung dagegen, aber diese soll doch nur 10—12 von den 55 Millionen der Erbschaftsteuer aufbringen, und weil sie das nicht will, soll die andere Bevölkerung in anderen Formen mit einer Wertssteuer belegt werden, die geradezu rühmend für die Quellen ihres Wohlstandes ist. — Neben der Erbschaftsteuer schlagen die verbündeten Regierungen einen

Stempel auf die Posten der Feuerversicherung

vor. Der richtige Gesichtswinkel für diese Steuer ist nicht, daß das Versicherungsgeschäft besteuert wird, sondern sie soll eine Steuer auf das Versicherungsobjekt sein und infolgedessen eine Steuer auf den Besitz, der bei der Versicherung deklariert wird. Der Satz von 1/4 Promille ist hoch im Vergleich zur Prämie, nicht aber im Vergleich mit dem Objekt. Bei einem Hause von 800 000 M. Wert beträgt die Steuer nur 75 M., und das ist für den Besitzer sicher nicht schwer zu tragen. Im ganzen sind 200 Milliarden Mark versichert. Freilich sollen die Objekte unter 5000 M. freibleiben. Danach würde die Steuer aber immerhin 85 Millionen Mark einbringen. 55 Millionen soll die Erbschaftsteuer bringen und 10 Millionen sollen aus dem Effektenstempel aufgebracht werden. Das wären zusammen 100 Millionen.

Zu dem

Stempel für den Umsatz in Grundstücken

will ich nur kurz bemerken, daß er von dem Vorschlag der Kommission abweicht, da er etwas niedriger gehalten ist und eine Grenze für die Steuerfreiheit vorsieht. 1/2 der Grundstückspreise entfallen auf die Städte und nur 1/2 auf das Land. Zudem ist der Besitzwechsel in den Städten häufiger als auf dem Lande.

Ueber den

Wechselstempel

braucht prinzipiell gar nicht mehr gesprochen zu werden; der normale Wechsel läuft nicht länger als drei Monate, wird also von dem Vorschlag der Regierung nicht getroffen. Einen Wechselstempel, wie wir ihn vorschlagen, haben z. B. Italien und Ungarn.

Den

Scheckstempel

haben wir vorgeschlagen, nachdem Sie eine Reihe anderer Vorlagen von uns abgelehnt haben; wir wollten damit die Lücke ausfüllen. Wir sind überzeugt, daß der legitime Scheckverkehr dadurch nicht geschädigt wird. Fast alle anderen Staaten haben einen solchen Scheckstempel, und der Verkehr kann ihn ohne Schaden tragen, d. h. ohne daß ein übermäßiger Verkehr an Stelle des Scheckverkehrs treten wird. Auch der Herr Reichsbankpräsident teilt diese Ansicht.

Alle diese Steuern, mit Ausnahme der Erbschaftsteuer, unterliegen erheblichen Einwendungen. Was wir in erster Linie für richtig gehalten haben, haben wir Ende vorigen Jahres vorgeschlagen. Wir meinen aber, daß die hier vorgeschlagenen Steuern kein Verwerblich schädigen werden. Unbequem sind sie natürlich, aber wir stehen vor der Frage, ob wir an Stelle dieser Steuern etwas Besseres haben. Alle Parteien sind überzeugt, daß der angeforderte Betrag notwendig ist, und alle haben auch den ernsthaften Willen, zum Ziele zu kommen. Dann wird und muß es auch gelingen.

Abg. Baffermann (nall.):

Der Herr Reichszugler hat uns heute ein klares Programm entwickelt. Die Bestürzung, als wenn zunächst die indirekten Steuern erledigt werden sollten, ist durch ihn beseitigt. Es ist sehr dankenswert, daß er uns und dem Lande endlich Klarheit gegeben hat und daß damit die Regierung aus ihrer zögerlichen börsenmäßigen Verfassung — heute flau, morgen fest usw. (Weiterkeit) — herausgekommen ist. Der Herr Reichszugler hat die Mitwirkung der liberalen Parteien als wünschenswert bezeichnet. Das ist sehr erfreulich und bei der gesamten politischen Sachlage wohl selbstverständlich. Die nationalliberale Partei ist natürlich bereit, die Reichsfinanzreform mit zu erledigen, aber die Reform muß in ihrem Endresultat so gestaltet sein, daß sie für die liberalen Anschauungen annehmbar ist, daß sie den sozialen Gesichtspunkten und der Gerechtigkeit entspricht. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen. Lachen rechts.) Der Herr Reichszugler hat dann von einem doktrinarischen Zug gesprochen, der vielfach durch die Liberalen gehe. Ich glaube, daß dieser Vorwurf der nationalliberalen Partei gegenüber nicht erhoben werden kann. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Weiterkeit.) Wir haben uns von Anfang an auf den Standpunkt gestellt, daß man im politischen Leben nur weiter kommt durch politische Kompromisse (Sehr richtig! rechts) und nicht durch doktrinäres Festhalten (Abg. Dr. Arendt: An der Erbschaftsteuer! Große Weiterkeit rechts.) an seinen Forderungen. So sind wir auch bei der Finanzreform von vornherein zu Konzessionen bereit gewesen. Das Ausschreiben meiner Freunde aus der Kommission, auf welches der Reichszugler anspielte, war geboten durch das geschäftsordnungswidrige Verhalten der Mehrheit der Kommission und dadurch, daß ihr Vorgehen auch mit den Beschlüssen des Seniorenkongresses in Widerspruch stand, wozu noch die bei der Sachlage für uns sehr befremdliche Tatsache kam, daß der Herr Reichszugler sein Material den Herren der Mehrheit der Kommission zur Verfügung gestellt hatte. Das Vorgehen meiner Freunde hat auch die einstimmige Billigung meiner Fraktion gefunden.

Was

die neuen Steuern

anlangt, so sind wir mit dem Prinzip der Erbschaftsteuer einverstanden. Diese Steuer ist ja ein Streitobjekt des politischen Kampfes geworden, und dabei ist mancher sachliche Gesichtspunkt in den Hintergrund getreten. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Zweifellos ist die Erbschaftsteuer in weiten Kreisen volkstümlich geworden; auch in der konservativen Presse finden sich viele Stimmen von Anhängern dieser Steuer. Im bayrischen Finanzauschuß soll sich auch ein hervorragendes Mitglied der Zentrumspartei für den Gedanken der Vermögenssteuer ausgesprochen haben, und ich sollte meinen, daß auch in den Kreisen der dem Zentrum angehörenden Arbeiter der Gedanke der Erbschaftsteuer populär sein müßte. (Abg. Que: Ist er auch!) Uebrigens hat sich auch Herr Gröber früher entschieden für eine solche Steuer ausgesprochen. (Hört! hört! links.) Wir sind mit der Form, in der die Steuer jetzt vorgelegt wird, einverstanden, und ich kann erklären, daß die nationalliberale Partei geschlossen für diese Steuer stimmen wird. (Bravo! links.) Verwerfliche Politik ist eine antisoziale Politik, die sich gegen alle Konsumenten und Arbeiter richtet, und das ist unerträglich für eine Weltmacht. Wir brauchen ein starkes Heer und eine starke Flotte, und wir brauchen Mittel für weitere soziale Reformen. Wir stehen auch heute nicht vor der letzten Finanzreform (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten); deshalb müssen wir unser Wirtschaftsleben entwickeln und nicht erlösen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Nur

zur allgemeinen Politik

will ich noch einige Bemerkungen machen: Man hat uns vorgeworfen, daß wir prinzipiell Vorschläge des Zentrums ablehnen, weil sie vom Zentrum kommen. Sie wissen alle, daß wir seit Jahren auf dem sozialen Gebiete zusammenarbeiten; kein Mensch hat je daran gedacht, Anträge des Zentrums aus anderen als sachlichen Gründen abzulehnen. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.) Was wir nicht wollen, ist, daß das Zentrum wieder in die überragende Stellung eintritt und dem Reichstag seinen Willen ausdrückt, wie es früher der Fall war. (Lebhafte Zustimmung bei den Liberalen.) Wir müssen es als politische Kurzsichtigkeit bezeichnen, wenn man diese Gelegenheit benützt, um dem Zentrum zu seiner früheren Machtstellung zu verhelfen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Wenn das Zentrum wieder in die Lage kommt, eine Politik zu machen wie früher — heute mit Links, morgen mit Rechts —, wenn das Zentrum dann dieselbe bei den sozialen Reformen eine Politik macht, die den konservativen unbequem ist (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), dann werden die Konservativen bedauern, diese Wege gegangen zu sein. Es scheint, daß für die Stellungnahme der konservativen politischen Gesichtspunkte maßgebend sind, die sich auf der Linie des preussischen Wahlrechts befinden. Aber eine Wahlreform, die unbedingt notwendig ist, können Sie schließlich doch nicht aufhalten, die kommt mit Notwendigkeit. (Sehr richtig! links.) Abwarten! rechts.) Der Bund zwischen Industrie und Landwirtschaft, der in dem Aufste nach Schluß der nationalen Arbeit gipfelte, hat sich durch viele Jahre als erprießlich erwiesen. Heute ist durch Ihre (nach rechts) Tätigkeit dieser Bund zerfallen, und die Industrie ist in eine Kampfstellung gedrängt. (Sehr wahr! bei den Liberalen.) Die nationalliberale

Partei hat der Landwirtschaft gern geholfen, aber wir sind nicht in der Lage, Steuerprivilegien für den Grundbesitz zu bewilligen. (Lebhafte Zustimmung bei den Liberalen.) Wir sind für die agrarischen Zölle eingetreten, weil wir nicht wollten, daß ein Blick im Erwerbleben Rot leide, aber die agrarischen Kreise müssen einsehen, daß es damit kein Weiden haben muß und man nur nicht andere Kreise Rot leiden lassen darf. Ein zweiter Grund ist, daß wir in dieser vorgeschlagenen Steuerpolitik eine mittelstandsfeindliche Politik erkennen (Lachen rechts), eine Politik, welche die Konzentration zum Großbetrieb fördert und die Lasten auf den Mittelstand abwälzt. (Sehr richtig! bei den Liberalen.) Weiter wird durch diese Politik der Gegensatz zwischen Stadt und Land in einer Weise großgezogen, wie es bisher vermieden wurde. (Lebhafte Zustimmung bei den Liberalen.) Das zeigt doch, daß im Hansabund der Kampf zwischen Handel und Industrie, vom Handwerk dem Mittelstand und den Beamten erschallt. Wir sind uns doch alle bewußt, wie stark die Sozialdemokratie ist, die ja in den Wahlen eine erhebliche Niederlage erlitten hat, wenn ich auch gerade genug bin, zuzugeben, daß ihre Stimmenzahl nicht zurückgegangen ist. Das ist aber ein Beweis, daß wir nicht rasten und ruhen dürfen. Glauben Sie (nach rechts), daß dieser Kampf gegen die Sozialdemokratie erleichtert wird, wenn hier eine Gesetzgebung ins Leben gerufen wird, die den weitans größten Teil der Lasten auch über den bei objektiver Betrachtung notwendigen Teil hinaus auf die Schultern der ärmeren Volksklassen legt? Sie werden nicht leugnen können, daß der Organisationsgedanke in den Arbeiterkreisen außerhalb der Sozialdemokratie ständig im Wachsen ist. Diesen Umwandlungs- und Befindungsprozeß gefährden Sie durch eine ungerechte Steuerpolitik.

Noch ein Wort über die Stimmung der öffentlichen Meinung. (Lachen rechts.) Ueber die Erregung, die im Volke herrscht, kommen Sie mit keinem Lachen hinweg. Die Aumgebung im Rixdus Schumann kann man nicht durch Spott und Hohn aus der Welt schaffen. Sie liegt nicht darin, daß sich 6000 Menschen dort zusammengedrängt haben, sondern darin, daß die Kapitäne der deutschen Industrie (Stürmische Aufe rechts: R i d o r f!) sich zusammengedrängt haben mit den Korporanten der Banken, des Handels und der Industrie, Freihändler und Schatzpächter finden Sie dort im Verein, Vertreter des großen und des kleinen Kapitals, des Mittelstandes und der Beamten. (Lachen rechts.) Wie hoch muß die Flut des Unwissens im Volke gestiegen sein, wenn sich diese doch reichlich heterogenen Elemente in einer Organisation zusammenschließen, weil die Lebensinteressen der Industrie und des Wirtschaftslebens bedroht sind! (Sehr wahr! links.) Unterschätzen Sie diese Organisation nicht, denken Sie daran, wie auch die Arbeitgeberorganisationen aus kleinen Anfängen, verpöndelt und verläßt, zu einem großen Machtfaktor geworden sind. Es ist doch eine auffallende Tatsache, daß Vertreter der größten deutschen Industrien hier gemeinsam gehen mit Vertretern des Handwerks und der kleinen Gewerbetreibenden. (Lachen rechts.) Der rechte Kapitalist, der mit Industriewerten nicht zu tun haben will, weil er sie nicht für sicher genug hält, sondern sein Geld in Staatspapieren und Konfols anlegt, zählt bei der von der Kommissionmehrheit akzeptierten Besitzsteuer seinen roten Heller! (Hört! hört! links.) Ebenjowenig der Kapitalist, der seinen Geschäftsverkehr ins Ausland legt. Und nun verlangen Sie, daß die verbündeten Regierungen sich diesem Werke der konservativ-liberal-politischen Mehrheit fügen! (Gr. Unruhe rechts und im Zentrum. Sehr gut! links.) Das würde ohne weiteres zur Parlamentsherrschaft führen. (Stürmische Gelächter und Aha-Rufe rechts.) Die Regierung hat die Pflicht, die Vorlagen sachlich zu prüfen, und wenn sie sie für volkswirtschaftlich verwerflich hält, darf sie sie nicht nur deshalb annehmen, weil sich eine Mehrheit im Reichstag dafür gefunden hat, sondern sie hat sie abzulehnen und die nötigen Konsequenzen daraus zu ziehen. Sie wird siegen, wenn sie es nur will. Wenn nicht anders, so

mag sie zu Neuwahlen schreiten,

was ich persönlich für durchaus richtig halten würde. (Große Unruhe rechts, stürmischer Beifall links, Bewegung.) Vielleicht würden die Wahlen der Sozialdemokratie gewisse Erfolge bringen, aber man soll diese Erfolge nicht überschätzen, Sie müssen damit rechnen, daß bei einer solchen Wahlbewegung die Regierung einig gehen würde mit dem ganzen liberalen Völkertum. (Gelächter rechts.) Sie müssen doch auch über das Jahr 1909 hinausschauen. Wenn 1911 gewählt wird und es haben sich in der Zwischenzeit die Folgen einer ungerechten, verwerflichen Finanzreform deutlich offenbart, so wird die allgemeine Unzufriedenheit so groß geworden sein, daß dann die Wahlen der Sozialdemokratie ganz andere Erfolge bringen können. (Lachen rechts.) Kann die Regierung sich unter das Joch einer Reform beugen, die in ihrem Endresultat dazu führen muß, die Chancen der Sozialdemokratie wieder zu mehren? Sobald diese Frage gestellt ist, ist sie ohne weiteres verneint. Nach dieser Richtung hin begrüße ich die heutigen Ausführungen des Herrn Reichszuglers, der wiederholt von der allgemeinen Heranziehung des Besitzes gesprochen hat. Unter diesem Gesichtspunkte sind wir überzeugt, daß die Regierung bei ihrem Programm fest bleiben wird und muß. Dem Volkgedanken, von dem der Reichszugler sprach, stimmen meine Freunde zu. Dieser Gedanke hat sich als gesund erwiesen. (Lachen rechts.) Er hat auch eine gute ergiebige Wirkung auf das Zentrum gehabt. (Lachen im Zentrum.) Die Volkspolizei hat in vielen deutschen Herzen großen Jubel ausgelöst. (Stürm. Gelächter bei den Soz.) Ihre Verwirklichung wird ein Ruhmesblatt in der Geschichte der Völkerrückbildung bleiben. Daher bin ich überzeugt, daß der Herr Reichszugler nicht selbst diesen Ruhm zerföhren wird und daß er einer Finanzreform nicht die Zustimmung geben wird, die dem Liberalismus ins Gesicht schlägt. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen und Freistümigen.)

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Sechster ordentlicher Genossenschaftstag.

Vom 14. bis 16. dieses Monats wurde in Mainz der sechste ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine abgehalten. Anwesend waren etwa 500 Genossenschaftsvertreter und eine sehr große Zahl von Gästen. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hatte Bauer-Verlin delegiert; auch Vertreter der Wälder, Handlungsgehilfen, Logenhalter, Tabalarbeiter und Transportarbeiter nahmen an der Tagung teil.

Im Anschluß an den Bericht des Generalsekretärs Kaufmann-Hamburg über die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine verbreitete sich Redner über die Verlagsanstalt des Zentralverbandes. Der Vorstand und Ausschuß habe untersucht, ob es nicht notwendig sei, der Verlagsanstalt eine andere Form zu geben, aus ihr eine Zentralgenossenschaft zu machen, um dadurch dem Ideal, Produktion für den organisierten Konsum, näher zu kommen. Der Vorstand halte aber diese Pläne noch für verfrüht.

Dann begründete Redner folgende Resolution: Der sechste ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine am 14. bis 16. Juni 1909 in Mainz bedauert,

daß die preussische Zentralgenossenschaftsliste die Herausgabe des Jahr- und Adressbuches der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften eingestellt hat. Damit ist die wichtigste Grundlage für die jährliche statistische Uebersicht über den Stand und die Entwicklung der gesamten deutschen Genossenschaftsbewegung weggefallen.

Die von Jahr zu Jahr steigende Bedeutung der Genossenschaftsbewegung für die gesamte Volkswirtschaft läßt es wünschenswert erscheinen, daß in Deutschland ebenso wie in anderen Kulturländern, z. B. England und Frankreich, staatlich der Stand der gesamten Genossenschaftsbewegung durch eine offizielle Statistik alljährlich erfasst und bekanntgegeben wird. Der Genossenschaftstag richtet daher an die deutsche Reichsregierung und den Deutschen Reichstag die ergebene

Witte, das reichspolitische Amt mit einer jährlichen Aufnahme des Standes der deutschen Genossenschaftsbewegung und entsprechender Publikationen zu betrauen und die hierzu erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Der Genossenschaftstag beauftragt die Leitung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, in einer Eingabe diese Bitte nebst Begründung der deutschen Reichsregierung und dem Deutschen Reichstage zur geeigneten Berücksichtigung zu übermitteln.

Am Schluß seiner Ausführungen erklärte Kaufmann: Der Zentralverband kann auf seine Existenz mit Freude zurückblicken. Die englischen Genossenschaften waren und sind für uns vorbildlich, wir sind aber auf dem besten Wege, bald das zu werden, was die englischen Genossenschaften heute sind. Ich hoffe, daß die Genossenschaften weiter wachsen und erstarken, zum Segen und Wohl des Zentralverbandes und zum Nutzen des ganzen Volkes.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Dr. Müller-Hamburg hielt sodann einen Vortrag über: **Produzentenkartelle und Konsumentenorganisationen.**

Der Referent stellte sich die Aufgabe, eine Parallele zwischen den Kartellen der Unternehmer und den Genossenschaften zu ziehen und gab zunächst ein Bild der Entwicklung des Kapitalismus. Er bespricht dann ausführlich die Entstehung und Bedeutung der Kartelle. Die Kartelle würden die freie Betätigung des einzelnen Unternehmers aufheben, und hätten die Tendenz, den Markt zu beherrschen und dadurch die Preise zu bestimmen. In Verbindung mit den Kartellen schilbert Redner auch das Wesen der Trusts. Er betont, daß sich alle Organisationen von einer ungeheuren wirtschaftlichen Macht, und könnte man, wenn man sich diese Macht vor Augen hält, fast daran zweifeln, daß die Konsumgenossenschaften mit Erfolg einen Kampf mit diesen aufnehmen können. Im zweiten Teil seines Vortrages untersucht Redner, wie die Konsumgenossenschaften die Kartelle zu bewerten haben. Eine Kartellfeindschaft kann und darf in unseren Reihen keinen Platz finden. Eine unbedingte Verwerfung der Kartelle würde eine feindbürgerliche Auffassung zeigen. Durch die Kartelle, über die im Marx kein Wort steht, wird eine Konzentration der Produktionskräfte gebildet, und der Gedanke der Betriebskonzentration an sich ist nicht zu verwerfen. Es muß aber ein Gegengewicht geschaffen werden, und dieses Gegengewicht sind die Kartellen gegenüber sind die Verbraucher, die Konsumentenorganisation. Es ergibt sich also die Lehre: Konsumenten aller Länder organisiert Euch! Haben die Konsumenten einen Schimmer von Ausblick, gegen die Kartelle etwas zu erreichen? Der Kampf wird ein schwieriger sein, aber daß etwas erreicht werden kann, zeigte der Kampf gegen den Kartellenkartellverband. Eine Forderung müssen wir aufstellen, wenn für die Konsumvereine die Möglichkeit bestehen soll, den Kampf gegen die Kartelle erfolgreich zu führen. Wir müssen verlangen, daß wir ungestört arbeiten können, wir müssen uns dagegen wenden, daß die Staatsgewalt alle Mittel aufwendet, um die Organisation der Konsumenten aufzuhalten. Eine Regierung, die uns Hindernisse in unseren Weg legt, kann sich nicht wundern, wenn wir an ihrer Objektivität zweifeln. Die Konsumgenossenschaft ist die Schutzherrin der Kulturwerte, deshalb verlangen wir freie Bahn für unser Werk.

In der **Diskussion**

ergreift zunächst Professor Dr. Staudinger-Darmstadt das Wort: Ich möchte nur auf ein paar Momente hinweisen, die der Referent nicht stark genug in den Vordergrund gestellt hat. Die Gegensätze zwischen Konsumenten und Produzenten sind Gegensätze im Innern des Menschen. Unsere Aufgabe muß sein, die Konsumenten aufzuwecken und ihnen zu zeigen, in welcher Verbindung die Produzenten mit den Konsumenten stehen. Vereinigung aller Konsumenten, unter Wahrung der politischen Neutralität, das ist der wichtigste Punkt. In zweiter Linie kommt: wir müssen dem Vermögen der Kartelle ein Sozialvermögen gegenüberstellen. Nur die mächtigste Organisation des großen Sozialvermögens kann ein genügendes Gegengewicht gegen das Produzentenvermögen sein.

Frau Steinbach-Hamburg: Die Mehrzahl der Anwesenden ist nicht derselben Meinung über den Weg zur Bekämpfung und Beseitigung der Kartelle, des Produzentenkapitals, wie die beiden Vorredner. Wir glauben nicht, daß wir durch diesen Weg - Organisation der Konsumenten - allein das Kapital bezwingen. Es wurde das Gegenteil von dem propagiert, was die Mehrzahl der Anwesenden für richtig hielt. Müller hat Marx den Vorwurf gemacht, daß in dem Lebenswerk Marx, dem „Kapital“, kein Wort über Kartelle steht. Daß Marx darüber nicht geschrieben hat, ist nicht weiter verwunderlich, er konnte auch nicht durch die Rauern gucken. Müller hat uns kein Mittel zur Bekämpfung der Kartelle usw. gesagt, als daß der Organisation der Konsumenten. Wenn wir neutral bis auf die Knochen bleiben, ob wir damit die Trusts und Syndikate besiegen? (Zuruf: Niemals!) Ich meine, wir müssen uns da auch auf einem anderen Gebiete betätigen. (Sehe richtig!) Wir kommt es vor allen Dingen darauf an, die Armen und Elenden zu organisieren, da kann ich nicht sagen, ob du ein Freikämmerer bist, oder ein Nationalliberaler, das ist egal, wenn du dich nur einer Konsumentenorganisation anschließt.

Dr. Müller-Hamburg im Schlußwort: Ich glaube, daß eine Tagung der Konsumenten die richtige und einzige Stelle ist, in der man als hervorragendstes Mittel die Organisation der Konsumenten predigt. Wir haben politische Organisationen, die sich mit dieser Frage beschäftigen. Ich sprach als Konsument zu Konsumenten und habe nicht so gesprochen, wie ich auf einem sozialdemokratischen Parteitag sprechen würde. Allerdings würde ich auch dort das wirtschaftliche Moment in den Vordergrund stellen. Ich habe Marx keinen Vorwurf gemacht, ich habe ihn nur als Beispiel angeführt, daß die Kartelle noch jung sind. Und ich habe mich nur über diese Lustig gemacht - und das werde ich auch künftig tun -, die dem Werk den Charakter einer Bibel beilegen, und alle übrigen freimigen, die glauben, daß auch dies Werk vergänglich ist.

Es war recht überflüssig, daß der Referent seinen Vortrag, dessen nichts weniger als tiefem Ideengang die Genossin Steinbach mit Recht entgegenkam, durch völlig verfehlte Herabsetzung von Marx schmachtlicher zu machen suchte. Zum mindesten hätte man von jemandem, der eine positive Behauptung über Marxhänger aufstellte, erwarten müssen, daß er auch Marx gelesen hat. Wer eine falsche Behauptung mit apodiktischer Gewissheit aufstellt und gar zu dem ausgesprochenen Zweck, um sich über andere lustig zu machen, macht sich lächerlich, wenn seine Behauptung falsch ist. Und das ist die des Dr. Müller. Im zweiten Band des „Kapitals“ mag er nachlesen, wie Marx voraussetzte, daß große Industriemagnaten (in der Art der Kartelle) die Regulierung der Produktion an sich reißen würden. Im dritten Band des „Kapitals“, Seite 424 ff., kann ferner Dr. Müller die Bemerkung Engels über die Bildung von Kartellen finden. Gleichzeitig möge er das 27. Kapitel aus dem dritten Bande des „Kapitals“ studieren, in dem Marx die Rolle des Kredits in der sozialistischen Produktion bespricht. Dann wird er hoffentlich von der Ungereimtheit der von ihm aufgestellten Behauptung sich überzeugen. Dem Fortschritt der Genossenschaftlichen Gedanken dienen Ausführungen, wie die des leitenden Redakteurs des genossenschaftlichen Organs, sicherlich nicht. Desto erfreulicher, daß seinen utopischen Anschauungen eine so energische Anhängerin des Genossenschaftswesens, wie die Genossin Steinbach es ist, entgegenkam.

Zur Frage der genossenschaftlichen Ferienheime wurde folgende Resolution angenommen:

Der 6. Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine erkennt an, daß die Errichtung von Ferienheimen für die Angestellten und Arbeiter der Konsumvereine einen wichtigen Schritt in der sozialen Fürsorge bedeutet. Soweit die Genossenschaften oder genossenschaftlichen Vereinigungen glauben, diesen Schritt in der Ausgestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse tun zu können, ist ihrer Sorge freudig zu begreifen.

Tarifverträge.

Ueber die Revision der Tarifverträge mit dem Verband der Bäcker und Konditoren und Berufsgenossen sowie mit dem Deutschen Transportarbeiterverband hielt von Elm-Hamburg das Referat.

Es lagen hierzu folgende Anträge vor: „Der Verband süddeutscher Konsumvereine beantragt, es möge zur Schaffung zweckentsprechender Grundlagen für künftige Tarifvereinbarungen mit den Gewerkschaftsorganisationen die Bildung einer Tarifkommission durchgeführt werden, die zu gleichen Teilen aus Vertretern der für die Vereinbarung in Betracht kommenden Genossenschaften einerseits und der in den Genossenschaften tätigen Arbeiter und Angestellten bzw. der zuständigen Gewerkschaftsorganisationen andererseits zusammenzusetzen ist. Die Zusammenfassung und die Kompetenz dieser Tarifkommission soll in Anlehnung an die Grundzüge der Tariforganisation in deutschen Buchdruckergerichte geregelt werden. Dem 1910 stattfindenden Genossenschaftstag ist eine dementsprechende Vorlage zu machen.“

Ferner beantragten die Konsum-, Bau-, Spar- und Produktivgenossenschaften Nürnberg: „Der Genossenschaftstag wolle beschließen: die dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angehörenden Konsumvereine werden verpflichtet, beim Einkauf von Waren darauf zu achten, daß dieselben nicht in Zucht- häusern oder Gefängnissen angefertigt werden und daß die Waren nicht unter den von den Gewerkschaften festgesetzten tariflichen Bedingungen hergestellt werden. Es sind ferner alle Bestrebungen zu unterstützen, die geeignet sind, die trassen Zustände in der Hausindustrie zu beseitigen. Der Genossenschaftstag hält es jedoch für unerlässlich, daß die Gewerkschaften in nachdrücklichster Weise zur Stärkung der Konsumvereine beitragen, indem sie für den Beitritt zu den Konsumvereinen Propaganda machen.“

Nach längerer Diskussion wurden hierauf die Tarifverträge mit den beiden Verbänden nach den gemachten Vorschlägen genehmigt, der Antrag des Verbandes süddeutscher Konsumvereine abgelehnt, der Antrag Nürnberg dem Vorstand zur Berücksichtigung bei den Verhandlungen zwischen der Generalkommission der Gewerkschaften und dem Zentralverband der Konsumvereine überwiesen. Ferner wurde beschlossen, das Tarifamt zu erweitern. Es soll in Zukunft aus 5 Mitgliedern der Gewerkschaften und 5 Mitgliedern der Konsumvereine zusammengesetzt werden.

Lorenz-Hamburg referierte über die Tätigkeit des Tarifamts. Referent führte die wichtigsten Fälle an, die zur Anrufung und Entscheidung des Tarifamts geführt haben. - Im Anschluß daran wurden zu Mitgliedern des Tarifamts von Elm, Lorenz, Preischmer, Rieger, Pössel, Arnold, sämtlich aus Hamburg, gewählt.

Carlus-Remscheid erstattete sodann den Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. - Hieraus wurde die Verbandsabrechnung für 1908, die in Einnahme und Ausgabe mit 37 803,68 M. schließt, genehmigt, ebenso die Verteilung der Zuwendungen an die Revisionsverbände, wofür 11 200 M. zur Verfügung stehen.

Das turnusmäßig ausscheidende Mitglied Barth-München und die ausscheidenden drei Ausschussmitglieder von Elm-Hamburg, Professor Staudinger-Darmstadt und Vöbbig-Zwidau wurden wiedergewählt. Der Vorschlag für 1910 wurde in Einnahme und Ausgabe mit 38 000 M. genehmigt.

Damit waren die geschäftlichen Verhandlungen erledigt und die Tagung wurde geschlossen. Heute findet die Hauptversammlung der Großverkaufsgesellschaft statt.

Aus der Partei.

Das Organisationskriterium.

Im Sozialdemokratischen Verein Offenbach referierte der Parteisekretär Genosse Horrer über den Entwurf der Organisationskommission. Er wandte sich unter anderem dagegen, daß der „Vorwärts“ Zentralorgan bleibe. Er könne dieser Stellung nicht genügen. In der Debatte führte Genosse Reichstagsabgeordneter Ulrich aus, die Partei habe sich so entwickelt, daß sie eines Zentralorgans nicht mehr bedürfe. Fast überall breche die Ansicht durch, möglichst in vielen Kreisen selbständige Organe zu gründen, weil ein Zentralorgan nicht die Interessen aller Kreise vertreten kann. Der Gedanke der Zentralisation braucht dabei nicht aufgegeben zu werden. Das Zentralorgan kann nicht der Ausdruck des Gedankens der gesamten Partei sein. So hat der „Vorwärts“ in der Frage der Finanzreform den Versuch gemacht, die Fraktion festzulegen; dagegen verwehrte er sich. Die „Partei-Korrespondenz“ könne nicht, wie die Meinung geäußert wurde, als Zentralorgan ausgestaltet werden; vielmehr lasse sich über die Umgestaltung zu einem parteioffiziellen Bekanntmachungsblatt reden. Die Meinungsverschiedenheiten, die es in der Partei, besonders in der Presse gibt, sind kein Unglück, sie spiegeln ja nur das rege geistige Leben wider. Zu der Beitragsleistung ist Redner der Meinung, daß die Organisation, die mehr als den Mindestbeitrag erheben, auch mehr abzulesen haben. Darüber muß eine positive Bestimmung geschaffen werden. Zur Frage des Ausschusses äußert sich Redner, man solle nicht gleich alle Meinungsverschiedenheiten als parteischädigend ansehen. Die bisherigen Bestimmungen über den Ausschluß genügen vollkommen. Zur Vertretungsberechtigung der Reichstagsabgeordneten ist Genosse Ulrich der Anschauung, man solle es der Fraktion reservieren, unter sich erst auszuwählen, wer auf den Parteitag zu gehen habe. Die Abgeordneten sind der Partei verantwortlich und auf dem Parteitag können die Genossen Rechenschaft von ihnen verlangen.

Genosse Goldstein als Redakteur.

Ueber diese Seite des Wirkens Goldsteins sagt das „Sächsische Volksblatt“ zu Zwickau in seinem warm geschriebenen Nachruf:

„Hohe Anforderungen wurden während dieser Zeit an die geistigen und körperlichen Kräfte Hermann Goldsteins gestellt. Denn 1893 hatten ihn bereits die Genossen des 18., 22. und 23. sächsischen Wahlkreises als Redakteur an das „Sächsische Volksblatt“ berufen, das sie eben erst begründet hatten. Aus den kleinsten Anfängen heraus hat Hermann Goldstein dann das „Sächsische Volksblatt“ zu dem gemacht, was es heute ist.“

Das „Sächsische Volksblatt“ verdankt ihm ungeheuer viel. Tag und Nacht hat er seine Förderung sich angelegen sein lassen, und mit ebrenem Griffel hat er die Spuren seiner geistigen Tätigkeit in die Blätter des „Sächsischen Volksblattes“ eingegraben. So mancher schmeichelnde Leitartikel, so manches humoristische Feuilleton gibt Kunde davon. Die Laufbahn des sozialdemokratischen Journalisten ist opfer- und dornenbelad. Auch Hermann Goldstein hat das erfahren müssen. Seine Tätigkeit als Redakteur am „Sächsischen Volksblatt“ hat ihm wiederholt Gefängnisstrafe eingetragen; er hat sie als Betriebsunfall hingenommen, ohne im geringsten in seiner politischen Überzeugung wankend zu werden. Das letzte Mal wurde ihm im Jahre 1898 Befreiung gegeben, sieben Wochen lang über die Schönheiten des Klassenstaates nachzudenken.“

Konsequente.

Im Sozialdemokratischen Verein in Pfl.-hausen i. Elb. gab am Montag der Vorsitzende Kenntnis von einem Schreiben von sechs Vereinsmitgliedern, sämtlich Seher in der Druckerei des Mühlhauser Parteiorgans, worin diese sechs angedeutet des Vereinsbeschlusses, wodurch sie wegen Nichtabführung des Tagesverdienstes des 1. Mai für unwirksam erklärt wurden, Vertrauensämter in der Partei zu bekleiden, erklären: „Solange dieser Beschluß des Kreisvereins besteht, der uns unsere Rechte als Parteimitglieder beschneidet, solange ruhen auch unsere Pflichten der Partei gegenüber.“ Auf Antrag des

Vorstandes beschloß die Versammlung einstimmig, dieses Schreiben, das die Weigerung der ferneren Beitragszahlung einschließt, als Austrittserklärung zu betrachten und diese sechs in der Mitgliederliste zu streichen. Von den sechs war keiner in der Versammlung erschienen. Ein Siebenter hat schon zwei Tage nach dem erwähnten Vereinsbeschlusse seinen Austritt erklärt, so daß jetzt kein einziger Seher aus der Druckerei des Mühlhauser Parteiorgans mehr dem Sozialdemokratischen Verein angehört. In der Versammlung wurde diese Erklärung begrüßt, da zwei von diesen Leuten sogar bei der vorjährigen Kandidatenausschreibung zur Gemeinderatswahl mit in Betracht gekommen waren.

Der Wert einer militärischen Verächtigung.

Wir haben vor einiger Zeit von der „Verächtigung“ Notiz genommen, die das Generalkommando des 14. Armee-Korps (Baden) dem Karlsruher „Volksfreund“ auf die Darstellung gesandt hat, die unser Parteiblatt unter der Stichmarke: „Stecht ihn nieder, den Hund!“ über den Konflikt zwischen einem Fuhrmann und einem Leutnant veröffentlichte. Der „Volksfreund“ hatte zu dieser „Verächtigung“ kritische Vorbehalte erhoben, die wir auch wiedergegeben haben. Wie recht unser Karlsruher Parteiblatt hatte, das geht aus dem weiteren Verlauf der Affäre hervor: Die Staatsanwaltschaft Karlsruhe hat am Ende der verflochtenen Woche den Fuhrmann über die Affäre vernommen. Er hat wirklich bestätigt, daß die Worte „Stecht ihn runter, stecht ihn nieder, den Hund!“ (womit der Fuhrmann gemeint war) gefallen sind. Auch das Kommando: „Säbel heraus!“ sei gegeben worden. Der Fuhrmann nannte auch einen Augenzeugen, einen Schreinermeister aus einem kleinen Orte bei Karlsruhe. Auch dieser bestätigte die Angaben des „Volksfreunds“. Somit ist die tatsächliche Feststellung der Verächtigung als nicht zutreffend erwiesen worden. Das Generalkommando des 14. Armee-Korps hätte besser getan, zu schweigen. Es hat der von ihm vertretenen Institution und dem Leutnant keinen Dienst geleistet.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wegen Tragens republikanischer Abzeichen

wurde vom Dresdener Schöffengericht Genosse Hirschberg zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. Hirschberg hatte einen Kranz mit roter Schleife gelegentlich der Erhebung der Märzgefallenen von 49 getragen. Rechtsanwalt Giese wies vergeblich auf die Unhaltbarkeit dieser alten Verordnung hin. Das Gericht stützte sich nämlich auf einen Erlaß aus dem Jahre 1849 und auf ein Urteil des Oberlandesgerichts.

Der Danziger Polizeipräsident als Erzähler.

Für Dienstag meldeten die Danziger Genossen eine öffentliche Volksversammlung an. Das Plakat hatte folgenden Wortlaut:

Öffentliche Volksversammlung zum Protest gegen die neuen Steuererhöhungen. Dienstag, den 15. Juni, abends 8 Uhr, im „Danziger Bürgergarten“ in Schödlitz. Tagesordnung: „Die Volksausplünderung durch die Reichsfinanzreform.“ Referent: Herr Rechtsanwalt Hugo Haase, Königsberg i. Pr. Freie Diskussion. Männer und Frauen erscheint in Massen. Die sozialdemokratische Parteileitung.

Die Danziger Plakatsäulen befinden sich durch Nachvertrag mit der Stadt in den Händen des „freisinnigen“ Verlages der „Danziger Zeitung“. Seit längerer Zeit schlägt diese Firma sozialdemokratische Plakate nur dann an, wenn ihr eine polizeiliche Genehmigung vorgelegt wird, daß Einwendungen gegen die Veröffentlichung nicht erhoben werden! -

In dieser Zwangslage mußte auch der Drucker jenes Plakats beim Polizeipräsidenten die Erteilung der Genehmigung nachsuchen, daß es nicht beanstandet wird. Darauf erließ der Polizeipräsident diese „Verfügung“:

Königl. Polizeipräsident Danzig, den 11. Juni 1909.

Nr. 2180 IV.

Ich muß mich gegen die in dem anliegenden zurückschickenden Plakatsentwurf enthaltenen Ausdrücke „Wuchersteuern“ und „Volksausplünderung“ ausgesprochen.

Es empfiehlt sich, an die Stelle dieser Ausdrücke parlamentarisch zulässige Worte zu setzen. Der Vorlage des abgeänderten Plakatsentwurfes sehe ich entgegen.

Wessel.

Dem Polizeipräsidenten und dem ihm Blind ergebenen „freisinnigen“ Verlag ließ die „Königsberger Volkszeitung“ daraufhin die Belehrung angedeihen, daß z. B. auch Wilhelm II. von „Wotwucher“ gesprochen hat!

Jugendbewegung.

„Arbeiter-Jugend“. Die soeben erschienene Nr. 11 hat u. a. folgenden Inhalt: Die deutsche Fortbildungsschule. Von Jul. Hoffmann-Kaiserlautern. - Wofür? Fortsetzung des Zwielings über die Reichsfinanzreform. - Bilder von der Walze. - Das Werden im Weltall. (Fortsetzung.) Von F. Linke. (Mit Illustrationen.) - Eine gemerkschaftliche Lehrlingsorganisation. (Schluß.) Von Paul Warthel. - Ein Jesuitenstückchen. - Vom Kriegsschauplatz. - Aus der deutschen Jugendbewegung. - Ausländische Jugendbewegung. U. s. w. - Beilage: Sonntagmorgen. Gedicht von A. W. - Weil's recht war. Eine Geschichte aus dem Wald. Von A. Ger. - Wie ich ein feiner Kerl wurde. Erzählung von Adolf Ernst. - Welt und Wissen. - Der rechte Barbier. Gedicht von A. v. Chamisso. -

Der Jahreskongreß der Jungen sozialistischen Garde Belgens wurde letzten Sonntag in Mons abgehalten. Vertreten waren 35 Junggruppen. Aus dem Bericht des Vorstandes geht hervor, daß die Jungen Genossen auch im vergangenen Jahre wieder äußerst fleißig unter der Jugend sozialistische Aufklärung verbreiteten. Der „Katechismus des Soldaten“ wurde in 10 000 Exemplaren, der „Retour“ (in französischer und flämischer Sprache) in 57 000 und die „Kaserne“ in 90 000 Exemplaren verbreitet. Nachdem eine Reihe Organisationsfragen erledigt waren, wurde eine Resolution angenommen, in der die sozialdemokratischen Vertreter in der Kammer aufgefördert wurden, energisch auf die Abschaffung des Stellvertreterstystems, überhaupt auf Beseitigung des stehenden Heeres hinzuwirken. Die Gruppen werden aufgefordert, unaußhörlich gegen den Militarismus zu demonstrieren.

Eingegangene Druckschriften.

„In freien Stunden“. Die Hefte 20 bis 22 sind erschienen und bringen u. a. die Fortsetzung des historischen Romans „Kenilworth“ von Walter Scott. In dem mit dem 1. Juli erscheinenden neuen Bande gelangt als Hauptroman Stephan vom Grillenholz von Anna Raubitz zum Abdruck. Jedes Heft kostet 10 Pf.

Kommunale Prolet. Wochenchrift für kommunalpolitisch und Gemeindefortschritt. Die Hefte 20 bis 22 sind erschienen. Mit dem 1. Juli beginnt ein neues Abonnement.

Der Preis für die wöchentlich einmal erscheinende Hefen beträgt 3 Pf. pro Quartal. Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen entgegen.

Antilich-Wartbericht der sächsischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktwoche: Fleisch: Zufuhr schwach, Beschäftigung still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft reger, Preise befriedigend. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft etwas reger, Preise wenig verändert. Fisch: Geschäft ziemlich lebhaft, Zufuhr mäßig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft still, Preise für Butter in Qualität angehend, sonst unverändert. Gemüse, Obst und Sahne: Geschäft in West lebhaft, in Gemüsch schleppend. Preise nicht wesentlich verändert. Heute neu am Markt: Mal. Aprikosen und Pfäumen.

Partei-Angelegenheiten.

Die Wahlvereine Berlins

Halten ihre Generalversammlungen zwecks Stellungnahme zum Parteitag usw. am Dienstag, den 3. August, ab.

Erster Wahlkreis. Der vierte Vortrag des Genossen Dr. Oscar Cohn über das Erfurter Programm findet am Montag, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in Dräsel's Festsaal, Neue Friedrichstr. 85, statt.

Trebbin. Am Sonnabend, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Wolf Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kasse und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Organisationsstatut des Parteitages. 3. Parteiangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

Schwindender „Kindersegen“.

Die Minderung der Geburten schreitet in Berlin unaufhaltsam fort. Wenn einmal das Abwärts durch ein Aufwärts unterbrochen wird, so handelt es sich immer nur um eine vorübergehende Erscheinung, auf die in der Regel sehr bald ein um so stärkerer Rückgang folgt.

Ganz besonders ungünstig ist das Ergebnis, mit dem das Jahr 1908 abgeschlossen hat. In 1908 wurden — nach den neuesten Zusammenstellungen des Berliner Statistischen Amtes — nur 51 036 Kinder geboren, während in 1907 noch 52 899 Kinder geboren worden waren.

Das Ergebnis von 1906 hatte noch als ein verhältnismäßig günstiges bezeichnet werden dürfen. Es bildete den Abschluß einer mehrjährigen Periode, in der die Abwärtsbewegung wieder mal zum Stillstand gekommen war.

In den Jahren 1906, 1905, 1904, 1903 waren — nach den Mitteilungen im neuesten Band des Berliner Statistischen Jahrbuchs, der die Geburtenstatistik erst bis 1906 enthält — 53 372, 51 300, 50 739, 49 574 Kinder geboren worden.

Die Aufwärtsbewegung dieser Zahlen erweist sich als minder stark, wenn sie verglichen werden mit der gleichzeitigen Bevölkerungszahl, die ja inzwischen sehr erheblich gestiegen war.

Für 1906, 1905, 1904, 1903 ergibt das pro Tausend der Bevölkerung 25,85, 25,51, 25,86, 25,79 Geborene. In dieser Periode zeigte sich also keine nennenswerte Minderung, um so stärker war aber die Geburtenminderung gewesen, mit der das Jahr 1903 abgeschlossen hat.

Die Geburtenziffer war in 1903, wie oben angegeben, 25,79 pro Tausend der Bevölkerung, aber sie stellte sich in 1902 auf 27,00, in 1901, 1900, 1899, 1898 auf 27,68, 27,71, 27,99, 28,91. In 1898 noch 28,91 und jetzt in 1908 nur noch 24,27 — das ist in einem Jahrzehnt ein Rückgang um ziemlich ein Sechstel der Ziffer von 1898.

Geht man noch weiter — um drei Jahrzehnte — zurück, so ergibt sich für die Jahre 1878, 1888, 1898, 1908 die unaufhaltsam absinkende Reihe 44,15, 34,56, 28,91, 24,27. Die höchste Geburtenziffer des 19. Jahrhunderts war im Jahre 1876 mit 47,17 erreicht worden.

In dem laufenden Jahre 1909 wird die Ziffer sicherlich noch nicht halb so hoch wie damals ausfallen; denn von einem Stillstand der Geburtenminderung kann, wie die ersten Monate dieses Jahres bereits wieder gezeigt haben, noch keine Rede sein.

Die Abwärtsbewegung tritt noch schärfer hervor, wenn man die Betrachtung auf die ehelich Geborenen beschränkt und deren Zahl mit der jeweiligen Durchschnittszahl der Ehefrauen Berlins vergleicht.

Im neuesten Band des Berliner Statistischen Jahrbuchs ist diese Vergleichung durchgeführt worden bis zum Jahre 1906, in dem bei einer Durchschnittszahl von 393 032 Ehefrauen nur 43 970 Kinder ehelich geboren wurden.

Pro 1000 Ehefrauen brachte das Jahr 1906 knapp 112 ehelich Geborene, während das Jahr 1876 volle 240 ehelich Geborene pro 1000 Ehefrauen gebracht hatte. In 1876 gebar durchschnittlich fast jede vierte aller Ehefrauen ein Kind, in 1906 aber trug durchschnittlich nur jede neunte aller Ehefrauen das ihre zur Volksvermehrung bei.

Hiernach ist die Zahl der ehelich Geborenen, verglichen mit der Zahl der Ehefrauen, schon jetzt bei weitem nicht mehr halb so groß wie vor 30 Jahren.

Welches können die Ursachen einer so bedeutenden Geburtenminderung sein? Gewiß wirken hier mehrere Ursachen zusammen. Für den ganzen Zeitraum der letzten drei Jahrzehnte dürfte das wichtigste in Betracht kommen die willkürliche Beschränkung der Kinderzahl, die vielen Ehepaaren auferlegt wird, weil ihre wenig günstigen Erwerbsverhältnisse ihnen die Aussicht eines zahlreicheren Nachwuchses unmöglich machen.

Dieser Ausweg wird von denen, die eine stärkere Vermehrung der Bevölkerung für wünschenswert und notwendig halten, als bedenklich angesehen. Aber diejenigen, die ihn wählen, befinden selber sich wohl dabei, daß sie vor einem Ueberraus des „Kinderlegens“ bewahrt bleiben.

Die Perioden einer außerordentlich scharf hervortretenden Geburtenminderung — wie die, in der wir uns gegenwärtig befinden — lassen den außergewöhnlichen Einfluß der Wirtschaftskrisen erkennen, die regelmäßig nicht nur eine Minderung der Eheschließungen, sondern auch noch eine besondere Einschränkung des Nachwuchses mit sich bringen.

Richard Augustin.

Wieder ist einer dahingegangen von denen, die ihr Bestes der Partei gegeben: Richard Augustin. Ja, ganz unerwartet, ist Augustin aus unseren Reihen gerissen worden.

Auf einem Stuhle in dem von ihm verwalteten Restaurant im Gewerkschaftshaus sitzend, traf ihn gestern gegen 7 Uhr abends ein Herzschlag, der seinem Leben ein schnelles Ziel setzte.

Richard Augustin hat von der Pike auf der Partei gedient. Von Beruf Unternehmer, wirkte er schon in jungen Jahren für seine Gewerkschaft wie für die Partei. In den achtziger Jahren unter dem Sozialistengesetz stand Richard Augustin in Reich und Glied bereit, die furchtlos und unerschrocken rücksichtslos für unsere Partei zu kämpfen;

keine Gefahr scheuend, wirkte er auf den schwierigsten Posten als Agitator wie als Organisator. Längere Jahre verließ Augustin im letzten Wahlkreise das Amt eines Vertrauensmannes; wiederholt delegierten ihn die Genossen zu den deutschen Parteitag. Im Jahre 1900 wurde Genosse Augustin zum Stadtverordneten gewählt, wo er den 47. Kommunalwahlbezirk vertrat.

Seit Jahren klagte Augustin, daß ihm seine Körperkräfte lästig sei, und suchte durch entsprechende Kurten Abhilfe zu erreichen, leider aber ohne dauernden Erfolg.

Nun ist er dahingegangen, der Trabe. Eine Seele von Mensch. Wer ihn zum Freunde hatte, konnte auf ihn bauen wie auf einen Fels. Eine Freundes- und Bundesstreue zeichnete ihn aus, wie kaum einen. Der Augustin kannte, weiß, was die Partei an ihm verloren und wird mit uns dem Dahingegangenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Ueber die Zustände in der Steuerannahmestelle in der Trebbinstraße ist schon öfter lebhafteste Klage geführt worden, ohne daß Abhilfe geschaffen worden wäre. Bereits bei der Staatsberatung im Vorjahre wurde von einem unserer Genossen in der Stadtverordnetenversammlung das lange Warten und auch die Behandlung gerügt, die den Besuchern dieser Annahmestelle zu teil wird.

Der Stadtrat Tourbiß fand nur einige nichtsfagende Worte. Wie aus verschiedenen Zuschriften an uns hervorgeht, sind die Zustände in dieser Annahmestelle noch genau so unbefriedigend, wie im Vorjahre. Der Mann, in dem die Steuerzahler abgefertigt werden, ist ein äußerst kleiner und in der jetzigen Zeit, da viele Leute die Steuern nach der Annahmestelle bringen, besteht für die einzelnen Personen eine große Gefahr der Gesundheitsgefährdung.

80—100 Personen müssen hier eng zusammengepackt stundenlang warten, ehe sie abgefertigt werden. Die Luft in diesen engen Zimmern ist geradezu unerträglich; es herrscht eine ungläubliche Hitze zum Ohnmachtigwerden. Hier müssen die Frauen, die vielfach ihre kleinen Kinder mitbringen müssen, zwei, drei Stunden ausharren, ehe sie ihr Geld loswerden.

Wenn der Magistrat nicht schleunigst Abhilfe schafft, wird er wohl durch die Polizei dazu gezwungen werden müssen. Auch über die Behandlung durch die Beamten wird nach wie vor geklagt. Man fühle sich oft wie auf dem Kasernenhofe. Wie wollen denn glauben, daß bei dem Massenandrang auch die abfertigenden Beamten es nicht leicht haben; immer aber sollen sie bedenken, daß sie der Steuerzahler wegen und nicht diese ihrer wegen da sind.

Aus der städtischen Pardeputation.

In der gestrigen Sitzung der Pardeputation wurde beschlossen, auf Treptower Terrain, gelegen zwischen Parkstraße und Dammweg, einen Pflanzenanbauergarten von 48 Morgen Größe zum botanischen Unterricht für unsere Schulen zu errichten.

Auf diesem Terrain befinden sich Laubkolonisten, welche zum 1. Juli 1909 gekündigt werden sollen. Genosse Gottfried Schulz beantragte noch, die Baumschulanlage im Plänterwald für den Verkehr des Publikums freizugeben, welchem Antrage die Deputation ihre Zustimmung gab.

Ferner beschloß die Deputation, im Viktoriapark an der kleinen Parkstraße eine Erfrischungshalle zu errichten, die vorwiegend zur Verweilung benutzt werden soll, ähnlich der im Treptower Park. Zur Verpachtung des neuen Gartens hatte die Deputation eine Ausschreibung ergehen lassen, nach welchem Sachangebot von 800 bis 8000 M. pro Jahr gemacht wurden. Die Deputation beschloß, einem Herrn Lange, der das Höchstgebot abgab, das Terrain auf drei Jahre zu verpachten, und zwar soll gezahlt werden: im ersten Jahr 6000 M., im zweiten Jahr 7000 M. und im dritten Jahr 8000 M. Pacht.

Außerdem wurde beschlossen, für die Monate Juni, Juli und den Wasserfall im Viktoriapark von 11—1 Uhr mittags und von 4 bis 10 Uhr abends, für den Monat August von 11—1 Uhr mittags und von 3—9 Uhr abends in Betrieb zu setzen.

Die „Erste Schuljahrsklasse“ wird am 20. d. Mts. in der Aula der 72. Gemeindefschule, Brandenburgstraße 78/79, eröffnet. Die Räume sind vom Magistrat, nachdem diese Gemeindefschule dort geschlossen worden ist, dem Deutschen Zentralkomitee für Jahrsplanung in den Schulen unentgeltlich zur Verfügung gestellt worden.

Die Zeichenausstellung der Berliner Gemeindefschulen im Ausstellungspark an der Invalidenstraße ist seit der Eröffnung von Besuchern noch nicht leer geworden. Schon am Montag wurden geschlossen die ersten Schülerabteilungen von ihren Lehrern und Lehrerinnen hingeführt. Man hat Vorfreude getroffen, daß im Laufe dieser Woche sämtliche drei Oberklassen die Ausstellung besuchen können.

Bei der Menge der hier in Betracht kommenden kleinen Disziplinären müssen sich leider die Lehrkräfte darauf beschränken, den Kindern einen knappen Gesamtüberblick über das Erreichte zu bieten. Zu einzelnen Erklärungen und namentlich zu Vergleichen mit den Leistungen anderer Gemeindefschulen ist wenig Zeit. Ganz auffällig steht namentlich ins Auge, daß die Leistungen der verschiedenen Schulen auf demselben Gebiete und in denselben Klassen sehr ungleich sind.

Ist auch die neue Lehrmethode überall gleich durchgeführt, so scheint doch auch die Fähigkeit der einzelnen Zeichenlehrer von ganz bedeutendem Einfluß zu sein. Alle die kauernden Kinder glänzten vor Stolz und Freude, wenn sie ihren eigenen Ausstellungsgegenstand gefunden hatten. Mitunter herrichte an den Tischen und Tischen ein bedrückendes Schnattern und Drängeln, so daß die durch gelbe Schleifen kenntlich Ausstellungsleiter, deren Zahl ein wenig gering ist, Mühe hatten, die Ordnung aufrechtzuerhalten.

Die Nachmittag brachten starken Besuch von Fachinteressenten und vor allem von Eltern, die sich an dem Anblick der Leistungsfähigkeit ihrer Lieblinge mit Recht weiden konnten. Dagegen zeigt sich das große Publikum, soweit es nicht direkt interessiert ist, ziemlich gleichgültig. Viel zu wenig werden die auf den Tischen zu Hunderten ausliegenden Hefte der einzelnen Zeichenklassen, welche durchweg nur Zeichnungen ja desselben Gegenstandes von der Hand aller Schüler und Schülerinnen enthalten, beachtet. Für den Fachmann sind gerade diese Hefte, welche die verschiedenartige Lösung der gleichen Aufgabe zur Anschauung bringen, von höchstem Interesse. Ausgedehnter ist bis jetzt auch der Besuch der höheren Schulen. Sie könnten von dem, was die Sproßlinge der Minderbegüterten geleistet haben, noch manches lernen. Wie dem Schreiber dieser Zeilen ein Schulsachmann mit aller Bestimmtheit erklärte, fällt sogar ein Vergleich, bis zum vollendeten 14. Lebensjahre gerechnet, entschieden zugunsten der Gemeindefschule aus. Die Ursache dieser Erscheinung zu finden, dürfte nicht allzu schwer sein. Der nächste Sonntag, an dem die Ausstellung abends 6 Uhr mit einem kleinen offiziellen Akt geschlossen werden wird, dürfte noch einen Massenbesuch von Eltern, die in der Woche durch ihre Arbeit abgehalten sind, bringen.

Ein Zusammenstoß zweier Stadtbahnzüge.

Der zu übertriebenen Gerüchten Veranlassung gab, verursachte gestern (Mittwoch) abends im Betriebe der Stadtbahn nach beiden Richtungen eine größere Verkehrsstörung. Ueber den Unfall, bei welchem vier Personen glücklicherweise nur leicht verletzt worden sind, gehen uns folgende Mitteilungen zu:

Der Vorortzug Nr. 1514 von Nieder-Schöneweide nach Grunewald, der um 7.24 Uhr abends auf dem Bahnhof Alexanderplatz einliefen sollte, hatte keine Einfahrt und hielt vor der Wackstation an der Königsstraße mit dem Schlußwagen gegenüber dem Polizeipräsidenten. Ihm folgte drei Minuten später der Siedringzug Nr. 2180, welcher angeblich die vorhergehende Wackstation überfahren

haben soll, in voller Fahrgewindigkeit. Da der Schlußwagen in einer Kurve stand, konnte der Lokomotivführer des Ringzuges den Vorzug nicht rechtzeitig erkennen und bemerkte erst zu spät das Hindernis. Obwohl er sofort Gegen Dampf gab, gelang es ihm nicht, seinen Train rechtzeitig zum Stehen zu bringen, und die Maschine des Siedringzuges fuhr mit großer Gewalt auf den Schlußwagen 2014 des Vorortzuges auf. Glücklicherweise schob sich das Vordengestell der Lokomotive unter den Waggon, so daß dieser mit einer Hinterachse hochgehoben wurde. Durch den Anprall wurden sämtliche Fenster Scheiben des Waggons zerschmettert, die Maschine ist nur wenig beschädigt worden. Für die Dauer einer halben Stunde war der Verkehr in der Richtung nach dem Schlesischen Bahnhof gesperrt, während der reguläre Betrieb nach Bahnhof Frießstraße erst spät abends aufgenommen werden konnte; bis dahin wurden die Züge über die Ferngleise geleitet. Die in dem angefahrenen Waggon befindlichen Passagiere kamen fast sämtlich mit dem bloßen Schrecken davon. Nur vier Personen erlitten leichte Verletzungen durch umherfliegende Glassplitter. Zwei derselben wurden an Ort und Stelle verbunden und entfernter sich, ehe ihre Personalien festgestellt werden konnten. Auf der Unfallstation in der Alten Schützenstraße erhielten der Hausdiener August Menzel von den Terrassen in Halensee sowie eine Frau Cz aus Schöneweide ärztliche Hilfe, konnten sich aber sofort nach ihren Wohnungen begeben.

Eine ungeheure Menschenmenge hatte sich am Alexanderplatz und in der Dircfenstraße angeammelt. Der letztere Straßenzug war an der Unfallstelle für jeden Verkehr gesperrt.

Eine andere Darstellung besagt: Der Zusammenstoß zweier vollbesetzter Stadtbahnzüge auf der Stadtbahn am Alexanderplatz alarmierte am Mittwochabend die Feuerwehr, Polizei und viele Berliner. Gerade gegenüber dem Polizeipräsidenten an der Dircfenstraße, dort wo die Stadtbahn an der Grunerstraße eine scharfe Kurve macht, war kurz vor 7 Uhr ein Vorortzug von Köpenick kommend auf einen Stadtbahnzug, der wegen eines auf dem Bahnhof Alexanderplatz noch nicht abgefertigten Stadtbahnzuges keine Einfahrt hatte, von hinten aufgefahren. Die Lokomotive 6024 des Vorortzuges bohrte sich in einen gut besetzten Wagen dritter Klasse, hob diesen etwa einen halben Meter aus den Schienen und mit den hinteren Achsen in die Höhe. Zum Glück wurde der Wagen, der auf dem äußeren Gleise an der Dircfenstraße stand, nur ein wenig mit dem ganzen Zuge vorwärts geschoben und blieb dann mit der schiebenden Lokomotive fest verbunden in dieser schiefen Lage stehen. Bei dem Zusammenstoß gingen sämtliche Scheiben und die Mehrzahl der Türen des Waggens entzwei. Der folgende Wagen blieb fast unverletzt, auch die Lokomotive und die übrigen mit dieser verknüpften Wagen haben nur ganz geringen Schaden erlitten. Die Fahrgäste beider Züge sind mit unerheblichen Verletzungen und dem Schrecken daangekommen. Von den Beamten ist auch niemand ernstlich verletzt worden. Die Feuerwehr, die unter Leitung des Oberbrandinspektors Reinhardt sofort ausgerückt war, konnte bald wieder abrücken, da Hilfe nicht mehr erforderlich war. Die Schuld an dem sehr glimpflich verlaufenen Zusammenstoß wird dem Führer der Lokomotive 6024 beigemessen. Er soll das Haltesignal für den vor dem Bahnhof stehenden Zug übersehen und erst an der Schillerstraße Gegen Dampf gegeben haben. Demgegenüber wird aber behauptet, daß der Führer wegen der Kurve an der Grunerstraße dies für den haltenden Zug bestimmte Haltesignal gar nicht hätte sehen können. Ob dies richtig ist, muß die Untersuchung ergeben. Der von Osten nach Westen gehende Stadt- und Vorortverkehr mußte mehrere Stunden über die Ferngleise geleitet werden.

Berlin, 16. Juni. Amtlich wird gemeldet: Heute abend um 7 Uhr 1 Minute ist der Siedringzug 2021 auf den aus Betriebsrückichten vor Station Alexanderplatz haltenden Personenzug 2640 aufgefahren. Gebietet ist niemand. Als leichtverletzt haben sich gemeldet: Hugo Raifkind, unbedeutende Hautabstürzung, Walter Ludwig, drei Jahre alt, eine leichte Wunde an der Stirn, Arthur Mangel-Halensee, klagt über Rückenbeschwerden, Frau Runge, Mariengraben 10, will an Schwindelanfällen leiden. Alle vier sind ohne ärztliche Behandlung und befinden sich zu Hause. — Die Maschine des ankommenden Zuges und drei Wagen des haltenden Zuges sind leicht beschädigt. Die Störung wird 1 1/2 Stunden dauern. Ursache des Unfalls ist Ueberfahren des bei Blockade V auf „Halt“ stehenden Blocksignals.

Verzweiflungstat aus Ret. Den dritten Selbstmordversuch binnen 18 Tagen machte gestern morgen die 23 Jahre alte Näherin Margarete Geroldt aus der Anklamer Straße 12. Das Mädchen unterhielt mit einem 21 Jahre alten Schmiedegesellen ein Liebesverhältnis, dem vor vier Wochen ein Knabe entsprang. Die Sorge, das Kind unterzubringen, trieb die junge Mutter zur Verzweiflung. Ihr Geliebter ist seit dem 1. Oktober v. J. Soldat und kann sie nicht unterstützen. Ihre Mutter, eine Witwe in der Schulendorfer Straße, ist ebenfalls mittellos. In dieser Lage trat die Verzweifelte zehn Tage nach der Entbindung insol. Eine Nachbarin überraschte sie dabei, entriß ihr die Klause, die sie gerade zum zweitenmal ansehen wollte, und brachte die Unglückliche nach dem Lazaruskrankenhaus. Nach vier Tagen geheilt entlassen, wollte sie sich am Sonntagmorgen mit einem Brotmesser die Pulsader der linken Hand öffnen. Als sie jedoch Blut fließen sah, warf sie das Messer weg und lief nach der Wache des 10. Regiments, die ihrer Wohnung gegenüberliegt. Schuhmacher und ein Heilgehilfe verbanden die Verwundete und brachten sie mit ihrem Kinde zu ihrer Mutter. Von dort aber lief die Verzweifelte vorgestern abend mit ihrem Kinde heimlich wieder weg und lehrte nach ihrer Wohnung zurück. Gestern morgen um 7 1/2 Uhr legte sie das Kind in ihren Reiseforb und sprang dann aus dem dritten Stock auf die Straße hinaus. Mit einem Schädelbruch und schweren inneren Verletzungen wurde sie von einem Schuhmann wieder nach dem Lazaruskrankenhaus gebracht, wo sie jetzt hoffnungslos darniederliegt. Das Kind wurde dem Waisenhaus übergeben.

Als Leiche wiedergefunden wurde gestern nachmittag der fast 17 Jahre alte Kaufmannslehrling Hans Blubau aus Ragdeburg, Breiteweg 182, der von seinen Eltern seit dem 9. d. M. vermisst wurde. Man landete ihn vor dem Grundstück Halle'sches Ufer 23 aus dem Landwehrkanal.

Todessturz in der alten königlichen Bibliothek. Ein bedauerlicher Unglücksfall mit tödlichem Ausgang hat sich gestern nachmittag in der alten königlichen Bibliothek am Opernplatz zugetragen. Die Räumlichkeiten werden gegenwärtig einem Umbau unterzogen, wobei auch der Zimmermann Hermann Kiegl, der bei der Firma Held u. Franke angestellt war, beschäftigt war. Als K. gestern in der Höhe des zweiten Stockwerks mit Balkenarbeiten zu tun hatte, stürzte infolge eines Fehltrittes in die Tiefe. Der Unglückliche schlug unten mit dem Kopf auf, sodas der Schädel zerschmettert wurde. Ein von der Unfallstation in der Kronenstraße herbeigerufener Arzt konnte bei K. nur noch den Tod feststellen. Die Leiche des Verunglückten wurde polizeilich beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht.

Seinen Verletzungen erliegen ist der 42 Jahre alte Arbeiter August Häbner aus der Spinnmühlend Straße 67, der am Montagvormittag bei der Explosion eines Benzolgasapparates schwere Brandwunden am Gesicht, am Hals und an der Brust erlitt. Der Verunglückte starb Dienstagnachmittag im Lazaruskrankenhaus.

Falsche Münz- und Einmarkstücke werden in neuerer Zeit wieder in Umlauf gebracht. Während die Fünfmarkstücke eine gute Nachahmung sind, und nur bei aufmerksamer Beobachtung als Fälschung erkannt werden, ist die Ausführung der Markstücke eine so mangelhafte, daß es kaum verständlich erscheint, wie sie verbreitet werden können. Diese Münzen sind aus Blei, ihre Prägung ist äußerst mangelhaft und verschwommen. Die Fälskate haben eine bläuliche Farbe und dumpfen Klang.

Zum Zwecke der Verminderung von Straßeneinfällen werden jetzt Schutzeisen überall, wo es die Verkehrsverhältnisse gestatten, an den Straßeneinfällen angelegt. Vor allen Dingen geschieht dies an solchen Stellen, an denen die Straßeneinfälle nach beiden Seiten sich verbreitern und Verkehrsströme zusammenlaufen. In der letzten Woche sind an verschiedenen Stellen der Stadt derartige Zufallspersonen zunächst provisorisch aus Holz hergestellt worden.

Stundenlang für Fahrweg gesperrt war am Dienstag vormittag ohne vorherige Bekanntmachung die Scharnhorststraße wegen der vom Invalidenhaus aus erfolgenden Beerdigung eines Regimentskommandeurs. Dabei war lediglich vor dem Hauptportal eine Ehrenkompanie aufgestellt, die ebensogut auf dem weiten Vorhof des Invalidenhauses hätte Aufstellung nehmen können. Auch die geringe Zahl der militärischen Leidtragenden rechtfertigt in keiner Weise die Absperrung. Der an der Ecke der Invalidenstraße postierte reitende Schutzmann ließ zunächst alles Geschäftsfuhrwerk hindurch. Beim Invalidenhaus mußte es wieder umkehren, obwohl trotz des Militärs zur Durchfahrt genügend Platz war. Da hier alle Augenblicke Begehungen mit militärischer Kraxenparade stattfinden, sollte endlich mit diesen Absperrungsmaßnahmen gebrochen werden.

Der schwere Raubanfall auf dem Gesundbrunnen, über den wir gestern nach einer Korrespondenz berichteten, stellt sich nachträglich als ein einfaches Renkontre zwischen einigen etwas animierten Gästen mit dem Gastwirt Road heraus, wie sie öfter vorkommen, nur daß der Wirt am nächsten Morgen glaubte, es sei ihm bei dem Vorfall auch Geld abhanden gekommen. Die beteiligten Gäste, die Begner des Wirtes, wurden auch weder dem Untersuchungsrichter vorgeführt noch der Kriminalpolizei eingeliefert, sondern nach Feststellung ihrer Persönlichkeit und Aufnahme des Tatbestandes von der Revierwache wieder entlassen.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Am Sonntag, den 20. Juni: Familienausflug nach Zegel-Schulzendorf. Abfahrt des Zuges nach Zegel: Stettiner Bahnhof 8.11, Gesundbrunnen 8.17. Treffpunkt für Nachzügler sowie Teilnehmer, welche die Straßenbahn benutzen, bis 10 Uhr vormittags im Humboldt-Restaurant, Inhaber Dewig, Schloßstr. 23 in Zegel; von 12 Uhr mittags ab in Triller's Restaurant „Hubertus“, Inhaber Riosch, dicht am Bahnhof Schulzendorf gegen. Regge Beteiligung erwartet Das Komitee.

Feuerwehrbericht. Wegen eines Kellerbrandes wurde die Feuerwehr nach der Schönerstraße 15 alarmiert; Preshofen u. a. drannten dort. In der Lessingstraße 24 mußte ein Wohnungsbrand gelöscht werden, die auf einem Dacheboden ausgekommen war. Der 3. Zug hatte in der Walliner Straße 14 zu tun, wo durch Unvorsichtigkeit Feuer ausgekommen war. An zwei Stellen, in der Wollschiedstraße 88 und Rathenower Straße 66, wurden Sauerstoffapparate zur Behandlung von Kranken verlangt. Ferner liefen noch Alarme aus der Adalbertstraße 88 u. a. Stellen ein.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Unter polizeilichem „Schutz“ tagten am Dienstag die Stadtverordneten. Was war denn los, daß man einen Polizeiwachmeister und zwei bewaffnete Schulleute vor das Rathaus beordert hatte? Nun, der Magistrat sollte wegen der Mahregelung eines für seine und seiner Kollegen tätigen städtischen Arbeiter Rede und Antwort stehen. Auf eine Anfrage unserer Genossen beim Magistrat in dieser Sache hatten sich die städtischen Arbeiter in großer Zahl auf der Tribüne des Sitzungssaales eingefunden. Allen Anschein glaubte der Magistrat dadurch die Ruhe und Sicherheit gefährdet, weshalb er für „jeglichen Schutz“ Vorkehrungen treffen ließ. Doch diese Vorkehrung war am falschen Platze. Die Ausführungen der bürgerlichen Redner, der Herren Dr. med. Wolf und Fabrikant D. Hirsch, die den Herrenstandpunkt zum Ausdruck brachten, lösten hier und da Kundgebungen der berechtigten Entrüstung aus, aber eine vom Vorsitzenden gegebene Ermahnung an die so schwer provozierten Arbeiter reichte aus, die Ruhe herzustellen — gewiß ein glänzender Erfolg der Erziehungsarbeit der so schwer bedrängten Organisation der Arbeiter. Kann denn der letzte klägliche Rest des Entschens der Lichtenberger Kommunalverwaltung wirksamer betrieben werden als durch solche Maßnahmen? Die Sitzung selbst begann mit einer Darstellung der Zustände, die sich bei der Erweiterung der Ringbahnunterführung im Zuge der Brielstraße nachgerade zu einem öffentlichen Skandal herausgebildet haben. Genosse Grauer verlangte enbliche Ausführung des vor Wochen gefassten Beschlusses der Deputation, da anscheinend die Polizei dem Fiskus gegenüber machtlos ist, die Baustelle im Interesse von Leben und Gesundheit der Passanten und auch der öffentlichen Sicherheit durch eine Vogenlampe erleuchten zu lassen. — Zu stellvertretenden Vorsitzenden des Gewerbe- und des Kaufmannsgerichtes wurde die Assessoren Rodrod und Ottenhof gewählt. — Die Kosten für die Renovierung des Schulgebäudes im oberen Teile der Dorfstraße mit 2000 Mark wurden bewilligt und damit der Forderung unserer Genossen auf Vereinfachung der unwürdigen Zustände dieses Schulgebäudes Rechnung getragen. Das Bauprojekt eines Gebäudes für die höhere Mädchenschule in der Rathausstraße wurde gegen die Einsprüche unserer Genossen noch einmal der Baukommission zurückgegeben. Genosse Grauer wies auf die Kalamität hin, die bei Unterbringung der Volksschulkinder im westlichen Teile der Stadt vorhanden ist, so lange das Volksschulhaus in der Scharnhorststraße von den „höheren Töchtern“ mit benützt werden muß — vergeblich. Die nachgesuchte Genehmigung der Staatsüberschreitung bei den städtischen Werken in Höhe von rund 248 000 M., denen „Ersparnisse“ von 51 000 M. gegenüberstehen — darunter Betriebsarbeiterlöhne von rund 8700 M. — zeitigte eine recht lebhaftige Debatte, in der die Genossen Brühl und Grauer Zurückweisung der Vorlage an den Magistrat verlangten mit dem Ersuchen, diesen Wehransgaben auch eine Ueberbrückung der Mehrerinnahmen beizufügen. Beschlossen wurde, die Vorlage dem Rechnungsansatz zu überweisen. Das gleiche geschah mit der Vorlage über die Dechargierung der Rechnung über den Umbau des Rathauses. — Die Begründungsordnung und ein Gehältertarif sollen neu aufgestellt werden. Unsere Genossen verlangten Beratung in gemeinsamer Kommission, um der Frage nach Veranschlagung des Verteidigungswesens, einer Urnenhalle usw. näherzutreten zu können. Beschlossen wurde, die Friedhofordnung einer Kommission zur Vorberatung zu überweisen. Der Gehältertarif aber wurde gegen die Stimmen unserer Genossen mit 21 gegen 20 Stimmen angenommen.

Bürgersteigerstellungskosten lassen sich noch immer einige, auch frühere „Hausbesitzer“ erstatten, wenn auch die zu erwartende Summe bereits „gedrückt“ ist. Die Herren ließen sich 777 Mark „bewilligen“. An die Baudeputation verwiesen wurden die Verlangen der Löperischen Erben auf Veränderungen am Bebauungsplan des früheren Döllischen Geländes und dem Magistrat zur Ertragung die Vorlage wegen anbaufähiger Herstellung des Straßenzuges an der Marktstraße. Die Interpretation unserer Genossen über die Mahregelung des Vertrauensmannes der städtischen Arbeiter begründete Genosse Grauer. Der zweite Bürgermeister betonte, der Arbeiter sei aus dem Betriebe „entfernt“ worden, weil durch den Handzettel, den der Mann verteilt habe, die „Disziplin“ gelockert werde und die Vorgesetzten sich beleidigt fühlten! Zum Beweise verlas er den vom 6. Mai datierten, zu einer für Sonntag, den 6. Mai,

einberufenen Versammlung einladenden Zettel, den der Arbeiter in seiner dienstfreien Zeit an dienstfreie Kollegen außerhalb der Diensträume oder Grundstücke verteilt hat. In dem Handzettel wird darauf verwiesen, daß die städtischen Arbeiter der Straßenreinigung bei der Staatsberatung leer ausgegangen sind und daß die Verordnungen, die von verschiedenen Vorgesetzten gemacht worden sind, nur Abwehrmittel gewesen seien. Zum Schluß wird, um die Vertretung ihrer Angelegenheit selbst in die Hand zu nehmen, zum Besuch eine Versammlung aufgefordert. Genosse Grauer unterzog die Handlungsweise des Magistrats, der über die Köpfe der Berledeputation den Arbeiter nach zehnjähriger maffeloser Tätigkeit auf Straßenpflaster warf, einer eingehenden Verleumdung. Den Herren vom Magistrat schienen die Ausführungen unseres Redners nicht gerade angenehm zu sein; es rächte und rächte sich keiner der mutigen Mannen. Und die Stadtverordneten? Genosse Brühl hatte recht, wenn er sagte, dieses Schweigen rede Zustimmung. Herr Sanitätsrat Dr. Wolf schien beauftragt, den Standpunkt der „Liberalen Vereinigung“ zu vertreten. Er tat es unter Hervorhebung des krassesten Herrenstandpunktes. Es sei das gute Recht des Magistrats, einen Arbeiter, den er nicht haben wolle, zu entlassen; der Arbeiter könne sich anderweit Arbeit suchen! Herr Hirsch von der „freien liberalen Fraktion“ meinte, der Magistrat hätte erst eine Zeit darüber hingehen lassen müssen, um dann zur Entlassung zu schreiten, das wäre klüger gewesen. Daß Herr Dr. Wolf erklärte, es sei bei ihm Grundlag, daß, wer ihm nicht passe, fliegt, und bei seinen Ausführungen sich einer gewissen Reichsverbändlermanier bediente, sei nur nebenbei erwähnt. Niemand außer den sozialdemokratischen Stadtverordneten nahm sich der städtischen Arbeiter an. An der Diszussion beteiligten sich neben Grauer und Brühl auch der Genosse Kersch. Eine Interpellation der „freien liberalen Fraktion“, die Pflasterung der Friedrichstraße betreffend, zeitigte nur eine kurze Debatte.

Rixdorf.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat in ihrer letzten Sitzung zu den Maßnahmen der Schuldeputation (über die gestern berichtet wurde) Stellung genommen. Alle Eltern deren Kinder von Lehrern oder Rektoren aufgefordert wurden, aus der „freien Turnerschaft“ auszutreten und wo diese Aufforderung noch mit dem besonderen Hinweis begleitet wurde, daß die Nichtbefolgung für die Schüler Unannehmlichkeiten im Gefolge hätte (z. B. Entziehung der bisher unentgeltlich gelieferten Lehr- und Lernmittel), werden ersucht, unzüglich genaue zweidienliche Mitteilung dieser Vorkommnisse an den Genossen Stadtverordneten Groger, Fuldstraße 55/56, Aufgang I 2 Tr. gelangen zu lassen.

Wilmerdorf.

Ministerielle Verkehrspolitik. Interessante Enthüllungen über den Stand der Schnellbahnanlagen in den westlichen Vororten machte am Dienstag der Stadtverordnete Dr. Heintz in einer Wilmerdorfer Bezirksvereinsversammlung. Die fürlich von uns ausgesprochene Ansicht, daß das neue Charlottenburger Verkehrsprojekt wesentlich um demselben keine behördliche Förderung findet, weil der Privatkapitalismus daraus Schaden leiden könnte, wurde von dem Stadtverordneten mit herzerfrischender Rabilität bestätigt. Der Verkehrsminister, so sagte Herr Heintz, finde den Charlottenburger Plan nicht Wilmerdorf zuleide, sondern im Hinblick auf die bestehende Hoch- und Untergrundbahn bedenklich. Die von Charlottenburg geplante Linie greife in das Gebiet dieser Bahn ein und der Minister wolle nicht, daß das in diesem Unternehmen niedergelegte Kapital gefährdet werde. Diese Enthüllung, an deren Richtigkeit wohl kein Zweifel zulässig ist, bildet ein würdiges Seitenstück zu dem Weisand, den die Regierung der Großen Berliner Straßenbahn in ihrem Kampf gegen die Stadt Berlin bisher geliehen hat. Das Verhalten des Ministers in dem vorliegenden Falle ist übrigens mit der Konsequenz jenes Vorganges, auf den unser Parteigenosse Singer in der Reichstagsitzung vom 14. März 1908 hingewiesen hat. Singer führte damals an, daß der Stadt Berlin der Bau einer Untergrundbahn vom Potsdamer Platz in das Innere der Stadt durch eine kaiserliche Order verweigert worden sei. Diese Order habe die ausdrückliche Bemerkung enthalten, daß die von der Stadt geplante Linie der Firma Siemens u. Halske vorbehalten bleiben müsse, damit die Hochbahn rentabel werde. So ist es denn ja auch bekanntlich gekommen; die Stadt Berlin durfte auf ihrem Grund und Boden keine von Westen nach Osten führende Bahn anlegen. Diefelbe Sache wiederholt sich jetzt zugunsten des Privatkapitalismus der Stadt Charlottenburg gegenüber.

Aus der Rede des Herrn Heintz verdient noch die Mitteilung hervorgehoben zu werden, daß das Verkehrsministerium sich auch gegen die von Schöneberg für seine Untergrundbahn geplante Linienführung gewendet hat. Nach den Nachrichten aus dem Ministerium sei es ausgeschlossen, daß die von Schöneberg beabsichtigte Linie nach der Hehrenstraße zu leiten, jemals die Genehmigung erhalte; die Bahn solle nach dem Bahnhof Friedrichstraße geführt werden. Nicht man die feindselige Haltung in Betracht, die der Minister den Charlottenburger Verkehrsplänen gegenüber aus den hier mitgeteilten Gründen einnimmt, so wird vielleicht auch ein Vorschlag verständlich, den der Magistrat von Charlottenburg nach den Versicherungen des Herrn Heintz der Stadt Wilmerdorf gemacht hat. Charlottenburg wünscht danach, daß man die ganzen Streitigkeiten durch Vertagung der Schnellbahnfrage aus der Welt schaffe. Hieron will Wilmerdorf natürlich nichts wissen. Es kommt sich in der ministeriellen Gunst, die ihm zuteil wird, wie gesagt, damit der Privatkapitalismus keinen Schaden leidet!

Selbstmord beging gestern früh 4 Uhr auf dem Laubengelände an der Düsseldorfstraße, Ecke Sächsischerstraße, ein Soldat. Wie mitgeteilt wird, war der Erschossene Vorgesetzte des Leutnants v. Herzberg in der Weibtreustraße.

Steglitz.

Am Sonntag, den 20. d. M. veranstaltete die freie Jugendorganisation einen Ausflug nach Sadowa. Abmarsch 7 Uhr morgens von der Rheinstraße, Ecke Kaiser-Allee. Fahrgeld 30 Pf. Die organisierte Arbeiterchaft wird ersucht, unter der Arbeiterjugend für zahlreiche Beteiligung zu agitieren.

Die Gewerkschaftskommission nahm in einer erweiterten Sitzung zunächst einen Vortrag des Genossen Wuschid über Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften entgegen. Dem Vortrage folgte eine kurze Diszussion. Hierauf machte der Obmann bekannt, daß am 4. Juli das Volksfest im „Vieremöalden“, Schäferstraße, stattfindet; er ersuchte die Anwesenden, für zahlreiche Besuch desselben zu agitieren. Die Gewerkschaftsvorstände wurden beauftragt, in den Gewerkschaften Ankäufe nach Eltern von erwachsenen Kindern unter 18 Jahren zu halten und die Adressen derselben dem Genossen Hagen, Friedenau, Rheinstraße 10, zu übermitteln.

Köpenick.

Die ultramontane Gefahr lautet das Thema eines Vortrages, den in der letzten Wahlvereinsversammlung Genosse Düwöl hielt. Aufgenommen wurden acht neue Mitglieder. Ein Antrag der Hies-Vorstadt auf Anschließung des Miggeliches Zimmers wurde einer Kommission zur Erledigung überwiesen. Das Stiftungsfest findet am 29. August im Stadttheater statt. Die Versammlung im Juli fällt aus. Auf Antrag der Köpenicker Vorstadt wurde die Zahlstelle vom Genossen Joch zu Weher verlegt. Ferner wurde bekannt gegeben, daß am Sonntag ein Ausflug der Jugendlichen stattfindet, zu welchem eine rege Beteiligung erwünscht ist.

Pankow.

Aus der Gemeindevertretung. Nachdem einige Vorlagen unwesentlicher Art angenommen waren, genehmigte die Gemeinde-

vertretung nachträglich eine Reihe von Ueberschreitungen des Gemeindegrenzes für 1908/9, die teils durch zu niedrige Vorausschläge (für das Krankenhaus zum Beispiel mehr circa 5000 Mark), teils durch immer größere Ausdehnung des Verwaltungskörpers verursacht worden sind. Waren die zehn Tagesordnungspunkte schnell erledigt, so dauerte Punkt 11 „Verschiedenes“ umso länger. Am den Wochenmarkt entspann sich eine lange Debatte. Seit Jahren petitionieren hiesige Geschäftsleute durch ihre Sprecher in der Gemeindevertretung um Abänderung der Marktordnung, damit die Händler mit Schnitt-, Kurz- und Posamentierwaren vom Marktplatz ferngehalten werden können. Vor einiger Zeit hat die Gemeindevertretung bereits eine Erhöhung der Marktgebühren beschlossen. Diesen Beschluß hat der Bezirksausschuß aber nicht genehmigt; das Stadgeld soll angeblich zu hoch festgesetzt sein. Von den Geschäftsleuten, die gegen die Zulassung der vorbezeichneten Händler zum Wochenmarkt sind, wurde in der Gemeindevertretung geäußert, daß es der Gemeinde nicht würdig sei, einen „Ramschmarkt“ abzuhalten; im Interesse der Geschäftsinhaber, die in Pankow Steuern zahlen, und im Interesse der Hausbesitzer, denen durch die Marktordnung die Vermietung der Läden erschwert wird, sei der Wochenmarkt abzuschaffen, wenigstens aber der Ramschmarkt zu beseitigen. Der Vernichtungskampf scheint nicht gegen die auf dem Markt handelnden Schlächter, Obst- und Gemüsehändler geführt zu werden. Das Publikum wird zweifellos den Markt nicht so stark frequentieren, wie jetzt, wenn die Einkaufsgelegenheit eingeschränkt wird. Es wird wohl vielmehr die Warenhäuser aufsuchen, wo es wie auf dem Markt die Waren mannigfaltig bei einander findet. Ob das im Interesse der Pankower Geschäftsleute oder Hauswirte oder der Gemeinde liegt? — Ferner wurde noch ein Dringlichkeitsantrag, betreffend die Gewährung einer Gehaltszulage an Lehrer und Gemeindebeamte, eingebracht. Da die Gehälter der Staatsbeamten jetzt aufgebessert worden sind, sollen die Gemeindebeamten nicht zurückbleiben und noch zu den Ferien eine Zulage erhalten. Wird die Gemeindevertretung auch die Gemeindearbeiter berücksichtigen? Sie hat die Zulage zunächst grundsätzlich für die Beamten beschlossen. Die Kommission arbeitet nun eine Vorlage aus. Jedenfalls ist anerkannt, daß die Gehälter wegen der herrschenden Teuerung aufgebessert werden müssen. Wie die Beamten und Lehrer leiden natürlich auch die Gemeindearbeiter unter der Teuerung und können bei der Bewilligung einer Teuerungszulage unumgänglich übergangen werden. Arbeiter, die lange Jahre im Dienste der Gemeinde stehen, Wind und Wetter, Hitze und Kälte ausgelegt sind, bedürfen einer Lohnaufbesserung sowie eines Erholungsurlaubes ebenso dringend wie Beamte und Lehrer. Die Gemeindevertretung muß auch ihnen gegenüber ihre Pflicht tun und ihnen die Löhne aufbessern und zwar unter Anerkennung der Dringlichkeit.

Spandau.

Eine Beiseite für die gestern und heute hier stattfindende Hauptversammlung der Gustav-Adolf-Stiftung war dieser Tage im Gange. Nicht genug damit, daß die Stadtverordnetenversammlung hierfür bereits 600 M. aus allgemeinen Mitteln bewilligte, wurde der Reichsbeutel auch in den Volksschulen geschwungen. Eine Anzahl Kinder machten ihren Eltern die Mitteilung, daß sie aufgefordert worden waren, Geld mit nach der Schule zu bringen, wofür wußten die Eltern nicht. Am Dienstagabend wurde dann in den hiesigen Lokalzeitungen über den Verlauf des Provinzialfestes der Brandenburgischen Gustav-Adolf-Vereine berichtet und da las man denn unter den Veranstellungen am Mittwoch folgendes: Vor dem Schluß des Gottesdienstes findet die feierliche Uebergabe der Festgaben statt. Es handelt sich um die Gaben der Stadt, der evangelischen Kirchengemeinden, der Kreisynode, des Spandauer Gustav-Adolf-Vereins, der Geistlichen der Diöcese, der Diakonissen, der Konfirmanten und Schüler. Es ist geradezu eine ungeheure Dreifaltigkeit, auf solche Weise armen Leuten das Geld aus der Tasche zu loden. Dafür fällt auch zu Ehren des festgebenden Vereins, der auf diese Weise die Kosten zu seinen Veranstaltungen zusammenschort, am heutigen Donnerstag die Schule aus. Wenn die Arbeitslosen an die Stadt herantreten und dieselben um Roslandarbeiten angehen, dann kommt man aus den Erwägungen nicht heraus oder man fertigt die Petenten mit wohlfeilen Redensarten ab. Hier aber, wo die schon so schwer reiche Kirche in Betracht kommt, da werden für die Festlichkeiten eines Vereins 600 M. von der Stadt bewilligt und fleißig in den Schulen gesodeten, angeblich für hilfbedürftige, evangelische Gemeinden, deren Patron vielleicht einer derjenigen Junker ist, die sich von der Besteuerung so vortrefflich zu drücken verstehen.

Aus der Frauenbewegung.

Erwerbstätige blinde Frauen und Mädchen.

Von der Konferenz des Ersten deutschen Blindentages zu Dresden vom 2. bis 4. Juni halten auch die blinden Frauen eine eingehendere Besprechung und Beschlüsse zur Verringerung ihrer eigenen Ausbildung und ihrer Erwerbsgelegenheit erhofft.

In der allgemeinen Konferenz, der auch eine große Anzahl Frauen als Delegierte beiwohnten, hat man der Notwendigkeit einer Verbesserung im Erwerbseben der Frau nur kurz Erwähnung getan — das war alles. Die Männer waren vollumfänglich mit sich selber beschäftigt, denn auch hier heißt es ebenso wie im Lande der Sehenden: „Erst kommen wir, dann kommen wir noch einmal, und dann — kommt Ihr noch lange nicht.“

Man hatte den Frauen für ihre eigenen Beratungen den Ausstellungsraum, in welchem Erzeugnisse von Blinden zum Verkauf gestellt waren, und einige das Unterrichtsweisen der Blinden betreffende Dinge auslagern, angewiesen. An diesem ungeeigneten Ort, wo ein festes unruhiges Hin und Her herrschte, kam natürlich keine geordnete Zusammenkunft zustande, zumal es sich hier um dem öffentlichen Leben fernstehende, ungeschulte Frauen handelte. Ohne größere Ansprachen und Debatten erkannten jedoch die Frauen auch für sich die Notwendigkeit eines Zusammenstehens an. Sie wählten eine fünfgliederige Kommission, welche die Interessen der Frauen vertreten soll. Anschließend an die laut Beschlusse ihrer männlichen Kollegen zu gründenden Handwerker-Gesellschaften sollten auch die Frauen auf dem Wege der Selbsthilfe weitere Schritte vorwärts tun.

In Oesterreich, wo die Erziehung und Fürsorge der Blinden ganz der privaten Wohltätigkeit überlassen wäre, sei man geradezu auf den Weg der Genossenschaft gedrängt worden, führte Herr Harbath-Wien aus. Im März 1907 wurde bereits in Wien eine Produktivgenossenschaft von Blinden gegründet, die mit dem beschriebenen Kapital von 5000 Kronen beginnend, im ersten Jahre einen Umsatz von 20 000 Kronen zu verzeichnen hatte. Der beste ihrer Abnehmer sei der Wiener Konsumverein mit seinen 70 000 Mitgliedern, auf den von dem genannten Umsatz allein 13 000 M. entfallen.

In Deutschland, wo die Fürsorge und Erziehung der Blinden in der Hauptsache verstaatlicht ist, wird ein großer Teil männlicher und weiblicher Handwerker direkt in Handwerker-Schulen der Blindenanstalten wie in einem Fabrikbetriebe beschäftigt. Die Anstalt übernimmt den Absatz. Von den Handwerkschulen, in denen sie ausgebildet sind, erhalten auch einige bei Gründung eines eigenen Unternehmens Unterstützung durch Beschaffung des Rohmaterials, Gewährung von Kredit und Hilfe bei Absatz der fertigen Produkte. Daneben bleibt jedoch eine große Zahl blinder Männer und Frauen, an allen Orten, denen alle diese Einrichtungen nicht helfend zur Seite stehen. Von der Selbsthilfe, durch Organisation, durch Produktiv- und Einkaufsgenossenschaften und Vertrieb der Produkte, wovon die Männer ihre Schicksalsgenossen sicherlich nicht anschlüssen werden, erwarten auch die Frauen Vorteile. Bis-

Der war es diesen blinden Mädchen, die nicht gerade in Blinden-Internaten Unterkommen und Beschäftigung fanden oder in Orten anständig waren, in denen sie von einem Blindeninstitut Arbeit erhielten, unmöglich, sich von ihrer Hände Arbeit zu ernähren. In den Orten, wo sie heimatsberechtigt sind, erhalten sie wohl eine sehr kärgliche Unterstüßung, können aber häufig für ihre beruflichen Können kein Arbeitsfeld finden und sind auf Almosen und ein vereinsamtes Leben angewiesen. Es kommt auch vor, daß sie im besten Lebensalter, wo sie gern fröhlich schafften, in Siechenhäuser untergebracht werden. Durch genossenschaftlichen Zusammenschluß und verständlich geleitete Organisation erhoffen diese traurig dahinvegetierenden Geschöpfe Erleichterung ihrer Lage.

Bisher waren sie viel zu sehr von der Wohlthätigkeit abhängig, was eine ständige Depression in freier Lebensäußerung und Persönlichkeitsentfaltung zur Folge hatte. Blinde Frauen und Mädchen haben sich schon auf den verschiedensten Gebieten leistungsfähig erwiesen, so in Emaille- und Blechfabriken, in der Zigarrrenmacherei, Konservenfabriken, in der Knopffabrikation usw.

Sache der blinden Mädchen selbst wäre es, noch außen hin zu zeigen, daß auch sie intellektuelle Persönlichkeiten seien und etwas zu leisten vermögen. Den ersten Schritt zur Selbsthilfe haben sie getan, und wollen auch ferner nicht mehr nur Objekt der Fürsorge sein. Eine der vielen auf dem Dresdener Kongress gestellten Gegenwartsforderungen verlangt, daß in Blindeninternaten nur schwachsinig, körperlich sehr zurückgebliebene oder solche Blinden untergebracht werden, die infolge ihrer sonstigen Gebrechen eine über das gewöhnliche Maß hinausgehende Pflege benötigen, daß hingegen alle körperlich und geistig normalen Blinden in Privatpensionen gegeben werden sollen. Diese Forderung bedeutet für die Frauen, die in diesen stiftsmäßigen Internaten gegenüber den Männern natürlich als unvorteilhaft behandelt werden, einen Schritt weiter zur freien Persönlichkeit.

Neben Schul- und Bildungszwang für alle schulpflichtigen und bildungsfähigen Blinden wird als weitere Forderung gesetzlich geregelter Fortbildungsschulunterricht verlangt. Ein Antrag auf gründliche Ausbildung im Haushaltungsunterricht wurde schon auf dem Blindenlehrerkongress im September 1908 eingebracht, welchen die blinden Mädchen neben Schul- und Berufsausbildung verlangen, um einerseits als Nichterwerbende ein nützliches Familienmitglied zu sein, andererseits um sich als eventuelle zukünftige Hausfrau betätigen zu können. Nach Eingeführung einer Ehe verliert das blinde Mädchen ihr Anrecht auf Beschäftigung durch die es bisher beschäftigende Anstalt; es scheidet als Erwerbsberechtigte aus. Hat es bisher fast ebenso viel verdient wie ihr Schicksalsgenosse, mit dem sie sich verbindet, so sind sie beide nach der Verheiratung zusammen auf den einen meist sehr mäßigen Verdienst angewiesen. Heimarbeit wird von den Anstalten nicht mehr abgegeben. So muß die blinde Frau wie die sehende Proletarierin ihren meist kärglichen Hausstand selbst besorgen, was die blinden Frauen häufig sehr gern, aber mit viel mehr Schwierigkeiten erleben.

Ausrottung des Kellnerinnenwesens.

Kellnerinnen und Frauenrechtlerin. Zu dem Bericht über eine in Nürnberg abgehaltene Kellnerinnenversammlung erhalten wir das folgende — höfliche Schreiben:

An die Redaktion des „Vorwärts“, Berlin.
Unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes ersuche ich Sie, folgende Berichtigung in Ihr Blatt aufzunehmen.

Es ist un wahr, daß, wie in der Nummer vom 13. Juni Ihres Blattes steht, ich auf dem letzten Frauentage und in einer Broschüre behauptet hätte, die Kellnerinnen seien die Verfälscher der Studenten und vieler braver Ehemänner, wodurch sie dazu beitragen, das Familienleben zu zerstören.

Wahr ist dagegen, daß ich sowohl auf dem erwähnten Frauentage wie in meiner Broschüre ausschließlich von den Gefahren gesprochen habe, denen die Kellnerin selbst ausgesetzt ist.

Es ist un wahr, daß mir „entgegengehalten“ wurde, daß wenn die Prostitution unter den Kellnerinnen verbreitet sei, daran die Ausbeutung durch die Unternehmer die Schuld trage, daß mir „entgegengehalten“ wurde, daß die Kellnerinnen vielfach keinen Lohn erhielten, sondern Bruchgeld zu zahlen hätten für Gesdirt, das andere zerbrochen, daß sie Zeitungen, Jahrbücher usw. beschaffen, Schulmädchen auf ihre Kosten stellen müssen usw., daß sie von den Stellenvermittlern unerschört ausgebeutet werden, daß Vermittler und Wirte Hand in Hand arbeiten, indem die Letzteren die Kellnerinnen nach kurzer Zeit wieder entlassen, damit sie den Vermittler aufs neue in Nahrung sehen müssen.

Wahr ist dagegen, daß sämtliche dieser erwähnten Daten meiner Broschüre entnommen sind.

Camilla Jelinek.

Die Dame scheint Gedankenleserin zu sein. Aus Berlin berichtet sie, was in Nürnberg — nicht gesagt sein soll. Rebenbild hält sie die Gelegenheitswohl für günstig — ihrem „Buch“ eine Werksbroschüre zu verschaffen. Festgestellt sei, daß sie nicht bestreitet, das gänzliche Verbot des Kellnerinnenberufes zu fordern.

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 17. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königliches Opernhaus. Gesdirt.

Königl. Schauspielhaus. Gesdirt.

Neues königliches Opernhaus. La Traviata.

Anfang 8 Uhr.

Deutsches. Gesdirt.

Kammerspiele. Ein Stund in der Monte Carlo.

Leistung. Die Dollarringelstein.

Berliner. Ein Drehmännchen.

Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Biberpelz.

Schiller Charlottenburg. Madame Sansone.

Neues Schauspielhaus. Kabu.

Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Wandervogel.

Romische Oper. Desmond.

Neues. Tricouche und Cacolet.

Zohln. Im Café Kolosse.

Kunspielhaus. Der seltsame Rudi.

Kleines. Moral.

W. Noack's Theater. Die oberen Rehtausend.

Apollo. Harflein. Or oder Or. Spezialitäten.

Wintergarten. Spezialitäten.

Carl Haberland. Spezialitäten.

Passage. Spezialitäten.

Walhalla. Spezialitäten.

Reichshallen. Stimmten Sänger.

Der Kompagnieball.

Urania. Landentrache 48/49.

Abends 8 Uhr: Rom und die Campagna.

Sternwarte. Invalidenthe. 67/69.

Lessing-Theater.

Gesdirt d. Neuen Operetten-Theaters.

Anfang 8 Uhr.

Die Dollarringelstein.

Berliner Theater.

Gesdirt-Operetten-Theater.

Täglich 8 Uhr: Ein Herbstmanöver.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr:

Tricouche und Cacolet.

Morgen und folgende Tage: Tricouche und Cacolet.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Donnerstag, 17. Juni, Anfang 8 Uhr: Manöverregen.

Freitag: Wandervogel.

Sonntag 1. erstmalig: Sibello.

Sonntag nachm. 3 Uhr: Jar und Stummern. Abends 8 Uhr: Der Freischütz.

Gerichts-Zeitung.

Auf der Jagd nach der Mitgift.

Aus der Untersuchungshaft wurde gestern dem Schöffengericht Berlin-Mitte die in den dreißiger Jahren stehende Witwe Ella Schweizer wegen Betrugs vorgeführt. — Die Angeklagte hat eine recht bewegte und ereignisreiche Vergangenheit hinter sich. Als „lustige Witwe“ hatte sie verschiedentlich schon Anschlag als „Reisebegleiterin“ gefunden und ist auf diese Weise in alle Welt herumgekommen. Nach Erledigung irgend eines galanten Abenteuer lernte die fidele Witwe einen Kaufmann und Lederfabrikanten Franz Lewitt aus Pilsen in Böhmen kennen, der in dem weiteren Verlauf der Affäre eine nicht gerade rühmliche Rolle spielen sollte. Sie verschwieg ihm, daß sie Witwe sei und gab sich als die Tochter des Geheimen Kommerzienrats Knorr in Hannover aus. Ferner erzählte sie, daß sie sich mit ihren Eltern wegen einer Peirat, in die sie sich nicht fügen wollte, völlig überworfen habe. Sie habe aber später eine riesige Erbschaft zu erwarten, da ihr Vater mehrfacher Millionär sei. Augenblicklich schiebe sie nun ganz allein und von allen verlassen in der Welt da. Da diese letztere Angabe von einem toletten Augenausschlag begleitet war, so konnte es Lewitt nicht übers Herz bringen, das „tiefunglückliche Millionärsdöchterchen“ in jeder Beziehung zu trösten. Er seinerseits verschwieg mit weiser Vorbedacht, daß daheim in Pilsen seine Gattin mit einer Anzahl Sprößlinge sehnsüchtig der Heimkehr des liebenden und fürsorglichen Vaters und Vaters harrete. Lewitt besahnte sich allen Erbes mit dem Plan, seine bisherigen Familienbeziehungen zu lösen und sich den „Waldschitz“ als spätere Gattin einzufangen. Diese gegenseitige Spiegelspielerei führte die Beiden später in recht fatale Situationen. Das Pärchen gabelste vor allen Dingen erst einmal vergnügt als „Herr und Frau Lewitt“ in die Welt hinein. Da sie keinen Pfennig Geld hatte, so war die Vergnügungsreise für ihn eine recht kostspielige Sache. Schließlich langten beide auch in Berlin an und stiegen hier in dem Hotel Wittelsbacher Hof ab. Die erste und die zweite Wochenrechnung wurden auch von Lewitt bezahlt, dann aber ging ihm das Meingeld aus. Als das Pärchen sechs Wochen die Hotelrechnung schuldig war, beschloß L. sich irgendwie Geld zu beschaffen. Die „Millionärsdöchter“ gab ihm den guten Rat, nach Hannover zu fahren und bei ihrem Vater vorstellig zu werden. Lewitt fuhr auch nun nach Hannover, konnte aber dort trotz aller Bemühungen keinen Geheimen Kommerzienrat Knorr ausfindig machen. In tausend Angen kam L. nach Berlin zurück, wagte sich aber hier gar nicht mehr in das Hotel, sondern bestellte die Angeklagte nach einem Café. Die Schweizer verstand hier ihn zu beschwichtigen und zu veranlassen, nochmals nach Hannover zu fahren. Dort setzte L. Himmel und Hölle in Bewegung, um den Kommerzienrat Knorr ausfindig zu machen. Dies hatte jedoch nur den Erfolg, daß er zwar nicht den Kommerzienrat, sondern einen Arbeiter Knorr, den unehelichen Vater der Sch., ermittelte. Lewitt kam nun wutentbrannt nach Berlin, wo ihm die Angeklagte zu seinem Entsetzen auch noch demnächst Vaterkreuzen in Aussicht stellte. — Der Staatsanwalt beantragte gegen die Sch. 4 Monate Gefängnis, gleichzeitig aber auch die Verhaftung des Lewitt, da dieser ebenfalls des Betruges dringend verdächtig sei. Das Gericht nahm jedoch von einer Verhaftung des L., der sich inzwischen als reuiger Sünder mit seiner Frau wieder ausgehört hat, Abstand. Wegen der Schweizer lautete das Urteil auf 6 Wochen Gefängnis.

Der fliegende Gerichtsstand der Presse und das Reichsgericht.

Vom Landgericht I in Berlin sind am 20. Januar zwei Redakteure, deren Blätter in Braunschweig und Kottbus erscheinen, wegen Nachdrucks zu je 10 M. Geldstrafe und einer an den Nebenkläger zu zahlenden Buße verurteilt worden. Der Sachverhalt mag hier unerörtert bleiben, von Wichtigkeit für die Allgemeinheit ist lediglich die Frage, ob das Berliner Gericht für die Angeklagten zuständig war. Sie haben ordnungsgemäß vor Verlesung des Eröffnungsbeschlusses die Zuständigkeit des Gerichtes bestritten. Der Gerichtshof hat aber dennoch Berlin als Tatort angesehen, weil laut Auskunft der Oberpostdirektion von dem Braunschweiger Blatte 10 und von dem Kottbuser 39 Stück nach Berlin kommen. — In ihrer Revision bestritten die Angeklagten wiederum die Zuständigkeit des Gerichtes. Der Reichsanwalt erklärte die Revision für begründet. Beim Nachdruck handle es sich um Verleumdung und Verbreitung. Die erstere haben die Angeklagten an ihren Wohnorten ausgeführt. Hätten sie nichts weiter getan, so wäre Berlin nicht zuständig. Nun sei allerdings festgestellt, daß die Angeklagten ihre Blätter auch gewerbmäßig in Berlin verbreitet haben. Es frage sich nur, ob die Verbreitung mit Wissen der Redakteure erfolge. Daß das Gewerbe des Redakteurs dahin gehe, das Blatt und damit den Nachdruck zu verbreiten, sei ausgeschlossen. Dies treffe auf den Verleger, auf Sortimentere, Antiquare, Kolportiere, Warenhäuser zu, aber nicht ohne weiteres auf den Redakteur. Dieser sei im Regelfalle nicht Geschäftsherr, sondern Angestellter des Verlegers und seine Tätigkeit beschränke sich auf die Sichtung des Materials und die Bestimmung dessen, was in die einzelne Nummer aufgenommen werden soll. — Das Reichsgericht verwarf jedoch die Revision. Mit Recht seien die Angeklagten als Verbreiter des Nachdrucks, d. h. als Mittäter an der von anderen Personen (die für die

hier strafbare Tat nur als Werkzeuge zu betrachten sind) begangenen Verbreitung angesehen worden. — Nun kann die Geseßgebungs-maschine nochmals in Bewegung gesetzt werden!

Eine Kindesmißhandlung.

befähigte gestern wieder einmal den Strafrichter. Vor dem Schöffengericht war die Aufsichtsrerin Johanna Bentha wegen Körperverletzung angeklagt. — Es handelte sich um die Lebensgeschichte der kleinen zehnjährigen Klara Hinneburg, die von dem Vater zu der Angeklagten in Pflege gegeben war, als er schwer krank im Krankenhaus lag und als Witwer keine Gelegenheit hatte, das Kind anderweitig unterzubringen. Die kleine K. mußte trotz ihrer zehn Jahre vom ersten Tage an bei ihrer Pflegemutter die schwersten Hausarbeiten verrichten. Bei dem geringsten Versäßen wurde sie, wie es in der Anklage heißt, von der Angeklagten geschlagen, gestoßen, gebissen, gekniffen und gewürgt. Da das Kind in der Schule etwas schwach war, so mußte es häufig nachbleiben. Hierfür wurde das Mädchen von der Angeklagten in der rohesten Weise mißhandelt. Es wurde wiederholt mit dem Kopfe auf die Bettkante und den Fußboden gestoßen, so daß es aus Mund und Nase blutete. Fast jeden Tag wurde die Kleine mit der Faust ins Gesicht geschlagen, einmal wurde ihr hierbei die linke Ohrmuschel eingedrückt. Bei allen diesen Brutaltaten wurde das Kind unter den schlimmsten Drohungen gezwungen, seinen Schmerzenslaut von sich zu geben. Auch mußte es in der Schule die Lehrerin belügen, als es nach der Ursache der verschiedenen Verletzungen befragt wurde. Das Kind war so eingeschüchtert, daß es angab, die Verletzungen rührten von einem Fall her, während eine Untersuchung durch den Arzt Dr. Rosenfeld ergab, daß dies nach der ganzen Art der Striemen und Beulen nicht möglich war. Die Mißhandlungen verschlimmerten sich immer mehr, daß schließlich die Hausbesitzer der Polizei hiervon Mitteilung machten. — Vor Gericht konnte die Angeklagte einen Teil der Mißhandlungen nicht in Abrede stellen. Sie entschuldigte sich mit ihrer Nervosität, durch welche sie leicht erregt werde und dann nicht wisse, was sie tue. Die als Sachverständigen geladenen Sanitätsräte Dr. Frühlich und Dr. Gschwend bekundeten, daß die Angeklagte infolge einer schweren Operation im höchsten Grade nervös, exaltiert und aufgeregter sei, und daß sie eine nach jeder Richtung zur Kindererziehung ungeeignete Person wäre. Der Staatsanwalt beantragte vier Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf nur sechs Wochen Gefängnis.

Schuh vor Schuhtenten!

Der Schuhmann Ludwig wurde am Dienstag von der Strafkammer in Saarbrücken zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er sich an einem Mädchen, das er in Fürsorge-erziehung bringen sollte, im Sinne des § 174 Abs. 2 des St.-G.-B. schwer vergangen haben sollte.

Vermischtes.

Zusammenstoß zweier Güterzüge.

Wie aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, stießen gestern früh gegen 2 1/2 Uhr auf dem Bahnhof Steinau bei Schlichtern der nach Fulda ausfahrende Güterzug 6743 und der von Fulda kommende Güterzug 6890 zusammen. Beide Züge führten einander in die Flanke. Der Zusammenstoß war so stark, daß etwa 12 bis 15 Wagen entgleisten und demoliert wurden. Auch beide Maschinen sind stark beschädigt und ebenfalls entgleist. Von dem Maschinen- und Fahrpersonal wurde nur ein Fahrer leicht verletzt. Beide Hauptgleise der sehr stark befahrenen Strecke Frankfurt a. M. — Elm sind gesperrt und werden voraussichtlich den ganzen Tag über gesperrt bleiben, da die Trümmer der teilweise in einander gefahrenen Wagen schwer zu beseitigen sind. Infolge der vollständigen Sperrung der Strecke müssen sämtliche D- und E-Züge Frankfurt-Webra-Berlin und umgekehrt über Sieben, Guntershausen, Webra bezw. Eichenberg geleitet werden, was zu großen Verspätungen Anlaß gibt. D-Zug Nr. 2 Berlin-Webra-Frankfurt hat eine zweistündige Verspätung, da er von Webra über Kassel geleitet werden mußte.

Bei einer Bootsfahrt ertrunken. Nach einer Meldung aus Biel bei Greifswald ertranken dort bei einer nach Mitternacht unternommenen Bootsfahrt zwei junge Leute.

Typhusepidemie in Altwasser.

Dresdener Meldung zufolge hat die Zahl der Typhuserkrankungen sehr schnell zugenommen. Bis gestern waren bereits gegen 200 Erkrankungen gemeldet; in einzelnen Fällen ist der Typhusverdacht jedoch noch nicht beseitigt. Die Ortsbehörden haben sich an das Rote Kreuz um Ueberlassung von Baracken gewandt. Aus Dresden sind Krankenschwestern zur Aushilfe nach Altwasser beordert worden.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Johann Jacoby“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Dugge, Kasanien-Wiese 95: Sitzung. Gölle willkommen.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)

Der Biberpelz.

Eine Diebeskomödie in 4 Akten von Geohart Kaufmann.

Ende 10 1/2 Uhr.

Morgen und folgende Tage:

Der Biberpelz.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Madame Bonivard.

Schwank in 3 Akten von Alexander Wilson und Anton Mars.

Ende 10 1/2 Uhr.

Morgen und folgende Tage:

Madame Bonivard.

Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll).

Gura-Oper.

I. Sembrich-Gastspiel.

La Traviata.

Oper in 4 Akt v. Giuseppe Verdi.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Freitag: „Der Hingebende Holländer.“

Sonabend: „Die Meisterrolger von Nürnberg.“

W. Noack's Theater

Direktion: Rob. Ill. Brunnenstr. 16.

Im schattigen Garten, bei Regen im Stadt-Theateraal.

Zum letztenmal:

Mutter und Sohn.

Vorher: Sämtliche Spezialitäten.

Anfang 7, Konzert 6 Uhr.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:

Der feiche Rudi.

Neues Operetten-Theater.

Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.

Morg. u. folgende Tage: Anf. 8 Uhr:

Die Sprudelfee.

Operette in 3 Akten von D. Reinhardt.

Operette in 3 Akten von D. Reinhardt.

Operette in 3 Akten von D. Reinhardt.

Operette in 3 Akten von D. Reinhardt.

Operette in 3 Akten von D. Reinhardt.

Operette in 3 Akten von D. Reinhardt.

Operette in 3 Akten von D. Reinhardt.

Operette in 3 Akten von D. Reinhardt.

Operette in 3 Akten von D. Reinhardt.

Operette in 3 Akten von D. Reinhardt.

Operette in 3 Akten von D. Reinhardt.

Operette in 3 Akten von D. Reinhardt.

Operette in 3 Akten von D. Reinhardt.

Operette in 3 Akten von D. Reinhardt.

Operette in 3 Akten von D. Reinhardt.

Metropol-Theater

Die oberen Zehntausend.

Amerik. Operette v. Jul. Freund.

Musik v. Gust. Kerker. In Saeno

gesotzt von Dir. Rich. Schultz.

Tänze von Mr. Bishop.

Anf. 6 Uhr. — Rauchen gestattet.

Walhalla-

Variete-Theater

Wohnbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.

Anfang 8 Uhr. Im Theater:

Die neuen Juni-Spezialitäten

Im Garten: Frei-Konzert.

Der Luftflug.

Der Luftflug.

Der Luftflug.

Der Luftflug.

Der Luftflug.

Der Luftflug.

Der Luftflug.

Der Luftflug.

Der Luftflug.

STECKENPFERD LILIENMILCH-SEIFE

von Bergmann & Co., Radebutel.

erzeugt ein zartes reines Gesicht, vorleses jugendliches Aussehen, weiße summetweiche Haut, blendenmädchenen Teint und beseitigt Sommerprossen sowie Hautunreinigkeiten.

45 Stk. 90 Pf. Lall-Apotheken, Drogerien, Parfümerien und Seifen-Geschäften.

Damms Volkspark-Theater

Randbecker Wiese 74/77

Große Vorstellung

des

Sächsischen Volks-Theaters

nebst Uffretten erstl. Spezialitäten

Zum ersten Male in Berlin.

Man amüßert sich köstlich.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 45/49.
Abends 8 Uhr:

Rom und die Campagna.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN

Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M.,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

WINTERGARTEN

Neues Programm!
Die schaumgeborene Venus

„La Pia“

In ihrem Phantasie-Tanz: „Der Wellen Geist“ sowie

12 sensationelle 12
Juni Attraktionen 12
Reserviert. Platz 2 M. Entree 1 M.
(einschl. Programm u. Garderobe.)

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr.

Willi Prager

The York Sisters

und das glänzende
Juni-Programm.

12 Variété 12
Sensationen 12

Passage-Panoptikum.

Lebend!
Die letzten weiblichen Wesen
vom Stamme der

Azteken!

Gr. Schaustellungen
Vitascope-Theater usw.
Alles ohne Extra-Entree.

Königsstadt-Kasino.

Spielplan Nr. 72 (Ede Alexanderstr.)
Edel. Ueber Natur-Sommergarten
Theater- und Spez.-Vorstellung.

Der Liebestrank.

Operette von
F. Gumbert.
„Omor-Sait-Trio“, Drei Revolvy-
Cadenzen u. a. erstklassige Spez.
Anfang wochentags 7 1/2 Uhr,
Sonntags 6 Uhr.

Stadt-Theater Moabit.

Alt-Moabit 47/48.
Täglich:

Spezialitäten und Theater-Vorstellung.

Anf. d. Vorstellung wochentags 7 Uhr,
Sonntags 6 Uhr. Sonnt. 6 bzw. 5 Uhr.
Gartenöffnung 3 Uhr.

Berliner Prater-Theater

Kantienallee 7-9.
Täglich:
Man lebt ja nur einmal!
Spezialitäten ersten Ranges.
Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Brunnen-Theater

Bodestraße 58. Direktion: Willi Voigt.
Sente sowie täglich:
X Größtartige Spezialitäten! X
Novität! Novität!

Die Spreewald-Säte.

Gr. Ausstattungs-Vollständ mit Ge-
fang u. Tanz in 4 Akt. v. Hoffmann.
Ruffeneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Moderner Vergnügungs-Park

im Alten Botanischen Garten,
Potsdamer Str. 75.

WHITE CITY

Täglich: Konzerte.
Heute Donnerstag: Gala-Elito-
Tag.
Feuerwerk.
Eintritt 50 Pf.
(Bis 5 Uhr Eintritt 25 Pf.)

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III, 1239. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt III, 1957.

Donnerstag, den 17. Juni 1909, abends 8 Uhr:
Allgemeine Klempnerversammlung
in den „Andreas-Festfäden“, Andreasstraße Nr. 21.

Tages-Ordnung: 118/15
1. Bericht über die Verhandlungen vor dem Einigungsamt. 2. Diskussion.
In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen eines jeden Kollegen notwendig.
Die Ortsverwaltung.

Apollo Theater

Ab 8 Uhr:
Das Auffechen erregende Brogt.
8^{er} Jean Paul mit neuen Schlegeln.
9^{er} Yankee Doodle Girls.
9^{er} Menich oder Affe???

Er oder Er mit Hartstein

Ab 8 Uhr:
Das Auffechen erregende Brogt.
8^{er} Jean Paul mit neuen Schlegeln.
9^{er} Yankee Doodle Girls.
9^{er} Menich oder Affe???

Gr. Militär-Konzert.

Jeden Dienstag:
Gr. Kinder-Freuden-Fest.
Entr. 15 Pf. Nähe od. Schärpe grat.

Dahlmann's Theater

Täglich: Große
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Darstellendes Personal des
Majano-Theaters.

Die Dallesprinzessin.

Neu! Die Dallesprinzessin. Neu!
Vollständ in 3 Akten.
Manöverliebe.
Hederspiel in 1 Akt. Otto Seher.
Beg. d. Konzerts 4, der Vorst. 5 Uhr.
Billetverkauf von 10-1 Uhr.

Schweizer-Garten

Am Königsplatz. Am Friedrichshain
Haltestelle der Straßenbahn
1., 2., 4., 17., 59., 63., 74 u. Q.
Anfang 4 resp. 5 Uhr

Täglich Entree 30 Pf.

Neues Theater- u. Spezialitäten-Programm.

Ball u. Volksbelustigungen.
Etliche Sonnabende
an Vereine zu vergeben.

Max Kliems

Sommer-Theater und Festsäle
Rudolf Krüger Hasenheide 13/15.
Täglich:
Großes Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.

Arnold Scholz Neue Welt

Hasenheide 108-114
Heute, Donnerstag, Gr. Elitetag.
den 17. Juni 09:
Gala-Spezialitäten-Vorstellung.
Das ausserlesene Eröffnungs-Programm.
Großes Doppel- und Militär-Konzert.
I. Monster-Feuerwerk.
Anf. 5 Uhr. Im Saale: Gr. Tanz-Reunion. Anf. 5 Uhr.

AUSSTELLUNG



Wohnungs-Einrichtungen u. Erzeugnissen der Berliner Holzindustrie in den Ausstellungs-Hallen am Zoo.
Entree 1 M. — Geöffnet von 10-8 Uhr. — Täglich Konzert.

Der kommende Einheitsstaat und dessen (geordneter) Sozialismus. Von H. H. 402 S., portof. 12.20. Ein Wort in zwölfter Stunde a. d. Welt. Das geistl. Leben der Gegenwart Nr. 110. Sozialismus u. Spiritualismus. (Willy Richter) 45 Pf. — Zu beziehen von E. Baumann, Schmiedeburg (Galle). Brochelt gratis.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts

Todes-Anzeige.

Am Mittwochabend 7 1/2 Uhr verstarb plötzlich mein lieber, unvergeßlicher Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Stadtverordnete, Gastwirt

Richard Augustin

im 49. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrußt an
Witwe Klara Augustin.
Familie Karl Schröder.
Tag und Stunde der Beerdigung wird noch besonders bekanntgegeben.

Am Mittwoch, den 15. Juni, verstarb nach längerem Leiden unser lieber Freund und Kollege, der Schriftföhrer

Hermann Rudkowski

im 46. Lebensjahre.
Wir verlieren in dem Verstorbenen einen braven Kameraden und werden seiner stets in Ehren gedenken.
Die Kollegen des „Berliner Tageblatt“.
Die Beerdigung findet am Freitagvormittag 9 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Friedhofs der Stadtgemeinde Hildorf, Mariendorfer Weg, aus statt.

Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Illale Rixdorf.
Versammlung am Sonnabend, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Strinnesstraße 114 bei Pöhl.
1. Berichtserstattung. 2. Wahl der Ortsverwaltung. 116/18

46 eigene Fischdampfer.



In dieser Woche empfehlen wir ganz besonders den in Berlin so sehr beliebten Schmackhaften

Seehecht im Pöhl 35 Pf.

Ruherdem:
ff. Bratfunden 25 Pf.
ff. Rotzungen, Schellfisch, Kabeljau usw.
zu billigen Tagespreisen.

Täglich Zufuhr frischer Seelische

Wir bitten unsere Vorkaufspreise zu beachten.
In allen Verkaufsstellen gleiche Preise!

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

Hauptgeschäft: Berlin C., Bahnhof Bries, Teleph. III 8804.
Verkaufsstellen:

- C. Bahnhof Bries, Bogen 8-10.
- N. Fawelidenstraße 131.
- O. Große Frankfurter Str. 85.
- O. Madalstraße, Bogen 8/9, Fischstraße gegenüber.
- S. Brinzenstraße 94.
- W. Gotsdamer Str. 112a.
- NW. Hildesdr. Str. 57.
- Charlottenburg, Bilmersdorfer Straße 111.
- Spandau, Breitestr. 54.

Eigene Eisenbahn-Kühlwaggons!

A. Grimberger

Berlin N., Hussenstraße 40
Tel. Amt III. No. 4304.

Holz- u. Kohlenhandlung Ausnahme-Preise.

Abnahme: Juni-Juli.
Beste Senftenberger Marken ab Platz von 10 Zentner an:
Prima Halbstoße, Lauchhammer Ztr. 81 Pf.
„ Halbstoße, Hoya „ 85
„ Bockwitz-Briketts „ 80
„ Anna „ 87
„ Vulkan u. Plännerschalt „ 89
„ Ia Anhalt-Kohlenwerke „ 85
„ Ia Iso „ 85
„ Anthrazit-Cadé „ 215 H.
Koks, Steinkohlen u. Holz zu den billigsten Tages- und Konventionspreisen.
Anlieferung frei Keller, je nach Quantum, pro Zentner 10 bis 15 Pf. mehr.
Bei größeren Abschüssen verlangen Sie meinen Vertreter.

Piano

erster Hoflieferant-Firma mit unser Best sofort verfügl. Französischstraße 15, I r.
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Sozialdemokratisch. Wahlverein des 6. Berl. Reichstagswahlkreises.

Todes-Anzeige.

Am Montag, den 14. Juni, verstarb unser Mitglied, der Händler Gustav Grunow (Drontheimer Straße 10).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Arbeiter-Krankenhaus aus auf dem neuen Volksfriedhof in Pöhlensee statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.
Am Montag, den 14. d. Mts., verstarb unser Mitglied

frau Marie Voss.

Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, vom Krankenhaus Paul Gerhardt-Schl. Röllertstr. 56, aus auf dem freiwilligen Friedhof, Pappelallee 15, statt.
Rege Beteiligung erwartet
64/3 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Todes-Anzeige.

Am Montag, den 14. Juni, verstarb unser Mitglied, Frau

Marie Voß

Antonstr. 3
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 17. Juni, nachmittags 4 Uhr, vom Krankenhaus Gerhardt-Schl. aus nach dem Friedhof der freiwilligen Gemeinde, Pappelallee, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

August Dumschal

Kloster Straße 31 (Bezirk I) gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. Juni, nachmittags 5 Uhr, vom Krankenhaus Moabit aus auf dem Volkshaus Kirchhof in Pöhlensee statt.
Um rege Beteiligung ersucht
73/1 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verein der Hiltauer Deutschlands.

(Verwaltung Berlin.)
Den Kollegen hiermit die traurige Nachricht, daß am 15. Juni unser altes Mitglied, der Holzbildhauer

Richard Blank

im 61. Lebensjahre plötzlich verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. Juni, nachmittags 4 Uhr, von dem Hildorf Kirchhof am Mariendorfer Weg statt.
Ungeheilte Beteiligung erwartet
80/11 Der Vorstand.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Ecke Moritzplatz
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
Wochentags 10-2, 5-7.